

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3.30 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Infections-Gebühr
beträgt für die sechspaltige Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Sonnabend, den 16. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Junckerpolitik — Hungerpolitik.

Welche Macht die deutschen Agrarier im Reiche heute schon
anzukümben vermögen, das zeigt nichts Bederter als die Erfolge ihrer
egoistischen Bestrebungen, fremdes Vieh und Fleisch dem Geiste aller
bestehenden Handelsverträge entgegen vom deutschen Markte fernzu-

Ohne viel Aufhebens in der Öffentlichkeit zu machen, hat die
Reichsregierung auf Drängen des preussischen Landwirtschafts-
ministers den Agrariern „ein kleines Mittel“ bewilligt, das für die
Masse des Volkes die Vertheuerung der gesammten Lebens-
haltung, für den kleinen Kreis der Agrarier dagegen eine
durchaus unzulässige Privilegierung ihres Geschäftes bedeutet.

Was die Deutschrift vorausgesetzt, hat die Regierung wahr ge-
macht. Seit März dieses Jahres ist gegenüber Rußland längs der
Grenze die Ein- und Durchfuhr von Rindvieh, Schafen und
Schweinen sowie von geschlachtetem Vieh vollständig verboten.

Die Juncker haben ihren Zweck erreicht; die Regierung hat
leichter Hand das kleine Mittel bewilligt. Was aber ist für das
deutsche Volk der Effekt der Sperre?

Wir wollen nicht von der Noth in Oberschlesien reden; das ist
schon früher ausführlich geschehen. Aber darauf glauben wir hier
aufmerksam machen zu sollen, daß die Absperrung jeglichen fremden
Viehes, insbesondere der Schweine, von den deutschen Märkten
allmählich Schweinefleischpreise geriegt hat, die der arbeitenden Klasse
in erster Linie ein notwendiges Lebensmittel in künstlicher Weise
und zum Vortheile einer an und für sich schon bevorzugten Sippe
ganz erheblich vertheuert.

Wir führten noch im Jahre 1892 für 98 Millionen Mark
Schweine nach Deutschland ein. Die Absperrungspolitik der letzten
Jahre hat es zu Wege gebracht, daß im Jahre 1896 nur noch für
6,9 Millionen Mark eingeführt werden konnten. Allein aus Rußland
gingen 1896 für eine Million Mark Schweine weniger ein wie im
vorhergehenden Jahre. Im tausenden Jahre wird die Importziffer
zweifellos noch weiter sinken. Der Anfall dieser Posten Schweine macht
sich im tausenden Jahre auch ganz besonders bemerkbar. Der deutsche
Markt hat großen Bedarf an Schweinen, die deutsche Produktion
kann das erforderliche Quantum nicht liefern, und so hat seit einiger
Zeit der Preis für Schweinefleisch eine Höhe angenommen, die in
den letzten sieben Jahren noch nie erreicht worden ist.

Bis zum Juli dieses Jahres war die Steigerung noch mäßig,
obwohl die Schweinefleischpreise gegen die achtziger Jahre schon
ganz enorm, von 55 Mk. pro 100 Kilogramm auf 100 Mk. gewachsen
waren. Von Juli ab jedoch entwickelte sich eine noch selten da-
gewesene hausse am Berliner Viehmarkt, die am besten durch nach-
stehende Tabelle veranschaulicht werden dürfte:

Es betrug der Preis pro 100 Kilogramm Schweinefleisch in
Mark:

Table with 4 columns: Date, I. Qualität, II. Qualität, III. Qualität. Rows for dates from July 3 to October 2.

Langsam, aber ganz energisch folgten die Detailpreise der
hausse auf dem Viehmarkt nach. Noch am 1. Juli konnte man in
den Berliner Märkten die geringe Qualität Schweinefleisch pro
Kilogramm zu 88 Pf. kaufen, heute zahlt man dafür 1 Mk. 10 Pf.
Pro Kilogramm beträgt also der Aufschlag seit Juli bei
der geringsten Sorte 22 Pfennige oder pro Pfund 11 Pfennige.
Dabei kosten die besseren Sorten bedeutend mehr, bis zu 1 Mk. 60 Pf.
pro Kilogramm. Die Vertheuerung der Schweinefleisch-Preise seit
Juli legt der Berliner Bevölkerung eine monatliche Mehrausgabe
in der Höhe von annähernd einer halben Million Mark auf. Am
schwersten trifft die Vertheuerung der Arbeiterhandlöhne, in dem Schweine-
fleisch oft die ausschließliche Fleischkost bildet. Bei 5 Pfund Fleisch-
verbrauch pro Woche und Familie beträgt die Mehrausgabe 55 Pf.
Solche Preisverhöhungen geschehen zu keinem anderen Zwecke, als
um den Agrariern die Viehpreise zu einer unnatürlichen Preishöhe
zu verhelfen! Welchem anderen Gewerbe verschafft der Staat
auf gleiche Weise künstliche, hohe Preise auf Kosten der
übrigen Steuerzahler? Ist es nicht unerhört, daß der künst-
lichen Brotvertheuerung durch den Getreidezoll nunmehr eine
künstliche Fleischvertheuerung folgt, die einer Schaar bankrotter Land-
wirthe östlich der Elbe ihre Existenz garantiren soll? An dieser
momentanen Fleischvertheuerung vermag das Volk einmal wieder mit
Händen zu greifen, wobei die Venterpolitik der Juncker fährt. Ihre
Macht zu brechen, die Brot- und Fleischvertheurer aus den Parla-
menten zu vertreiben, das ist ein Akt der Nothwehr, zu der sich das
Volk unter dem Druck der Hungerpolitik der Juncker bei den kommenden
Reichstagswahlen gezwungen fühlt.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 15. Oktober.

Ein Kanzlerwechsel wird wiederum verkündigt. Das
hiesige Antisemiten-Blatt, das andere Blätter sensationslüstern
neunt und selbst an Sensationsgeschichten das meiste leistet,
will wissen, daß die Frage des Abganges des Fürsten Hohen-
lohe sich wieder in der Schwebe befindet, ohne durch die im
Vordergrunde stehenden politischen Angelegenheiten aufgeworfen
zu sein. Das Blatt sagt ferner:

„In der Frage der Militärstrafprozess-Reform und der Flotten-
vermehrung herrscht zwischen dem Kaiser und dem Kanzler keine
Meinungsverschiedenheit, wohl aber vertheilt man sich an beiden
Stellen der Wahrnehmung nicht, daß bei der immer stärker
werdenden demokratischen und partikularisti-
schen Strömung ein Leiter der Reichsgeschäfte notwendig
ist, der gleich dem ersten Kanzler in der Lage ist,
an seinem Platze im Reichstage den Kampf mit der
unnationalen Mehrheit aufzunehmen, wie ein Fels im
brandenden Meere die Regierungspolitik zu vertreten und dem
Einheitsgedanken zum Siege zu verhelfen. Dieser Einsicht
verschließt sich weder der Kaiser noch sein Kanzler, und es ist
deshalb sehr wahrscheinlich, daß wir noch vor dem Zusammentritt
des Reichstages einen allseitigen Wünschen entsprechenden Kanzler-
wechsel haben werden, der aber keine Kränze, sondern eine Stär-
kung der Regierung zur Folge haben würde.“

Wie weit diese Mittheilungen den augenblicklichen An-
sichten und Absichten der obersten Kreise wirklich entsprechen,
bleibe dahingestellt. Thatsächlich ist ja der Kanzlerwechsel eben
so lange „in der Schwebe“ gewesen, als der jetzige Kanzler
sein Amt inne hat. Die Kanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe
war immer nur ein Provisorium. Daß man eine „starke Re-
gierung“ haben möchte, ist ein alter Wunsch, nur sind die
„starken“ Männer nicht so leicht zu finden. Als „starker“
Mann war ja vor allem Herr v. Köllner berufen worden
und wie traurig ist er gescheitert. „Stark“ war auch Herr
Bronsart v. Schellendorff, aber auch sein Geschick
ist nicht besonders beneidenswerth für die etwa noch kommenden
Starken. „Stark“ gilt auch Herr v. d. Recke, er hat zwar
sein Amt noch über die Trümmer seines Vereins-Knebel-Gesetzes
hinübergerettet, aber wie steht er da, welches ist sein Ansehen?
Und wie würde es einem Kanzler ergehen, der es wagen
wollte, nach Art des oben zitierten Blattes die Mehrheit
des Reichstages als „unnational“ zu brüskiren und die
nur allzu berechtigten Bestimmungen in den süddeutschen
Bundesstaaten „mit Stärke“ niederzwingen zu wollen?

Die Bismarck-Zeit ist eben vorüber. Und sollte einer
kommen und sich vermaßen, das Bismarck'sche Muster kopiren
zu wollen, so dürfte er bald die unangenehmsten Erfahrungen
machen! —

Herr Professor Schmoller's Rede beim Antritte des
Rektorats der Berliner Universität fällt heute die Spalten der
bürgerlichen Presse, nachdem schon gestern — wir wollen an-
nehmen ohne Wissen des Redners — eine Zeitungskorrespon-
denz auf das sensationelle dieser Rede hingewiesen hat.

Für den, dem die Materie, die der „Historiograph der
Brandenburgischen Geschichte“ behandelte, keine terra incognita
ist, konnte lediglich das fast krankhaft gesteigerte Selbstbewußt-
sein sensationell wirken, das Herr Schmoller nicht zu unter-
drücken, kaum zu bemänteln verstand. Er sprach über
„Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete
der Staats- und Sozialwissenschaften und die heutige deutsche
Volkswirtschaftslehre.“

Dies „akademische Ereigniß“ ließe sich ruhig wie zahlreiche
ähnliche Ereignisse ignoriren, würde nicht die Berliner bürger-
liche Presse Herrn Schmoller's Ausführungen als ein wirk-
liches, ja fast als ein politisches Ereigniß behandeln, ja dem-
selben sogar die Stelle des Leitartikels anweisen. Deshalb seien
einige Sätze dieser Rede in ihrem Werthe hier festgesetzt.

Was soll man dazu sagen, wenn ein deutscher Universitäts-
Professor der Volkswirtschaft dreißig Jahre nach dem Er-
scheinen des ersten Bandes von Marx' Kapital folgenden Satz
zu äußern mag:

„Über sowohl die Richtung von Adam Smith bis zu Mill
und Raw, wie auch die sozialistische Theorie der Klassenkämpfe,
von William Thompson bis zu Karl Marx, glaube ich aus
einer abstrakten Menschennatur heraus ein
vollendetes objektives System der heutigen
Volkswirtschaft konstruiren zu können.“

Zum mindesten sollte man annehmen, daß ein Mann wie
Schmoller in das Inhaltsverzeichnis des Marx'schen Kapitals
hineingeblät hat, falls ihm das Studium der ersten Kapitel
dieses Werkes gar zu schwer vorgekommen sein sollte. Von
den Theorien des wissenschaftlichen Indusriesystems und des
Sozialismus heißt es weiter:

„Sie versuchen mit einem Sprung die letzte, endgiltige volks-
wirtschaftliche Wahrheit zu erhaschen und nach ihr die Welt, die
Menschen, die Staaten zu messern. Sie erheben sich dadurch noch
nicht zum Range einer wirklichen Wissenschaft.“

Welch' Grad von Ueberhebung gehört dazu, all' dem, was
nicht von den — „Kathebersozialisten“ in der national-
ökonomischen Wissenschaft geleistet wurde, den Charakter der
Wissenschaft abzustreiten. Hätte Herr Schmoller nur etwas
Gefühl dafür, wie lächerlich er sich mit solchen Aeußerungen
macht, er würde doch nicht wagen, Männern wie Petty,
Steuart, Hume, Smith, Ricardo, Malthus, Mill, Thünen,
Robbertus, Marx, Engels das Verdienst, für die Wissen-
schaft der Nationalökonomie Unvergängliches geleistet
zu haben, zu bestreiten. Aber es kann jedermann,

der Pietät für das Gedächtniß der Größen der
Wissenschaft hat, beruhigen: das Urtheil des Herrn
Schmoller kann den Ruhm dieser Leuchten der Wissenschaft
nicht schmälern. Herr Schmoller sollte vorsichtiger sein, schon
deshalb, weil ihm ja Leute wie Adolf Wagner und Karl Meuser
in schweren wissenschaftlichen Werken das Recht, sich einen wissen-
schaftlichen Nationalökonom zu nennen, bestritten haben. Das
Urtheil des Herrn Schmoller wirkt ebenso seuerill, als ob jemand
Kant, Hegel, Schelling abstreiten wollte, daß sie Vertreter der
Wissenschaft der Philosophie seien und dagegen einen Kant-
philologen oder einen Mann, dem ein psychologisches Experiment,
gelungen ist als den Vertreter der wahren Wissenschaft
bezeichnen wollte. So wenig die Waihinger und Münsterberg
den Vergleich mit den Kant und Hegel aushalten, so
wenig die Schmoller, Miasłowski und Eberberg den Vergleich
mit den Ricardo, Marx und Engels. Zu einer Un-
klarheit und Zusammenhanglosigkeit, das Unterlassen des
Versuchs, Einheit und Gleichmäßigkeit in die Erkenntniß
des modernen Kapitalismus zu bringen, Flucht in die früheren
Jahrhunderte, Furcht, die Probleme der Gegenwart erschließ-
lich zu behandeln, Sammeln und Aneinanderreihen von Notizenkram,
das ist das, was die allein wissenschaftlichen Leistungen der
Schmoller und der mit ihm gleichwerthigen Männer sei-
ner Wissenschaft charakterisirt. Ihr aus Flicken aus allen möglichen
Erkenntnißgebieten zusammengefügtes Kleid nennen sie die
Wissenschaft. Wenn dies die einzige Wissenschaft der politischen
Ökonomie wäre, dann aber, arme Wissenschaft.

Für Unterhaltung unserer nationalökonomisch gebildeten
Leser theilen wir noch folgende Blüthe aus Schmoller's
Rektoratsrede mit:

„Die ganze sozialistische Richtung hat kein Werk hervorgebracht,
das Adam Smith's Werke vom „Reichtum der Nationen“ an
die Seite zu stellen wäre. Das Buch von Karl Marx über das
Kapital wird von seinen Parteigängern auf dieselbe Stufe ge-
stellt, aber nicht mit Recht.“

Und zum Schlusse heißt es:

„Es hiesse sich dem Fortschritt und der Entwickelung ent-
gegenstemmen, wenn man absterbende, überlebte Richtungen und
Methoden den höher stehenden und ausgebildeten gleichstellte.
Weder Kritik Smithianer noch strikte Marxianer können heute
Anspruch darauf machen, für vollwerthig zu gelten. Wer nicht auf
dem Boden der heutigen Forschung, der heutigen gelehrten
Bildung und Methode steht, ist kein brauchbarer Lehrer, eben-
wenig wie derjenige, welcher anstatt das Gesamtinteresse, Klassen-
interessen vertritt.“

Herr Schmoller will eine Monopolstellung für seine
Richtung in der Behandlung der politischen Ökonomie haben.
Hätte er dies damit begründet, daß die heutige Universitäts-
Nationalökonomie es als ihre Aufgabe betrachtet, die Grund-
lagen der heutigen Wirtschaftsordnung als berechtigt nach-
zuweisen und gegen Angriffe zu vertheidigen und daß
die herrschenden Klassen alles Interesse haben, nur Vertreter
solcher Richtungen auf die Lehrstühle der Universitäten gelangen
zu lassen, so wäre das offen und ehrlich gewesen. Er hat
aber für sich und die seinigen als die einzigen wahren Ver-
treter der Wissenschaft reklame gemacht, das ist unehrlich, vor
allem unwissenschaftlich und unhistorisch.

Hoffentlich erscheint der Vortrag im Drucke so wie er ge-
halten wurde, nicht geänbert, wie die Vertheilung des
Sozialistengesetzes in seinen Reden und Aufsätzen „Zur Sozial-
und Gewerbepolitik der Gegenwart“. Es wird sich dann noch
Gelegenheit finden, wissenschaftlicher als es ihm lieb ist auf
seine Vertheilung des Marxismus einzugehen. —

Bei Besprechung des Prozesses Liebkecht hat sich die
gegenwärtige Presse im ganzen anständig benommen. Eine Ausnahme
machen natürlich die Konservativen (beider Fraktionen) und die
Nationalliberalen. Am feigsten und gemeinsten sind wie gewöhnlich
die Nationalliberalen. Durch ihre Organe geht ein Artikel aus der
„Nat.-lib. Corresp.“, in welchem als „seigefällig“ bezeichnet wird,
daß Liebkecht die doppelte Absicht gehabt habe, zu beleidigen, und
sich durch raffinierte Wahl der Worte der Strafe für die Beleidigung
zu entziehen; — und daß er sich ins Häuschen gelacht hätte, wenn
die gesprochn Richter ihn nicht verurtheilt hätten. Nach dieser Logik
— die auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ spukt —
müßte eigentlich ein besonderer Strafparagraf für solche Verbrecher
geschmiedet werden, die aus Furcht vor dem Strafrichter sich be-
mühen, kein Verbrechen zu begehen. Freilich für Leute,
die, nächst dem Todtschießen (im Krieg oder Duell), das Köpfen,
Prügeln und Einsperren für die höchste Bethätigung echt christlicher
Zivilisation halten, ist das Streben, Verbrechen nicht zu begehen,
das größte Verbrechen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß die — auch in der
Urtheilsbegründung sich findende Behauptung, die inkriminirte Stelle
der Rede Liebkechts sei, weil die Zuhörer sie als Majestäts-
beleidigung aufgefaßt hätten, von den Zuhörern mit besonderem
Beifall aufgenommen worden, in allen Theilen unrichtig ist.
Ebenso unrichtig ist die Behauptung, die meisten sozial-
demokratischen Blätter hätten die inkriminirte Stelle unterdrückt,
weil sie eine Majestätsbeleidigung darin gewittert hätten. Die
Thatsache ist, daß noch am selben Tage, wo die inkriminirte
Aeußerung fiel, die Denunziation der „Schlesischen
Zeitung“ erfolgte und bräbber in alle Welt tele-
graphirt wurde, noch ehe ein sozialdemokratisches
Blatt den Bericht gebracht hatte.

Mein — wir dulden es nicht, daß die, welche das Urtheil im
Prozesse Liebkecht gefällt haben, durch falsche Darstellungen von
ihrer Verantwortlichkeit befreit werden. —

Deutsches Reich.

— Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den
Antrag Sachsen-Meinings, betreffend die Kontingirenz der
Zuckerfabrik Ramburg, sowie die Vorlagen, betreffend den Entwurf

einer Anweisung zur chemischen Untersuchung von Fetten und Käsen. Den Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung der im Waderausnahme-Verfahren freigesprochenen Personen und die Ueberführung der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1896/97 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Bezüglich der allgemeinen Rechnungen über den Reichshaushalt für die Jahre 1895/96 bis 1899/00 einschließlich nebst den dazu vom Reichstage gefassten Beschlüssen wurde die Entlastung erteilt.

Ueber den Einberufungstermin des Reichstages geht jetzt in den Zeitungen das Rathspiel los. Heute heißt es, daß der Reichstag in der ersten Dezemberwoche zusammenzutreten soll.

Zagegelde für Reichstags-Abgeordnete befristet als ganz verkehrt, daß die konservative Partei noch immer gegen die Zagegelde sei. Die konservative Partei ist noch der Meinung des „Voll“ in ihrer Mehrheit gegen Dänen. Sie selbst am meisten von allen Parteien unter der Dänenlosigkeit, weil es in ihren Reihen absolut unmöglich für einen Abgeordneten ist, Parteigelde zu beziehen, was doch in anderen Parteien häufig genug geschieht. Aber das Eintreten für diese Maßregel würde einen energischen Gegensatz gegen die Regierung bedeuten. Und in dem eben mag man nicht eintreten.

Die sozialdemokratische Partei ist nach den Äußerungen aus allen Parteien am allerwenigsten auf die Genöthigung von Dänen an ihre parlamentarischen Vertreter angewiesen. Es giebt nicht leicht etwas, was die Opferfreudigkeit und die innere Festigkeit der Arbeiterpartei gegenüber den bürgerlichen Parteien ins hellere Licht setzen könnte als diese Thatsache.

Bureaucratische Geheimniskrämerei. Die „Milit. und Polit. Kor.“ schreibt: „Es verlangete unlängst, der eingehende Finanzbericht, welchen der Finanzminister Dr. v. Miquel an den Kaiser erstattet hatte, solle zur Veröffentlichung gelangen. Von der Veröffentlichung dieser Abhandlung ist neuerdings äußerem Vernehmen nach Abstand genommen worden.“

Hat ein Verbot über die Entwicklung der preussischen Finanzen das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen oder paßt er nicht in die Vorbereitungen zu den Maximevorlagen?

Ueber die Bäckereiverordnung können sich die von der Gesetzgebung und Verwaltung ja sonst so geschätzten Innungsmeister gar nicht beruhigen. Der geschäftsführende Ausschuss Deutscher Bäckereiverbände des Verbandes „Germania“, der nahezu 80 000 Mitglieder zählt, hat sich wegen der Bäckereiverordnung wiederum an den Bundesrath mit einer Eingabe gewandt, die in folgenden Punkten gipfelt:

Der Bundesrath möge die Verordnung vom 4. März 1896, betr. die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, gänzlich aufheben oder, wenn dieses aus Gründen, die sich der Beurtheilung der Petenten entziehen, unzulässig oder unausführbar sein sollte, die erwähnte Verordnung dahin abändern, daß als wesentlichste Bestimmung künftig eine Mindestarbeitszeit von 8 bis 9 Stunden festgesetzt werde; daß ferner bei Uebertretungen der Verordnung nicht ohne weiteres immer die Meister, sondern der wirklich Schuldige bestraft werde; daß endlich Anzeigen von Uebertretungen in längstens acht Tagen angebracht werden müssen, weil bei einer längeren Frist die Bestimmung des Thatsachensandes dem Meister unmöglich ist.

Wir erwarten, daß die verbündeten Regierungen das wünschenswerthe Arbeiterschutz für die Bäckereigenossen unangefast lassen werden. Den falsch verstandenen Interessen der Bäckermeister steht die schwere Nothlage der Gehilfen gegenüber.

Erhebungen über Handwerks-Genossenschaften. Auf Veranlassung des Handelsministers soll innerhalb der Regierungsbezirke zur Zeit ermittelt werden, welche Handwerks-Genossenschaften sich in ihnen seit dem 1. April 1896 gebildet haben. Diese Ermittlungen beziehen sich sowohl auf Kreditgenossenschaften, als auf sonstige Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die aus Handwerkerkreisen heraus ins Leben gerufen worden sind. Nach den Anordnungen des Ministers sind bei dieser Gelegenheit auch in Bezug auf eine Reihe geschäftlicher Verhältnisse dieser Genossenschaften Erhebungen anzustellen. Doch soll dabei jedes lästige Einbringen in den Geschäftsbetrieb durchaus vermieden und keinesfalls der Aufsicht erweckt werden, als wolle der Staat der Selbstverwaltung derartiger Genossenschaften irgendwie zu nahe treten. Vielmehr soll davon ausgegangen werden, daß es sich nur um Gewinnung eines Ueberblicks darüber handelt, in welchem Maße die auf Förderung des Kleingewerblichen Genossenschaftswesens gerichteten Regierungsbestrebungen bis jetzt Erfolg gehabt haben.

Parteienoffener Verleppsch. Das Herr v. Verleppsch den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht mit Stimmlichen Waffen gekämpft wissen will, sondern sich zur Wädigung der modernen Arbeiterbewegung durchzuführen versucht, hat ihm den Fort der Hamburger Nachrichten zugewogen. Dies samose Blatt erwidert dem auf christlich-sozialen Boden ruhenden „Deutschen Adelsblatt“ auf seine Parteinahme für Verleppsch folgendes:

Bei dem „Deutschen Adelsblatt“ scheinen sich zu dessen sonstigen besprechenden Tendenzen nunmehr auch sozialdemokratische Beiseiten gefügt zu haben, andererseits wenigstens ist die Parteinahme für einen ehemaligen preussischen Minister, der öffentlich Loathe auf revolutionäre Emanzipationskämpfe ausbringt, nicht zu erklären. Wir sind allerdings die letzten, die einem früheren Minister das Recht beschränken wollen, seine Ansichten offen auszusprechen, aber wenn dieselben sozialdemokratischer Natur sind, so liegt die Sache doch anders.

Als auch Männer wie Herr von Verleppsch sollen nach dem Wunsch der „Hamburger Nachrichten“ der Redaction berandi und „gleich den anderen Sozialdemokraten“ entrechtet und geächtet werden.

Man sieht an diesem kleinen Beispiele, wer alles dem Geism der Stimmlichen Garde verfallen würde, wenn diese so könnte wie sie möchte.

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Amlich wird bekannt gemacht: Ein Militärtransportzug mit Kreturen für das Garde-Korps lief vorgestern Abend im Bahnhof Raumburg auf einen dort haltenden Güterzug auf. Personen wurden nicht verletzt. Der Militärzug blieb unbeschädigt; die sieben letzten Wagen des Güterzuges wurden beschädigt, drei davon entgleiten. Der Militärzug erlitt 1 1/2 Stunden Verspätung. Das Gleis Köfen-Raumburg war bis 3 Uhr morgens gesperrt. Die Schuld trifft den Lokomotivführer des Militärzuges, welcher das Wahnhoß-Abfahrtsignal nicht beachtet hat.

Unser Parteienoffener Stengel, der wegen Verleppsch Leopold's von Belgien zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt und sofort in Haft genommen wurde, ist gegen Stellung einer Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen worden.

Die innere Parteilosigkeit dessen, was sich bei uns antisemitische Partei nennt, zeigt die Mittheilung der „Antisemitischen Korrespondenz“, daß in der Zeit von 1890 bis 1897 86 antisemitische Zeitungen gegründet worden sind, wovon 29 wieder eingingen. Die übrig gebliebenen sieben leben „auch nur unter vollständig veränderten Verhältnissen, zum Theil unter anderen Namen und an anderen Orten und ihre Existenz ist eine sehr kümmerliche; selbst das „Centralorgan“ in Dresden, das mit so großen Hoffnungen begründet wurde, schlägt sich nur mit Mühe und Noth durch.“

Herr Ortsvorsteher Schulze sendet uns eine Erklärung auf die Erklärung des Landraths v. Stülpmagel, in der ihm Widersprüche in seinem Verhalten gegenüber der Frau Palm vorgeworfen wurden. Danach hat Herr Schulze sich wohl nach der ersten Aufforderung des Landraths, die Frau Palm zu entfernen, hierzu bereit erklärt, sobald er nach dem Miethsvertrag dazu berechtigt sein würde. Dies aber hat Herr Sch. nur gethan, weil er damals angenommen hatte, daß der Landrath die Stellung einer derartigen Zustimmung nicht ohne irgend welche gesetzliche Unterlage habe machen können. Das Schreiben besagt dann weiter:

Natürlich war ich mir bei Abfassung eines Schreibens an den Herrn Landrath darüber klar, daß keinerlei Disziplinargesetze meinen Miethsvertrag mit Frau Palm aufheben könnten, und dies war der Grund einer Ablehnung. Ich erbat mir dann über die Rechtsfrage Auskunft von rechtskundiger Seite und erfuhr, daß meine Voraussetzung, der Landrath sei zwar nicht vom menschlichen, wohl aber vom rein juristischen Standpunkte aus im Rechte, unbegründet war. Demgemäß habe ich mich in der Verhandlung vor dem Kreisaußschusse verhalten. Wenn es dem Herrn Landrath jetzt beliebt, aus der von ihm geleiteten und von ihm selbst als „nicht öffentlich“ bezeichneten Verhandlung einen angeblich von mir ausgesprochenen Satz anzuführen, der das Gegentheil besagen soll, so hat er mich ohne meine Schuld falsch verstanden; ich habe wörtlich gesagt: „Ich werde der Frau Palm kündigen, sobald der für mich geeignete Zeitpunkt gekommen sein wird.“ Das heißt natürlich, daß ich nur in dem Falle kündigen würde, wenn sie dazu in ihrer Eigenschaft als Mietherin Veranlassung gäbe. Ich halte hiernach meine Erklärung vom 2. Oktober aufrecht und beniere in deren Ergänzung nur noch eines: Sollte das Ober-Verwaltungsgericht, an das ich die Sache selbstverständlich bringe, das Vorgehen des Herrn Landraths wider Erwarten als gesetzlich zulässig anerkennen, so würde sich daraus eine Rechtslage ergeben, die mir keineswegs, wenn ich sie gekannt hätte, die Annahme des Amtes als Gemeindevorsteher unmöglich gemacht hätte. Ein Widerspruch zwischen meiner früheren und meinen späteren Äußerungen ist hiernach nicht vorhanden, da ich jene als Gemeindevorsteher, diese als Privatmann abgegeben habe.“

Die feindlichen Brüder. Die „Konf. Korrespondenz“ schreibt aus Anlaß des Wahlkampfes im Reichstags-Wahlkreise Westpreignitz:

„Was man sieht, hat es die antisemitische Partei darauf abgesehen, den konservativen Kandidaten zu Falle zu bringen, ohne daß ihr selbst ein Vortheil daraus erwächte. Herr v. Saldern ist bekanntlich auch von dem Bunde der Landwirthe als Kandidat einstimmig proklamirt worden. Das feindliche Vorgehen der Antisemiten richtet sich daher ebenso gegen den Bund wie gegen unsere Partei. Es zeigt sich eben wieder, daß die Antisemiten trotz allen Ablehnens garnicht daran denken, die judenfreundlichen Liberalen zu bekämpfen, sondern daß sie es auf die Konservativen abgesehen haben. Das durch eine solche Wahlagitation nur für den Freisinn gearbeitet wird, darum kümmern sich die antisemitischen Brüder nicht; in der konservativen Partei aber und im Bunde der Landwirthe wird man wohl allseitig davon überzeugt sein, daß die Antisemiten überall, wo sie auftauchen, grundtätlich und von vornherein als Gegner betrachtet werden müssen.“

Die antisemitischen Spießlinge werden den konservativen Vätern noch manchen Kerger bereiten.

Aufreizung zum Völkerverhaß. Aus Thorn wird unter dem 14. d. M. dem „Graubauer Gesell.“ gemeldet:

„In der vorgeschriebenen Verammlung des Vereins zur Förderung des Deutschthums erählte Herr v. Lidemann-Seeheim, er habe im Juni eine dreistündige Unterredung mit dem Fürsten Bis marck in Friedrichshagen gehabt. Der Fürst habe ihm mit dem Wünsche an die Deutschen in der Dniemarck entsaßen: „Halte zusammen, vergeß alles, was Euch trennt, aber vergeß nie, daß Ihr wie vor dem Feinde steht!“

Die Polen sollen wohl durch solche Mahnung in Liebe zu den deutschen Brüdern entbrennen? —

Niel, 14. Oktober. (Fig. Ver.) Bei der Nachwahl im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise machen sich die alten Praktiken der konservativ-agrarischen Parteien auch wieder bemerkbar. Dort ist von dieser Seite der Gütebühler von Tangeln-Schmoel als Kandidat aufgestellt. Von haben mehrere Gütebühler in der Umgegend von Nielsfeld durch ihre Angehörten bei den Bauern und ländlichen Arbeitern Listen zirkuliren lassen, welche die Aufforderung enthalten, sich durch Namensunterschrift zu verpflichten, für den obengenannten Kandidaten zu stimmen. Man spezifizirt dabei auf die Unkenntnis der Leute, die diese Unterschrift für sich verbindlich erachten, während bei uns diese Weise gepöppelten Landleute ja trotzdem stimmen können wie sie wollen.

Aus Weiningen, 14. Oktober. (Fig. Ver.) Die nun vollständig beendeten Landtagswahlen bieten in ihrem Verlaufe so reichlichen Stoff, um einen Rückblick auf dieselben als lohnend erscheinen zu lassen. Schon das Wahlsystem ist der Betrachtung werth. Das selbe, auf ursprünglich freier Grundlage aufgebaut (indem sämtliche 24 Abgeordnete mittels des gleichen Stimmrechts bei geheimer Stimmenabgabe gewählt wurden), wurde später in der Weise korrigirt, daß nur 16 Mandate durch die allgemeinen Wahlen besetzt werden konnten, während s. d. i. ein Drittel sämtlicher Sitze, den Großgrundbesitzern und den die direkte Personalsteuer zahlenden überantwortet wurden. Und diese weitest ungleichförmige Bevorzugung der Besitzenden ist im Grunde genommen noch verwerflicher als dies aus dem ersten Blick scheint. Den Höchstbesitzern und Großgrundbesitzern ist es nämlich freigestellt, sich an den allgemeinen Wahlen oder ihren Sonderwahlen zu betheiligen (letztere finden gewöhnlich acht Tage später statt). Hierdurch ist es den 1000 Thaler-Männern möglich, durch fast vollständiges Eingreifen bei den allgemeinen Wahlen den Ausgang derselben zu beeinflussen, während alsdann die Wahl der Höchstbesitzern-Abgeordneten durch einen Stillsitz vorgenommen werden kann. Infolge dieser geradezu böswärtigen Bestimmung verloren wir sowohl den Saalfeld als auch den Großenthaler Kreis, wo unsere Genossen, wie bereits gemeldet, mit je 1 1/2 Tausend Stimmen unterlagen, während sich je 100 Höchstbesitzene auf diesen allgemeinen Wahlen betheiligt hatten. Fast in allen Kreisen fanden die Komitees der staatsverhaltenden Parteien an ihre Tausend-Thaler-Genossen Briefe folgenden Inhalts: „Da es angeht die unangenehme Regsamkeit der Sozialdemokratie nicht unmöglich wäre, daß bei den allgemeinen Wahlen der Kandidat der vereinigten Ordnungsparteien unterläge, wenn unsererseits nicht alles aufgegeben wird, so bitten wir Sie, Ihr Wahlrecht bereits bei den allgemeinen Wahlen am 28. September auszuüben.“ Dieser Aufforderung wurde beispielsweise im Saalfelder Kreise so eifrig entsprochen, daß zu den am 7. Oktober stattgehabten Wahlen der Höchstbesitzenern von 107 Wahlberechtigten nur noch — 18 übrig waren; sämtliche Andern hatten bereits bei den allgemeinen Wahlen gewählt, um die Wahl ihres Amtgerichtsraths Trinks, eines staatsverhaltenden, zu ermöglichen. Besonders bemerkenswert ist das fast gänzliche Verschwinden des Freisinn aus dem Landtage. Unser meiniger Freisinn ist überhaupt das jämmerlichste Produkt.

Mit dem Siege unseres Genossen Eckardt in Salungen ziehen nun vier Sozialdemokraten in den Landtag ein; die Genossen darselbst sind also nun im Stande, selbständige Anträge zu stellen, da hierzu drei Abgeordnete nöthig sind. Und in dieser Hinsicht giebt es gegen zu thun, denn gar vielfältig sind die berechtigten Wünsche unserer im Allgemeinen recht armen Bevölkerung; haben doch von rund 70 000 Steuerzahlern über 30 000 noch nicht einmal ein Einkommen von 600 M. pro Jahr, das sind also 47 pCt. der Gesamtbevölkerung.

Von besonderer Bedeutung ist die Wahl des Genossen Weigelt in Steinach, eines einfachen Arbeiters, der in den herzoglichen Betrieben als Größelmacher beschäftigt ist. Das „freisinnige“ Weiningener Tageblatt ist ob der Wahl Weigelt's geradezu aus dem Häuschen, denn es schreibt, „daß die Regierung nun während der sechsjährigen Legislaturperiode sehen möge, wie sie mit dieser „Figur“ und diesem „Kerl“ fertig werde.“ Es wird allerdings hier der gewiß interessante Fall eintreten, daß ein Arbeiter der Staatsverwaltung als Abgeordneter der Regierung gegenübertritt. Und daß dieser Fall bald eintreten wird, dafür bürgen schon die Verhältnisse in den staatlichen Schieferdrüben und Größelabriken, die noch vieles zu wünschen übrig lassen, gegen früher jedoch um vieles besser geworden sind. Desgleichen ist den Ordnungsbekämpfern der Ausfall der Salunger Stichwahl in die Glieder gefahren; so hofft die „Vorzeitung“, daß die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses ein „besseres“ Resultat ergebe. Die Gesellschaft denkt dabei jedenfalls

an unser Gräfenthaler Mandat, das unter den Händen der Wahlkommission den Gegnern zufiel. Dies wird aber in Salunger Halle unmöglich sein, da der Vorsprung unseres Genossen circa 200 Stimmen beträgt. — Im ganzen dürfen wir also mit dem Resultat zufrieden sein. Der Ausgang der Landtagswahlen läßt mit Bestimmtheit einen überwältigenden Sieg bei den kommenden Reichstagswahlen im zweiten Meinung, sowie einen ganz bedeutenden Stimmengewinn im ersten Wahlkreise erhoffen, sodaß wir im letzteren bestimmt in die Stichwahl kommen werden. Wir gehen darum festgesetzt der Zukunft entgegen.

Die Bodenzinse, unter denen der bayerische Bauernstand leidet, sollen abgeschafft werden. Die hierzu von den Bauernbündlern vorgeschlagenen Mittel können aber nicht gebilligt werden. Sie wollen den Teufel mit Beilzibus austreiben: die Bodenzinse abschaffen und dem Volke-Spielteufel dafür Thür und Thor öffnen. Dr. Mahinger will ein 2 1/2 proz. Prämienanleihen einführen, wogu die Genehmigung des Reiches gebüdt, und Dr. Sigl denkt sogar an die Einführung einer der — preussischen nachgebildeten Klassenlotterien. Beide Projekte sind verwerflich.

In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer befaßte der Finanzminister Freiherr v. Riedel nachdrücklich den Antrag Dr. Mahinger's auf völlige Beseitigung der Bodenzinsen und den Antrag Dr. Sigl's auf Einführung einer Klassenlotterie, die den Ausfall an Bodenzinsen decken sollte. Der Minister betonte dabei, daß er an den anderwärts bestehenden Klassenlotterien keine Kritik äußern wolle, daß er aber der Einführung einer Klassenlotterie in Bayern nicht zustimmen könne. Die Vertriebskosten einer solchen Lotterie ständen außer dem Verhältniß zum Ertrage. Anfangs sei überhaupt die Ergiebigkeit solcher Lotterien zweifelhaft, vor allem aber würde der Staat das Volk zur Spielleidenschaft erziehen. Andererseits gehe das Streben auf Abschaffung der Klassenlotterie. Wenn man eine Spielzange auch nicht austreten könne, so pflanze man sie doch zum mindesten nicht neu ein. Nach langer Debatte wurde der Antrag Sigl's abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Bodenzinsen und der Antrag Mahinger's wurden einem Ausschusse überwiesen.

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Die Hanoverer Strafkammer verurtheilte den Arbeiter Schneider von Langensfeld wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis.

Koloniale. Die Herbsttagung des Kolonialrathes wird Anfang November beginnen. Ueber die Aufgaben, die der Erledigung durch den Kolonialrath harren, wird dem „Samb. Corr.“ geschrieben: Als Hauptgegenstand der Beratungen liegen die Colonien der Schutzgebiete vor, diese reichen schon aus, um den Kolonialrath einige Tage zu beschäftigen, doch wird ihm einiges weitere Material vorgelegt werden, so der Togovertrag mit Frankreich, vielleicht kommen noch Postfragen hinzu. In den nächsten Tagen wird auch der im Jahre 1895 eingesetzte Ausschuss eine Berathung abhalten, der Vorschläge über die Grundlage hinsichtlich der Behauptung schwerer Strafen über die Eingeborenen in den afrikanischen Schutzgebieten machen soll. Der Kommission ist nicht nur das gesammte Material aus den Schutzgebieten, sondern auch die Gesetzgebung der fremden Kolonien in Afrika zugänglich gemacht worden. Wahrscheinlich wird der Ausschuss nunmehr dem Plenum des Kolonialrathes einen bezüglichen Vorschlag unterbreiten. Die Ausübung der Strafsgerichtsbarkeit gegenüber den Eingeborenen in den Kolonien ist schon provisorisch durch eine Verfügung des Reichskanzlers vom 22. April 1896 geordnet worden. Darin wurde die Strafsgerichtsbarkeit dem Gouverneur und die Bezirksamtswärter, bei den Expeditionen auf den Häusern übertragen; es wurde Prügelstrafe, Rutenstrafe, Geldstrafe, Gefängnis mit Zwangsarbeit, Kettenhaft, Todesstrafe zugelassen. Gegen Araber und Juder ist die Anwendung körperlicher Züchtigung als Strafmittel ausgeschlossen, ebenso gegen Frauenpersonen.

Oesterreich. Wien, 15. Oktober. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses setzte die Debatte über die Obstruktion durch wiederholte Anträge auf namentliche Abstimmung fort.

Nach einer Reihe von namentlichen Abstimmungen, welche etwa drei Stunden in Anspruch nahmen, wurde die Verhandlung über die Ministeranträge fortgesetzt. Abg. Ruzs führte aus, die Ministeranträge seien thatsächlich begründet. Der Redner hob die Nothwendigkeit der Vorlegung des authentischen Textes des geheimen Erlasses hervor, welche sowohl er als andere vergebens verlangt hätten. Der Erlass trage alle Merkmale der gegenwärtigen inneren Politik. Ruzs stütze sich auf mehrere angelegte Erklärungen des Grafen Badeni über die innere Amtsprache, erwiderte das Vorgehen der Regierung im böhmischen Landtage, sprach von den Vorfällen in Eger und erklärte, es sei zweifellos, daß der Erlass gegen die deutsch-böhmischen Abgeordneten gerichtet gewesen sei und eine vorsätzliche Gesetzerletzung involvire, welche die Erhebung der Ministeranträge rechtfertige. (Beifall bei der Debatte und Handclatschen links.) Abgeordneter Funke beantragte, das Haus wolle beschließen, daß der Ministerpräsident, welcher vom Hause abwesend ist, der Verhandlung verwehne. Vizepräsident Abrahamowicz wollte diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen und ertheilte dem nächsten Redner das Wort. (Stimmliche Unterbrechung, Rufe links: abstimmen!) Der Kärm erneuert sich bei jedem Versuch des Vizepräsidenten, dem nächsten Redner das Wort zu ertheilen. Da die Herstellung der Ruhe unmöglich erscheint, unterbricht der Vizepräsident die Sitzung. Während der Unterbrechung erscheint der Ministerpräsident im Saale. Die Sitzung wird nun wieder eröffnet. Der nächste Redner Rozaliewicz (Sozialdemokrat) ergreift das Wort.

Schweiz. Bern, 14. Oktober. (Sant. Fig.) Im Nationalrath hatte Wullschläger (Wesol Sozialdemokrat) den Bundesrath interpellirt wegen verschiedener angeblicher Soldatenmisshandlungen. Aus der Antwort, die der Bundesrath Müller, Chef des Militärdepartements, ertheilte, ergiebt sich, daß die Behauptungen meistentheils unwahr sind. Speziell wurde den Soldaten in Thun niemals befohlen, Douchebäder ohne Badehosen zu nehmen. Der Bundesrath Müller bezeichnete dagegen die Bestimmung des Dienstreglements, daß Beweichwerden der Soldaten, die erst nach Entlassung aus dem Dienst erfolgen, strafbar seien, als unhaltbar.

Mit der Arbeitslosen-Versicherung will man nun auch in der Stadt Zürich einen Versuch machen. Die vorbereitenden gesetzlichen Schritte sind eingeleitet.

Frankreich. Paris, 14. Oktober. (Fig. Ver.) Die Oktober-Session des Pariser Gemeinderathes hat begonnen mit zwei Interpellationen an den Seine-Präsidenten über die Nichteröffnung einer außerordentlichen Session zwecks Berathung der Protfrage. Die beiden Interpellanten, der Sozialist Chauffe und der Linkradikale Lucipia schlugen ein Tadelvotum gegen den Präsidenten vor und einen Protest gegen die Verkümmern der Pariser Selbstverwaltungrechte. Die beiden Resolutionen gelangten zur Annahme mit 49 gegen 15 Stimmen. Indes ist der Protest gegen Tadelvotum ebenso abgelehnt wie die Regierung gegen autonomistische Proteste des Pariser Gemeinderathes. Der feierlich angekündigte Widerstand mit allen gesetzlichen Mitteln löste sich also in einer harmlosen Kundgebung auf. — In der vorausgegangenen Sitzung hatte der Präsident noch, wie bei jeder Vorberöffnung, ein Regierungsdekret verlesen betr. Aufhebung einer Anzahl früherer Beschlüsse des Gemeinderathes, darunter Einführung eines Maximalarbeitstages und eines Minimums für kommunale Arbeiter und Bewilligung von 10 000 Franks für die freilebenden

Maurer von Lyon. — Der sozialistische Vorschlag auf Eröffnung eines Kredits von 300 000 Francs zur Verteilung von 30 000 Kilogramm Brot an die Bedürftigen der Hauptstadt wurde einer Kommission überwiesen. —

Belgien.

In der Kammer behandelte Gen. Farnemont seine Rede zu dem Geleitwort betr. die Verleihung der Korporationsrechte an die Berufsvereine zu Ende. Nach ihm kam De Straete, ebenfalls ein Sozialdemokrat, zum Wort. Er konstatirt zunächst die Thatsache, daß sich in der Kammer niemand mehr im Prinzip gegen die Intervention des Staates ausgesprochen; die Mundeltheorie habe nur noch vereinzelte Verfechter. Er erinnert an das Wort des früheren Ministers De Selve, der das gegenwärtige Gesetz vorbereitet hat: „Die Befreiung muß dem Arbeiter helfen, ihm von seiner tatsächlichen Abhängigkeit, in der er sich befindet, zu befreien, damit er in die Lage versetzt werde, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu können.“ — Der Abbe Daens äußert sich weniger arbeitsfreundlich, als man von ihm nach seiner Vergangenheit zu erwarten hätte. Er empfahl die von der Kommission vorgeschlagenen Verschlechterungen. Gewerkschaften sollen nach seiner Meinung Geschäfte nicht betreiben dürfen. Auch von der Ausdehnung des Gesetzes auf Beamte, Ärzte u. s. w. will er nichts wissen; hier wäre ein Sondergesetz mehr am Platze. Dagegen tritt er, wie seine sozialdemokratischen Vorredner, auch für die Bestrafung derjenigen Unternehmer ein, die durch Bedrohungen u. dergl. das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen versuchen.

Brüssel, 15. Oktober. Ein Telegramm des Gouverneurs des Kongostaates meldet, daß Lieutenant Henry am 13. Juli d. J. die anführerischen Soldaten der Expedition Dhanis bei dem Albert-See vollständig geschlagen hat. Den Anführern wurden viele Gewehre und alle Munition abgenommen, 400 derselben sind gefangen. Die Ueberlebenden haben sich in die Berge geflüchtet, wo sie nach der Ansicht des Lieutenants Henry wegen Mangel an Lebensmitteln umkommen dürften. Dem Lieutenant Henry wurde vom König der Belgier als Souverän des unabhängigen Kongostaates das Ritterkreuz des Ordens des Asiatischen Sterns verliehen. —

Italien.

Rom, 14. Oktober. Die „Opinione“, das Organ des Ministeriums, meldet: Anlässlich der Revision der Einkommensteuer-Einschätzungen sind in 59 von den 69 Provinzen des Königreichs überhaupt keine Beschwerden erhoben worden; in 22 weiteren Provinzen blieben die Widerspruchsbildungen auf kleinere Gemeinden mit Ausschluß der Provinzhauptstädte beschränkt. Ueberall hat gültige Verbindungen mit den Steueragenten stattgefunden. Das Blatt sagt ferner, alles berechtige zu der Annahme, daß die noch verbleibenden Schwierigkeiten durch die wachsame und eifrige Thätigkeit des Ministeriums und die neuen von demselben erlassenen eingehenden Instruktionen werden behoben werden.

Demnach wäre alles in Italien aufs Beste geordnet. Leider beweist die Wirklichkeit das gerade Gegenteil des offiziellen Stimmungsbildes. —

Rom, 14. Oktober. (Fig. Ver.) Für die Dummdenken der Reinen und mittleren Bürgerschaft, dem die Politik der Regierung, die es stets gutgehenden hat, jetzt zu teuer wird, sollen die Sozialisten nun büßen. Die Machthaber wollen die schöne Gelegenheit sich nicht entgehen lassen; was ist da bequemer, als die Sozialdemokraten für die Kravalle verantwortlich zu machen und sie durch Maßregelungen zu unterdrücken?

Gestern wurden sämtliche Häuser, die Mitgliedervereine und die Rasse der Föderation sozialistischer Vereine Roma beschlagnahmt, und zwar weil die Föderation die Fortsetzung der früher bestandenen und ebenfalls der Auflösung verfallenen „Federation socialista“ sei. Auch habe der Verband der Demonstration der Kaufleute, die unternommen war, die Ordnung zu führen und Gewaltthätigkeiten zu begehen (1), Vorwurf geleistet. Die Polizei bew. die Regierung weiß natürlich ganz genau, daß diese Behauptung durchaus falsch ist. Die Sozialdemokratie hat nichts, will nichts gemein haben mit einer Rasse, welche die politische Bewusstlosigkeit auf ihre Fahne geschrieben hat. Alles das sind nur Vorwände, um gegen die sozialistische Partei vorgehen zu können und gleichzeitig will man dadurch den tiefen Eindruck paralysiren, den die Sozialisten durch ihre energische Agitation gegen das Projekt des Gesetzes, betr. den Zwangswohnsitz, im ganzen Volke hervorgerufen haben.

Unter den Verhafteten sind drei Redakteure beim Expedienten des „Avanti“, Mori, der Sekretär der Föderation ist von der Polizei in seinem Hause bloßirt. Er schloß sich, als die Polizei kam, ihm zu verhaften, ohne Mandat vom Richter zu haben, in sein Haus ein und wird nun von der Polizei, die es nicht magt, Gewalt zu gebrauchen, bewacht. Er erhält kein Essen durch das Fenster gereicht. Man muß nun den Untersuchungsrichter in Aktion treten lassen, damit er die Polizei aus ihrer grotesken Situation befreie.

30 der Inhaftierten sollen dem Richter vorgeführt werden als Urheber des Kravallgeschehens; man erwartet einen Montstreprozeß. Die sozialistische Kammerfraktion wird den Minister interpelliren über das Verhalten der Polizei während der Demonstration und über die Auflösung der sozialistischen Vereine. —

Spanien.

Madrid, 14. Oktober. Hünstlicher Mann Verstärkungen werden nach vor Ende des Monats nach Kuba abgehen. Das zeigt gerade nicht, daß sich die Regierung viel von ihrem Verschönerungsmaschinen vertritt. Das Madrider Blatt „El Correo“ behauptet, daß die Regierung beabsichtigt, wichtige Stellen auf Kuba an Anhänger der kubanischen Autonomie zu vergeben. „Deraldo“ meldet, Giberna, einer der ersten Führer der Autonomisten, sei incognito nach Madrid gekommen, habe mit dem Kolonialminister unterhandelt und sei alsbald nach Paris zurückgekehrt. —

Madrid, 12. Oktober. Nach Mittheilungen von einer Seite, die sich als ununterrichtet bezeichnet, hat der Ministerrath bereits die Entlassung von sechs in Montjuich gefangenen gehaltenen Anarchisten beschlossen, während gegen die übrigen das Verfahren noch einmal nachgeprüft werden soll. Trotzdem aber ist keineswegs eine Milderung des allgemeinen Verhaltens der Regierung gegenüber der anarchischen Bewegung eingetreten; im Gegenteil werden fast täglich neue Verhaftungen von angeblichen oder wirklichen Anarchisten vorgenommen, wobei schon die bloße Thatsache, daß die betreffenden jemals eine anarchische Zeitung bezogen haben, einen hinreichenden Grund zur Verhaftung darbietet. —

— Die Sozialisten haben am 12. d. M. in Madrid in einer Versammlung die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt. Die gesamte Presse hat, wie der „Frankf. Zig.“ aus Madrid telegraphirt wird, nunmehr zu dieser wichtigen Frage Stellung genommen. Die angesehensten Blätter stimmen der sozialistischen Forderung zu. Der „Imparcial“ fordert die Regierung auf, die betreffende Reform baldmöglichst vorzunehmen, und meint, sie sei von hoher sozialer Bedeutung; die Gerechtigkeit erfordere, daß die Blutsteuer von sämtlichen Landeskindern entrichtet werde. Nur so werde die von den unteren Klassen erhobene Hauptbeschwerde verstanden und das Meer eine wahre Vertretung des Vaterlandes sein. Wäre dies schon der Fall gewesen, so wären die bekannten Mißbräuche im Operationsheer auf Kuba nicht vorgekommen; die Soldaten wären besser gepflegt worden und es wäre mit größerer Aufrichtigkeit auf die Vermeidung der unseligen Kolonialkriege hingearbeitet worden. —

— Von der Draufamkeit der kubanischen Insurgenten entwirft die amerikanische Presse, der man sicher nicht Voreingenommenheit gegen die Kubaner zum Vorwurf machen kann, ein unheimlich erschreckendes Bild. Bei der Einnahme von Las Lunas stürzten sich die Insurgentenscharen nach der Plünderung der Läden und Wohnungen auf die wehrlosen Einwohner. Die ersten Opfer ihrer wilden Rauth waren die Schwägerin Vicenta Garcia's, der im vorigen Jahre als Insurgentenführer berüchtigt war, später aber seinen Frieden mit Spanien machte. Die Versammlungen, die die 98 Freiwilligen der

Befehlsgruppen erleiden mußten, waren furchtbar. Pedro Suarez sah seine drei Söhne hinfalachen, ehe man ihm selbst den Gnadenstoß versetzte. Ebenso erging es einem gewissen Ramon Rubio, dessen blutjunge Kinder wie Schlachtthiere gemordet wurden. Die Frau von Santa Ana wurde aufgehängt und langsam geröstet. Einer Frau Fernandez und ihren beiden Kindern schritt man den Kopf vom Kumpfe. Dem Polizeichef Ramon Diaz Machado schnitt man erst die Beine ab, dann die Arme, die Ohren u. s. w. Die Wittwe des Krates Dr. Trista wurde zum Feuerode verurtheilt und halb verbrannt; als sie angab, wo sie ihr Geld verborgen hatte, durfte sie den Scheiterhaufen verlassen. Die wahnwichtigen Verbrechen, die gegen Frauen und halbwildliche Mädchen begangen wurden, lassen sich nicht schildern. Aus New-York wird ferner mitgetheilt, daß die Rebellen vom 1. Juli bis Ende September 42 Expeditionen mit Munition und Mundvorrath nach Kuba gebracht haben. 16 Expeditionen landeten in den Provinzen Sabana und Pinar, die anderen im Osten der Insel. —

Rußland.

— Der Zustand der Hüttenarbeiter der „Guta Bankowa“ ist beendet, wie die „Rölnische Zeitung“ mittheilt. 4000 Arbeiter nahmen die Beschäftigung wieder auf. Die herangezogene militärische Befragung verbleibt vorläufig im Hüttenbezirk. Wir hoffen, bald authentische Mittheilungen über den Verlauf des Ausmaßes bringen zu können. —

Wladivostok, 15. Oktober. In Gegenwart des Generalgouverneurs des Amurgebietes Generalleutnants Dschowtski fand hier die feierliche Grundsteinlegung für den hiesigen Handelshafen statt. Damit gewinnt Rußland in einem ausgedehnten, verhältnismäßig sehr lange eistret bleibenden großen Hafen seinen Fuß für die Begründung der Oberherrschaft seines Handels in Ostasien, vor allem in China, Japan, Korea. Diese Thatsache in Verbindung mit der sich ihrer Vollendung nähernden transsibirischen Eisenbahn ist nicht nur für die Handelsverhältnisse, sondern für die Verschlebung der politischen Machtverhältnisse in Asien von allergrößter Bedeutung. —

Amerika.

New-York, 5. Oktober. (Fig. Ver.) Im November finden in einer Anzahl Staaten allgemeine oder partielle Wahlen statt, worunter wohl die wichtigste diejenige in „Groß-New-York“ ist, dem aus den Städten New-York, Brooklyn, Long Island City und angrenzenden kleinen Orten und Distrikten zusammengesetzten Gemeinwesen, das eine Einwohnerzahl von annähernd 3 Millionen haben wird. Hier ist der Wahlkampf auch besonders interessant, indem nirgends sonstwo eine solche Zersplitterung in den Parteien herrscht; ferner auch dadurch, daß diesmal so recht zu Tage tritt, was es mit der Phrase „keine Politik in den Gewerkschaften“ auf sich hat, indem durch „Jubilation“ eines Delegierten zur „Central Labor Union“ in einer der Versammlungen dieses gewerkschaftlichen Zentralkörpers ausgedrückt wurde, daß die Herren „Arbeiterführer“, welche in derselben ihr Wesen treiben, ihre Vertrauensstellung benutzen, um mit den kapitalistischen Parteien „Woodley-Geschäfte“ zu machen. Ein Theil derselben hat seine Dienste der radikaldemokratischen Partei (der berüchtigten Tammany-Klüberbande), ein anderer der republikanischen, ein dritter der „Bürgerlichen Reformpartei“ angeboten, während ein vierter, dem man (in Bezug auf Aufrechterhaltung von Reichtum) nicht nach Wunsch „entgegenkam“, diese politische Organisation etablierte und von denselben den seit zehn Jahren von der Bildfläche verschwundenen Henry George als Mayor (Bürgermeister) Kandidaten nominiren ließ, der auch aus Gründen, die erst später ans Licht kommen werden — an eine Erwählung glaubt er gewiß selbst nicht — anabot. Um jenes Amt dreht sich überhaupt der ganze Kampf, indem die für „G. N. Y.“ angenommene Konstitution mit denselben eine weit größere Machtvollkommenheit als früher, sowie eine ungeheure „Patronage“ verbindet, da, mit wenigen Ausnahmen, die wichtigsten Ämter nicht mehr durch Wahl des Volkes besetzt werden, sondern durch Ernennung seitens des Mayors, während die von denselben Ernannten hinwieder die Unterämter zu vergeben haben. Die Kandidatur George's hat nur insofern Bedeutung, als sie von der republikanischen und Reformpartei aufgekauft wird, indem man weiß, daß durch dieselbe lediglich der demokratischen Partei Abbruch geschieht.

Unsere Partei ist hier sowohl mit Nominirung der Kandidaten (Genosse Santal für Mayor) als auch Eröffnung der Kampagne durch Straßenversammlungen zuerst auf dem Platz gewesen. Auch in den übrigen Staaten, in denen Wahlen stattfinden, ist unsere Partei außergewöhnlich thätig, und als besonders bemerkenswerth ist zu verzeichnen, daß unter den Namen der Agitatoren sich eine sehr große Anzahl englischer befindet. (Hier mag auch erwähnt sein, daß von den hervorragenden anglo-amerikanischen Genossen bisher kein einziger die Partei verlassen hat, um zur Socialdemocracy of America überzugehen.)

Partei-Nachrichten.

In Stuttgart hat die Berichterstatterin über den Hamburger Parteitag eine interessante Auseinandersetzung veranstaltet. Man schreibt uns darüber: Nach dem Referat des Delegirten Sperka kritisirte Genosse Taucher die bekannte Stellung unserer Genossen in der Budgetkommission, die er für falsch hält. Durch das Schweigeversprechen, daß die Kommissionmitglieder dem Minister gegeben, werde das Budgetrecht des Reichstages berührt, komme das dicit vor, daß die Kommission sich zurückweichend ihre Zustimmung zu den Plänen des Ministers gebe, so werde der Reichstag, der allein das Bewilligungsrecht habe, überflüssig. Dem Standpunkt Auer's „man könne doch die deutschen Soldaten nicht mit Vohrenschäden in den Krieg ziehen lassen“, könne er ebenfalls zustimmen. Der Standpunkt führe in seiner Konsequenz zur Bewilligung des Militäretats und der Marxpläne. Davor müsse sich die Sozialdemokratie hüten. Für ihn gelte nach wie vor die Parole: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“ Genosse Reichstags-Abgeordneter Diez stellte sich demgegenüber vollständig auf den Standpunkt, wie ihn Schipvel und Auer in Hamburg präzisirten. Es könne uns nicht gleichgültig sein, wie die Armee bewaffnet sei; wir könnten es nicht verantworten, wenn bei einem Krieg mit Rußland oder Frankreich unsere Armee in der Ausrüstung hinter den anderen zurückbleibe. Die Genossen der Budgetkommission hätten schweigen müssen und die Fraktion auch. Es seien ja von unserer Seite die Artillerieforderungen abgelehnt worden, wie dies auch in Zukunft geschehen werde. Man solle deshalb die Sache nicht so tragisch nehmen. Diese Ausführungen wurden von verschiedenen Rednern energisch bekämpft, es sei nicht Sache der sozialdemokratischen Vertreter, für die bessere Ausrüstung des Militärs zu sorgen, das doch in hervorragendem Maße nur als eine Schutzwehr gegen den „inneren Feind“ betrachtet werde. Das Stillschweigen unserer Genossen im Reichstag zu der ganz verfassungswidrigen Bewilligung von Millionen durch die Budgetkommission und die darin liegende Verkürzung der Rechte des Reichstages wurde allgemein verurtheilt und am Schluß der sehr ausgedehnten Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Sozialdemokraten Stuttgart's bedauern einzelne auf dem diesjährigen Parteitag geäußerte Äußerungen, aus denen eine veränderte Stellung der Partei gegenüber dem Militarismus gefolgert werden könnte. Der Standpunkt, daß dem heutigen Staat sowohl wie dem in ihm herrschenden Militarismus jeder Versuch des Verrückten sei, und somit jeder Groschen und jeder Mann zu verweigern sei, soll nach wie vor der Standpunkt der Partei bleiben.“ Vor der Abstimmung hatte, wie wir aus der „Schwäb. Tagwacht“ erfahren, Genosse Diez bemerkt, daß er und wahrscheinlich die ganze Fraktion die Resolution annehmen würden, denn sie sei selbstverständlich.

Die in dem Bericht wiederholte Behauptung eines Redners, die Budgetkommission habe verfassungswidrig Gelder bewilligt, ist unzutreffend. Die Budgetkommission, die hinsichtlich der Anschaffung der neuen Kanonen durch die Regierung bekanntlich vor einer voll-

endeten Thatsache stand, hat lediglich dem Reichstag vorgeschlagen, die geforderten Gelder als Nachtragskredit zu bewilligen. Der Reichstag hat dies. Unsere Fraktion stimmte gegen die Forderung.

Auf den Parteitagbeschlüssen, wonach aus jedem Orte, wo eine Parteimitgliedschaft besteht, mindestens 10 p. Ct. der Einnahmen an die Hauptkassette der Partei abzuführen sind, macht das „Volksblatt für Halle“ die Partei-genossen seines Leserkreises besonders aufmerksam und bemerkt dabei: „Es muß der Stolz der Kreise mit entwickeltem Parteibewusstsein sein, daß ein Theil der von ihnen ausgebrachten Mittel zur Hebung und Belebung der Gegend benutzt wird, wo unsere Idee noch nicht feste Wurzel gefaßt hat oder wo der wirtschaftliche Druck die Widerstandskraft des Proletariats schon so sehr geschwächt hat, daß sie erst von außen her gepflegt werden muß, ehe sie zur Stärke der Selbstthätigkeit gelangt.“

In Wauken erdriete eine Parteiverammlung die Frage der Beteiligung an den künftigen sächsischen Landtagswahlen. Wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ mittheilt, waren alle Genossen für Wahlbeteiligung unter jedem Wahlsystem, da sich dadurch ein viel regeres Partyleben entsalte, als wenn wir den Wahlen fernblieben.

Von der Agitation. Eine größere Anzahl Parteigenossen aus Laudes hat unternommen an einem der letzten Sonntage eine Agitationstour in die Weeberdörfer des Riesengebirges. Manches wurden sie mit Scheltworten und Drohungen empfangen, meist aber klangen ihnen freundliche Worte entgegen. Himmelschreiend ist die Noth in jenen Gegenden. Der Breslauer „Volksblatt“ wird darüber geschrieben: In elenden Löchern, die den Namen Wohnung nicht verdienen, kämpfen die armen Weber ihren schweren Kampf um's Dasein. Eingebürstete Männer und Frauen hocken an Webspinnern und die mitleidenden Kinder, hohlwangig, mit höchstem Gesichtsausdruck, erinnern in nichts an die blühenden, frischen, fröhlichen Kindergeichter der „besseren“ Gesellschaft. Auch einige vom Hochwasser arg zugerichtete Ortschaften sind mit Flugblättern besetzt worden und nicht vergeblich ist gewiß gerade hier der Same des Sozialismus ausgestreut worden.

Aus Amerika. Im Laufe des vergangenen Jahres hat unsere Partei in allen Theilen der Vereinigten Staaten von Amerika neues Terrain erobert, und zwar hauptsächlich unter den englisch sprechenden Arbeitern. Seit der letzten Konvention im Juli 1896 sind 120 neue Sektionen gegründet worden, wovon 85 aus englisch sprechenden Mitgliedern bestehen.

In Ohio, wo die Partei bei der letzten Wahl nicht die nöthige Stimmenzahl erhalten hatte, um auf das offizielle Wahlzettel kommen zu können, sind jetzt die hierzu nöthigen Unterschriften von Wählern (10 201) reichlich aufgebracht worden, nämlich 11 700 aus über 30 Orten. Es zeigt dies, daß unsere Agitation in jenem Staat sehr umfangreich gewesen ist.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Im Schaufenster der Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen war am Tage der Einweihung der großen Brücke in Mängeln, zu welcher Feier Prinz Leopold und die Minister v. Miquel und Thielen erschienen waren, die an der Genossenschafts-Buchdruckerei vorüberfahren mußten, ein Plakat folgenden Inhalts ausgehängt: „Gedenkt der beim Bau der Mängelener Brücke verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebenen. Ehret der Hände Freie.“ Das Plakat hat zu seiner Verbreitung Anlaß gegeben, dennoch verlangte ein Polizeiwachmeister die Entfernung, und als dies der Vertreter der Genossenschafts-Buchdruckerei, Genosse Franzen, verweigerte, erklärte der Beamte das Plakat für beschlagnahmt und rief es entzwei. Franzen beschwerte sich darüber beim Bürgermeister, eine Antwort von dort erhielt er bis heute nicht, dagegen belam er vom Amtsgericht einen auf 3 M. lautenden Strafbefehl, weil er gegen den § 9 des preussischen Preßgesetzes vom Jahre 1851 verstoßen hätte. Franzen erhob Einspruch. Das Schöffengericht erkannte auf kostenlose Freisprechung. Nur zur Anhebung von Plakaten etc. an öffentlichen Orten bedürfte es polizeilicher Erlaubnis, das Schaufenster sei kein öffentlicher Ort. Sonach wäre die Aushängung des Plakats nur dann zu bestrafen, wenn durch dessen Inhalt ein anderer Gesetzesparagraf verletzt sei. Daß der Inhalt des Plakats strafbar, sei aber nicht nachgewiesen; das Gericht habe dies auch nicht zu untersuchen gehabt, da dahin die Anklage nicht lautete. — Der als Zeuge vernommene Polizeiwachmeister hatte nur angeben können, daß ihm das Plakat „anständig“ erschienen sei.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Verband Berliner Metallindustrie-Verbandes an seine Mitglieder folgendes Zirkular:

„N. Schr. Nr. 16 1897. 12. Oktober.“

P. P.

Im Anschlusse an unser Rundschreiben Nr. 15, durch welches wir die Beschlüsse der letzten Gen.-Vers. zu Ihrer Kenntnis brachten, wiederholen wir noch einmal, daß unsern Vertretern die Ermächtigung zur Anerkennung der Einigung nur unter der Voraussetzung erteilt war, daß die von uns gestellten Bedingungen vollständig vom Einigungsamt angenommen würden. Dieses ist geschehen und auch die beiden Metallarb.-Verf. vom 7. haben jene Bedingungen angenommen.

Wir erhielten außerdem am 9. d. M. vom Einigungs-Amt des Gewerbegerichts folgendes Schreiben.

Beal. Abschrift.

Verh. und.

pp.

v. g. u.

a. Paul List.

u. a.

Gillich.

Vorstehende begl. Abschr. erhalten Sie zur gefl. Kenntnissnahme.

8. Oktober 1897. Gutliner, Gerichtsschreiber.

Herrn Kommerzienrath Kühnemann hier.

Den von unserer Seite eingegangenen Verpflichtungen entsprechend (siehe Rundschreiben Nr. 15 unter B) erhalten selbstverständlich alle am Streik beteiligten Arbeiter durch unsere Nachweiskasse die von ihnen gewünschten Nachweiskasse. — Ob und in welcher Anzahl die Streikenden wieder eingestellt werden, bleibt ebenso selbstständig mit den Vergleichsbedingungen einsehend dem Erweisen des betreffenden Arbeitgebers anheimgestellt. Letztere haben von jetzt ab wieder das Recht der Wiedereinstellung, natürlich nicht die Verpflichtung. Um den in der heutigen Nr. 238 des „Vorwärts“ unter „Gewerkchaftliches“ erschienenen Artikel, betreffend Verweigerung von Nachweiskassen, unsern Mitgliedern gegenüber zu veröffentlichen, theilen wir noch folgendes mit: Den am Sonabend, den 9. d. M., zur Abgabe eines Scheines in der Nachweiskasse erschienenen Formern August Plath und Fern. Bernick — also zwei, also nicht, wie in dem betreffenden Artikel gesagt worden, drei Formern, wurde Aufhängung der Scheine durch unsere Geschäftsführer an diesem Tage vorzuenthalten mit dem ausdrücklichen Vermerken, sie mögen sich am Dienstag, den 12., weiteren Bescheid holen. — Nachdem die Vertheilungskommission in ihrer Sitzung vom 11. nachmittags beschloßen hatte, daß auch den Vorgenannten der Nachweiskasse nicht vorzuenthalten sei, haben Plath und Bernick den Nachweiskasse heute (12. Oktober) vormittags, persönlich erhalten, sodann uns unterseits den diesbezüglichen Vergleichsbedingungen durchaus Rechnung getragen worden ist. Wir bitten diese Nichtigstellung unsern Mitgliedern gegenüber gebeten, um selbst den Schein zu vermeiden, als wollten wir den zum Einigungsamts des Gewerbegerichts abgeforderten Arbeitnehmern etwa aus diesem Grunde in irgend einer Art hinderlich sein.

Auch dieser Artikel, aufgebaut auf thatsächlich unrichtigen Angaben, beweist ebenso wie jener in Nr. 233, 2. Beilage des „Vorwärts“, daß es den Führern der Arbeiter nicht um einen dauernden Frieden zu thun ist, vielmehr dafür gesorgt wird, daß Luxurde und Unfrieden in den Arbeiterkreisen erhalten bleibe. Wir werden uns hierdurch

aber nicht in unseren wohlwollenden Bestrebungen hindern lassen und die ruhigen und zufriedenen Elemente zu schützen wissen.

Die Vertrags-Kommission des Verbandes Berliner Metall-Industrieller. Der Vorsitzende: Fritz Kühnemann.

Infolge dieser Vorgänge erklären wir hierdurch den Streik für beendet und heben zugleich unsere Einstellungsverbote für Formier-, Reinmacher-, Cuhpinger und Gießereiarbeiter vom 5./8. 97 und 7./9. 97 auf. Außerdem haben wir bereits zur Aufhebung der durch den Gesamtverband der Metallindustriellen mittels Rundschreiben 19 über die vorgenannten Arbeiterkategorien verhängten Sperren Sorge getragen.

Für die Wiedereinstellung von Streikenden machen wir nochmals besonders darauf aufmerksam, daß diese sich vor ihrer Einstellung dem Absatz 3 des Einigungsvorschlages ausdrücklich zur Annahme dieser Verpflichtung zu erklären haben und daß solche Streikende, welche diese Verpflichtung nicht übernehmen wollen, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen sind.

Sollten Sie des kürzeren Verfahrens wegen die Wiedereinstellung aller oder eines Theiles der Streikenden ohne Mitwirkung der Nachweisstelle — also nach § 10 des Anhanges zu den Satzungen, vornehmen wollen, so ist unserer Nachweisstelle umgehend Verzeichniß dieser Wiedereingestellten (mit National) einzureichen, und es ist in diesem Verzeichniß besonders hervorzuheben, daß die Eingestellten die oben erwähnten Verpflichtungen eingegangen sind.

Aufmerksame Beobachtung des Verhaltens der Wiedereingestellten in dieser Hinsicht, sowie Bekanntgabe solcher Elemente, welche den von ihnen übernommenen Verpflichtungen zuwider handeln sollten, glauben wir im Interesse ruhiger und treuen Arbeiter empfehlen und erwarten zu müssen.

Das Zirkular ist nicht „geheim“ und so wird man uns nicht veräbeln, wenn wir ihm durch unser Blatt die weiteste Verbreitung sichern.

Das Schreiben liefert von neuem den Beweis, daß die Metallindustriellen auch den geringsten Gehilfen, den nach ihrer Auffassung die Arbeiter begehren, sorgsam registriren. Es genügt ihnen nicht, ihre Nachmittel während des Kampfes wider den Gegner in Anwendung zu bringen, welches Recht ihnen selbstverständlich als kämpfende Partei ebenso gut zugebilligt werden muß, als den Arbeitern, nein, sie tragen es jedem, der zu seinen Klassenangehörigen gestanden, Jahre lang nach und strafen ihn dann noch mit Hunger.

Was die angebliche Nichtigstellung der Angaben des „Vorwärts“ anlangt, so sei kurz folgendes bemerkt: Es hatten allerdings nur zwei der betreffenden Formier persönlich auf dem Arbeitsnachweis vorgeschrieben, man hätte dort aber die Freundschaft, den Aufregenden bekannt zu geben, daß auch dem dritten (Müller) der Schein verweigert werden müsse. Auch hat man sie nicht ohne weiteres, wie es nach dem Schreiben den Anschein gewinnt, zum Dienstlager wiederbestellt, sondern wie Plath in der gestrigen Versammlung angab, erst nach „längerem Parlamentiren“, wobei sie sich auf die Abmachungen vor dem Einigungsamt beriefen. Und warum denn die „vorläufige“ Verweigerung überhaupt nach den klaren Einigungsbedingungen und den feierlichen Versprechen?

Der Vorstand des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands hat den streikenden Maschinenbauern in England 2000 M. aus der Zentralkasse bewilligt; die Verwaltungsstelle Berlin beschloß, 200 M. zu demselben Zweck der Zentralkasse zu entnehmen.

Die Spandauer Nordmacher nahmen in der öffentlichen Versammlung am 14. d. M. den Bericht ihrer Kommission über das Scheitern der Verhandlungen mit der Firma Bärwalde entgegen. Durch Majoritätsbeschluß wurde über dieses Geschäft die Sperre verhängt und bekannt gegeben, daß die 47 Arbeiter der Keigerischen Werkstatt sich einmüthig verpflichtet hätten, 10 pCt. ihres Arbeitsverdienstes zur Unterstützung für ihre streikenden Kollegen beizutragen.

Deutsches Reich.

Der „Friseur-Gehilfe“. Unter diesem Titel erscheint die erste Nummer eines Gewerkschaftsorgans für die Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 40 Pf. und wird monatl. eine Nummer zur Ausgabe gelangen. Redaktion und Expedition befinden sich Berlin, Prinzen-Allee 17. Als Anwalt der Gehilfenchaft wird das Blatt ein weites Kampfgebiet finden, möge es ihm gelingen, zur Förderung der Organisation beizutragen.

Achtung, Steinarbeiter! Bei der Firma M. J. Stenmark in Malmo (Schweden) sind am 11. Oktober sämtliche Steinarbeiter wegen Lohnunterschieden angepersert. Die Firma beabsichtigt, die Arbeit in Deutschland anfertigen zu lassen. Die skandinavischen Steinarbeiter erwarten, daß sich die Deutschen solidarisch erklären und diese Arbeiten nicht anfertigen. J. N.: Paul Mitschke.

Die erzieherische Wirkung der Gewerkschaften. Bekanntlich stellen die Leipziger Buchbinder- Arbeiter im vorigen Herbst an ihre Prinzipale größere Forderungen in bezug auf Lohn- und Arbeitszeit, die auch nach kurzem Streik bewilligt wurden. Nun versendet gegenwärtig die Vereinigung Leipziger Buchbinderbesitzer ein Zirkular an ihre Kundschaft, in welchem den Auftraggebern der Leipziger Buchbinderen mitgeteilt wird, daß infolge der Lohnbewegung eine Erhöhung der bisherigen Preise nötig wäre. Weiter heißt es wörtlich:

Wir geben Ihnen zur gefl. Erwägung anheim, daß eine Verweigerung der bewilligten Zugeständnisse an die Arbeiter unabweislich einen Ausstand hervorgerufen hätte, welcher nicht abzusehende Geschäftsschäden für die Buchbinderen und ihre Kunden mit sich bringen mußte und welcher die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter, die von einer nicht zu unterschätzenden Wichtigkeit für eine gute Arbeit ist, auf lange Zeit untergraben hätte.

Wir begegnen hier einer recht verhängnisvollen Auffassung über das Verhältnis der Arbeiter zum Unternehmer und wäre nur zu wünschen, daß die Unternehmer immer von diesem Gesichtspunkte ihre Entschlüsse fäßen.

Der Zweck heiligt das Mittel, dieser Grundsatz ist schon von jeher von dem Unternehmertum mit faulter seiner Presse besetzt worden, wenn es galt, die Bewegung der Arbeiter zu diskreditiren. Und vor allem, nachdem man, neuerdings speziell in Sachsen, in so rührender Weise im „Schutz der Arbeitswilligen“ macht, ist kein Mittel zu schlecht, um dem guten Bürger vor dem „böswilligen“ Arbeiter grinsen zu machen. Einen hübschen Beitrag dazu liefert die „Dresdener Zeitung“, indem sie in bezug darauf mit einem „Beispiel“ von der Aussperrung der Dresdener Hutmacher aufwartet. Es heißt da: „Ein Arbeiter legte es öffentlich darauf an, entlassen zu werden. Er wollte nicht bleiben, weil er bereits anderwärts eine Stellung angenommen hatte. Der Mann wird entlassen, wie er es wünschte. Raum aber geschiedt das, so thun sich die andern Arbeiter zusammen oder vielmehr einige von ihnen und unter ihnen gewerbsmäßige Aufwiegler und erklären, dem Manne sei unrecht geschehen, und er müsse um jeden Preis wieder angestellt werden. Die große Mehrheit der übrigen Arbeiter hat gar keine Lust, sich um Lohn und Brot zu bringen, aber da tritt das Parteigeist ein, die Solidarität und schließlich werden die armen Leute, ganz gegen ihren eigenen Willen, gezwungen, einem Fabrikbesitzer, mit dem sie sehr gut standen, die Arbeit zu kündigen oder auch ohne Kündigung ausständig zu werden.“

An dem ganzen Unsinne ist natürlich kein Wort wahr! Thatsache ist nur, daß die Dresdener Hutfabrikanten jetzt bei Beginn der Strohfalson in eine sehr heikle Situation kommen, indem sie keine eingerichteten Arbeiter haben. Die meisten und besten der ausgesperrten Arbeiter haben alle anderwärts Arbeit bekommen. In Breslau werden zum Beispiel Leute gegen 30 M. Wochenlohn gesucht. Jedenfalls werden die Folgen der Aussperrung nachträglich noch recht sichtbar nicht nur für die einzelnen Fabrikanten, sondern für diese ganze Industrie in Dresden werden. Bemerk sei noch, daß die „Dresdener Zeitung“ das Organ des sogenannten berechtigten „Kammer-“ oder vielmehr „Kammer-Fortschritts“ ist.

Der Münchener Schuhmach-Streik ist nunmehr, nachdem die Zahl der Ausständigen auf 30 herabgesunken war, für beendet erklärt. Der Streik begann am 17. August und richtete sich im wesentlichen gegen den von seiten der Unternehmer aufgestellten Lohnlarif. Die größeren Fabriken haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt und werden die noch Arbeitlosen weiter unterstützen werden. An Einnahmen für die Streikenden wurden 6639,72 M. erzielt, denen 8190 M. Ausgaben gegenüberstehen. Von den Einnahmen wurden 2000 M. von der Zentralkasse der Schuhmacher geleistet, während das übrige zur Unterstützung der Streikenden bestimmte Geld von der Arbeiterschaft aufgebracht wurde.

Der Verband deutscher Schuhmacher unterhält in München seit Jahren während der Wintermonate regelmäßig eine Fachschule, die sich eines guten Zuspruchs erfreute. In diesem Jahre plant nun die Jnning gleichfalls die Errichtung einer Fachschule und wendet sie sich an den Magistrat mit der Bitte, ihr geeignete Schulräume für diese Zwecke zu überlassen. Mittlerweile wurde aber auch von dem Verband der Schuhmacher das gleiche Gesuch an den Magistrat gerichtet. Wie wir hören, ist der Jnning eine zusagebende Antwort zu theil geworden, während dem Verband dieselbe Vergünstigung abgelehnt wurde. In dem Entschluß an den Verband heißt es, daß nur ausnahmsweise und in dringenden Bedürfnisfällen an Private Schulsäle abgegeben werden. Wir glauben, daß ein Veräußerungsfall für eine schon vorhandene Schule weit eher zu konstatiren ist, als da, wo eine solche Gründung erst in Vorbereitung sich befindet. Der ganze Entschluß bedeutet nur eine Zurücksetzung der Arbeiter.

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Erfurt wurden die vom Gewerkschaftsrath aufgestellten Kandidaten der Arbeitnehmer mit großer Majorität gewählt. In der Klasse der Arbeitgeber drang die Liste der koalirten Unternehmer-Vereinigungen durch.

Die Handshuhmacher in Reiz haben sich angeichts der günstigen Geschäftskonditionen in ihrem Beruf entschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. In betracht kommen 90 Arbeiter, die in 6 Fabriken beschäftigt sind. Sämmtliche Arbeiter gehören der Organisation an und beabsichtigt man, eine einheitliche Berechnung in allen Geschäften herzustellen. Der Wochenlohn der Gehilfen soll eine Erhöhung von 3 M. erfahren; ein Lohnaufschlag, der in den kleineren Betrieben sich bis auf 6—8 M. steigern würde. Die Forderungen sind allen Fabrikanten gleichmäßig unterbreitet worden und haben die Gehilfen schriftlich die Kündigung eingereicht, die natürlich bei Bewilligung der Forderung zurückgezogen wird. Eine der größten Fabriken, in der 70 Arbeiter beschäftigt werden, hat bereits in entgegenkommender Weise einige Zugeständnisse gemacht, während die übrigen noch allgemein eine Zurückhaltung beobachtet haben. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß bis zum Ablauf der 14-tägigen Kündigungsfrist auch hier die Differenzen noch beigelegt werden, denn bei der guten Organisation der Handshuhmacher haben die Unternehmer wenig Ansehlich Streikbrecher heranzuziehen.

Der Ausstand in der Fahrrad- und Nähmaschinenfabrik von Stöber in Stektin dauert fort, da von seiten des Fabrikanten jedes Entgegenkommen abgewiesen wird.

Das Moskauer Landgericht hat vor kurzem ein Urtheil des Schöffengerichts über „groben Unfug“ aufgehoben. Während des Tischlerstreiks in Moskau hatten einige Streikende auf der Straße einen ihnen bekannten Meister gekniffelt und war den betreffenden Arbeitern sehr bald darauf ein Strafmandat wegen Verübung groben Unfugs zugeschiedt. Das Schöffengericht hatte dann später das Strafmandat bestätigt, während das Landgericht unter der Begründung, daß es sich in diesem Fall lediglich um eine Beleidigung handelte, das Urtheil der Vorinstanz aufhob.

In Bremerhaven ist den Vorständen mehrerer Gewerkschaften vom Amtmann Tommes die Weisung zugegangen, daß die Sammlungen für die streikenden Maschinenbauern in England strafbar sind. Die Senatverordnung, auf die sich der Herr Amtmann beruft, enthält die Bestimmung, daß öffentliche Kollekten der Gewerkschaften bedürfen. Die Gewerkschaften werden deshalb eine öffentliche Kollekte vermeiden müssen.

Aus dem Bergrevier. Die Verwaltung der Feste „Graf Schwerin“ in Ostrop in Westfalen macht den Bergleuten bekannt, daß sie im voraus einen festen Lohnsatz den angenommenen Arbeitern nicht bewilligen kann, vielmehr jeder Bergmann lediglich nach den auf der Grube gilligen Lohnsätzen und nach seinen Leistungen gelohnt wird. Aus dem Ruhrkohlengebiet wird mitgetheilt, daß dort mehr als die Hälfte der streikenden Arbeiter nach kurzer Zeit wieder in die Heimath zurückkehrt, da ihnen die dortige Arbeit nicht behagt. Vom 1. November 1896 bis ult. Sept. 1897 sind aus Gottesberg in Schlesien 285 Personen nach Westfalen ausgewandert. Einzelne Bergleute sind bereits zurückgekehrt. Die Zurückkehrenden haben leider ihre Pensionsberechtigung, die aus dem alten Arbeitsverhältnis resultirt, eingebüßt.

Ausland.

Der Kampf der englischen Maschinenbauer. Die „Daily Chronicle“ vom 14. Oktober theilt mit, daß die Konferenzen zwischen den Kesselbauern und den Unternehmern von den Londoner Schiffsreparatur-Werkstätten zu keinem Resultate geführt hätten. Dagegen meldet ein Telegramm des Wolf's Depeschen-Bureaus vom gleichen Tage: Als Ergebnis der heutigen Konferenz zwischen den Leitern der Schiffsreparatur- und Kesselschmiede-Firmen Londons und ihren Arbeitern wurden die angebotenen Aussperrungen zurückgezogen und es wurde ein Nebereinkommen abgeschlossen, trotzdem die Arbeitgeber den Achtstundentag nicht zugestanden haben.

Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses wendet sich mit einem Appell an das Publikum um finanzielle Hilfe für die Ausständigen. Es begründet die Nothwendigkeit einer allgemeinen Stellungnahme der öffentlichen Meinung gegen die Unternehmung hauptsächlich durch drei Punkte. 1. Weil die Unternehmung die Absicht haben, die Gewerkschaften zu vernichten; 2. weil sie die angebotene Vermittelung des Handelsamts zurückgewiesen haben und endlich 3. weil sie laufende von Arbeitern, die durchaus keine Forderungen gestellt hatten, ausgesperrt haben. Das Komitee beschloß aber auch ferner noch, eine Deputation an das Ministerium zu entsenden, um dieses zu veranlassen, auf Grund der Kongresskonditionen in den Streit einzugreifen.

Aus London geht uns soeben noch folgendes zu: Wie sehr die Maschinenfabrikanten demüthigt sind, den Eindruck zu vermeiden, als führten sie gegen die Gewerkschaften als solche Krieg, zeigt folgende Thatsache. Ein Reporter hatte Herrn Alexander Siemens vor dessen Reise nach Berlin über den Achtstundentag befragt und in seinem Bericht über die Unterhaltung Siemens die Worte in den Mund gelegt: „Wir wollen uns die Gewerkschaften überhaupt vom Gasse schaffen.“ Raum war der Bericht erschienen, so hat sich auch sofort der Londoner Fabrikantenbund hingesezt und erklärt, Siemens könne das nicht gesagt haben, denn ein solcher Wunsch bestiehe beim Bund nicht. Und Oberst Dyer, der Führer des Nationalen Fabrikantenbundes, hat dasselbe und erklärte, Siemens habe unmittelbar vor dem Interview in seiner (Dyer's) Gegenwart in einer Sitzung ausdrücklich erklärt, er habe durchaus nichts gegen Gewerkschaften, so lange sie sich nicht unverantwortlich in das Recht des Unternehmers einmischen, sein Geschäft selbst zu leiten.“ Die Presse, selbst die konservative, stellt sich mit wenigen Ausnahmen nämlich eher gegen als für die Unternehmung, seit dieselben die Vermittelung des Ministers Ritchie abgelehnt haben.

Unternehmer-Verbände.

Der Meisterverband der Granitindustrie im Riechelsgebirge hat in seiner Generalversammlung beschlossen, ein allgemeines Abgangszugniß einzuführen, ohne welches kein Arbeiter von Verbandsmitgliedern eingestellt werden darf. Das Verbandszugiß wird vorenthalten: 1. wenn ein Arbeiter die von nun an in allen Verbandswerkstätten festgesetzte 14-tägige Kündigungsfrist nicht einhält; 2. bei dreimaligem, unentschuldigtem Fernbleiben von der Arbeit in der Dauer von 3 Stunden per Tag, innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen; 3. bei geschwändrigen Vergehen; 4. bei Vagitation irgend welcher Art innerhalb der Werkplätze. Arbeiter,

welchen das Verbandszugiß verweigert wurde, müssen den Verbandsmitgliedern bekannt gegeben werden und dürfen innerhalb sechs Monate nach dem Weggange von seinem Mitglied mehr angenommen werden.

Wird diese Bestimmung allgemein von der Unternehmer-Organisation befolgt, so können den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter die schwersten Hindernisse in den Weg gelegt werden. Welche Entrüstung würde sich aber erheben, wenn von den Arbeitern in gleich rücksichtsloser Weise in die Rechte der Unternehmer eingegriffen würde? Die Arbeiter werden sich am besten gegen die geplante Entrechtung schützen, wenn sie nunmehr um so eifriger ihre Organisationsbestrebungen pflegen, die ihnen allein Schutz gegen solche Unternehmerrückfälle bieten kann.

Soziales.

Kinderarbeit im Deutschen Reich. Bei der Berufszählung am 14. Juni 1895 wurden 130 285 Knaben und 84 089 Mädchen, im Summa 214 374 Kinder unter 14 Jahren gezählt, die eine Erwerbsthätigkeit als Hauptberuf ausübten. Mehr als die Hälfte waren in der Landwirtschaft beschäftigt, nämlich 135 125. In der Industrie waren thätig über 38 000, im Handel über 5000, als häusliche Dienstmädchen über 33 000. Was die Industrie speziell betrifft, so sind diejenigen Berufsklassen, wo die Erwerbsthätigkeit der Kinder hauptsächlich vorkommt, die folgenden: Ziegelei 1575 Kinder, Schloßerei 2075, Spinnererei 1148, Weberei 2109, Tischlerei 2107, Bäckerei 1919, Schneiderei 2156, Schuhmacherei 2026, Maurer 2272 Kinder. Selbstverständlich befinden sich diese Kinder fast ausschließlich in abhängiger Stellung, 99,53 pCt. von ihnen kommen auf die Klasse der Arbeiter.

Kaufmännische Schiedsgerichte. In einem auf Anfrage des Handelsministers abgegebenen eruchten Gutachten erklärt, wie die „Atheinische Zeitung“ mittheilt, die Handelskammer in Köln, daß sich ein Nutzen nur von der Errichtung selbständiger kaufmännischer Schiedsgerichte oder von der Angliederung an die bestehenden Gewerbegerichte versprechen lassen.

Krankenkassenwesen. Der Kranken- und Begräbniskasse des Vereins der deutschen Kaufleute (S. H.) in Berlin und der Krankenkasse „Phönix“ (S. H.) in Altona ist vom Reichsfinanzamt die Beschneidung ertheilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen.

Das österreichische Tabakmonopol besteht jetzt 40 Jahre. Ueber die Entwicklung dieses statistischen Unternehmens giebt folgende Gegenüberstellung Aufschluß. Die österreichische Tabakregie beschäftigte 1856 in 15 Fabriken 11 800 Personen und erzeugte 222 Meterzentner Tabakfabrikate. Im Jahre 1896 waren 282 Fabriken mit 36 000 Personen im Betrieb und die Leistung stieg auf 392 Meterzentner. Die geringe Leistung pro Kopf des Angestellten im Jahre 1896 erklärt sich aus der Zunahme der Zigarrenfabrikate, während früher mehr Schnitttabak zum Rauchen in der Pfeife produziert wurde, was weniger Arbeit erfordert.

Die ungarische Tabakregie beschäftigte im Jahre 1887 in 7 Fabriken 4900 Personen und erzeugte 110 Meterzentner Fabrikate; im Jahre 1896 wurden in 18 Fabriken 17 000 Personen beschäftigt und stieg die Fabrikation auf 220 Meterzentner.

Der Reingewinn des österreichischen Monopols betrug im Jahre 1896 15,9 Millionen Gulden, der des ungarischen stieg von 7,5 Millionen im Jahre 1896 auf 29,63 Millionen Gulden im Jahre 1898.

Ein ungarischer Lehrerkongreß ist, wie aus Pest gemeldet wird, auf den 24. und 25. Dezember einberufen worden. Er soll über die Errichtung einer Organisation und über folgende Forderungen berathen: Allgemeiner obligatorischer und kostenloser Volksschulunterricht bis zum vollendeten 14. Jahre. Versorgung der armen Kinder mit Nahrung, Kleidung und Kost durch Staat oder Gemeinden. Aushebung des Religionsunterrichtes in allen Schulen, der Religionsunterricht soll durch die Kirchen besorgt werden. Festsetzung der Jahresbezüge der Lehrer mit mindestens 600 fl. und Wohnungszulage und Zulage nach gewissen Dienstperioden. Ferner wird die Pensionsberechtigung nach 35-jähriger Dienstzeit und das Verbot der Annahme jeglicher Nebenbeschäftigung seitens der Lehrer gewünscht.

Die infolge der Brotpreiserhöhung ins Leben gerufene Genossenschaftsbäckerei in Freiburg in der Schweiz erweist sich als so starken Zuspruchs, daß das Arbeitspersonal um das Doppelte vermehrt werden mußte. Die Bäcker sind nun sofort mit den Brotpreisen zurückgegangen und verkaufen ihre Waare sogar billiger als die Genossenschaft. Freydom hofft die Genossenschaft, den Kampf anzuhalten zu können. Freigleich ist nur noch, ob nicht durch Boykottbeschlüsse der Bäcker- und Müllerverbände die Mehllieferungen abgeschnitten werden. Man spricht bereits von der Gründung einer Genossenschaftsbäckerei, am auch die Fleischpreise herabzudrücken.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 15. Oktober. (W. Z. B.) Amlich wird gemeldet: Heute Nachmittag 1 1/2 Uhr stieß ein von Berlin kommender Güterzug bei Einfahrt in den Rangirbahnhof Pavlov auf einen dorthaltenden Rangirzug. Zug und Rangirmaschine sowie mehrere Wagen wurden beschädigt. Drei Wagen entgleisten, ein Bremser erhielt eine Fleischwunde am Arm, derselbe begab sich sofort zu dem in der Nähe wohnenden Zahnarzt. Der Unfall ist auf Nichtbefolgung besonders erläßener Vorschriften beim Umbau des Stellwerks am Ende des Bahnhofes zurückzuführen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Gießen, 15. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Prozeß gegen das erbliche Herrenhaus-Mitglied, den regierenden Grafen Altheimigen-Westerburg, der sich Sonnabend wegen Straftaten, die mit seiner Ehefrau zusammenhängen, vor der hiesigen Strafkammer verantworten sollte, ist auf Antrag des Staatsanwalts vertagt worden, da noch weitere Zeugen geladen werden sollen.

Breslau, 15. Oktober. (W. Z. B.) Die „Schlesische Zeitung“ meldet: Das Staatsministerium hat dem Oberpräsidenten Fürsten Dönhoff nochmals 500 000 M. Staatsgelder zur Verrichtung der Uebersehimmungsarbeiten überwiesen.

Wien, 15. Oktober. (W. Z. B.) Abgeordnetenhaus. (Schluß aus der Politischen Uebersicht.) Royalowicz (Sozialdemokrat) spricht sich für die größte Versammlungs- und Redefreiheit aus, daß der Linken für ihr jegliches Eintreten für die Redefreiheit, erjüme jedoch daran, daß die Linke selbst es war, welche die einschränkenden Gesetze geschaffen und feinerzeit den Ausnahmezustand in Wien und Prag geduldet hatte. Schäfer (deutsch-fortschrittlich) fährt aus, daß deutsche Volk Leuten reich verlange die stärksten Mittel zur Bekämpfung der Sprachenverordnungen. Redner beantragt schließlich, beide Anträge einzeln und besonders, neu zu wählenden Ausschüsse zu überweisen. Die Verhandlung wird darauf abgebrochen und die nächste Sitzung auf Dienstag vertagt.

Agram, 15. Oktober. (W. Z. B.) Einer Blättermeldung zufolge sind in Groatie erste Unruhen ausgebrochen. Von Godyic ist eine Kompanie Landwehr dorthin abgegangen.

Warschau, 15. Oktober. (W. Z. B.) Der 78-jährige Architekt Jgnadewicz wurde in seiner Wohnung ermordet und beraubt. Es fehlen Wertpapiere im Betrag von 175 000 Rubel. Von dem Mörder fehlt jede Spur.

Bern, 15. Oktober. (W. Z. B.) Bezüglich des Eisenbahn-Rücklaufgesetzes ist sowohl im Nationalrathe wie im Ständerathe eine Uebereinstimmung erzielt und das Gesetz zu Stande gekommen.

Rom, 15. Oktober. (W. Z. B.) England und Italien haben sich zusammengelassen, um eine Eisenbahn von Massana über Cassala zum Nil zu bauen.

Madrid, 15. Oktober. (W. Z. B.) Die Königin-Regentin hat auf den Antrag Sagasta's die Revision der Prozesse von 112 verhafteten Anarchisten angeordnet.

Communales.

Zur Handmüll-Abfuhrfrage in Berlin hat das Magistratskollegium in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Straßenreinigungskommission zu beauftragen, einen Organisationsplan, eine Polizeiverordnung, ein Ortsstatut u. s. w. auszuarbeiten, und in dem Ortsstatut den Grundlag anzunehmen, daß die Kosten des Unternehmens von den Grundeigentümern der Stadt Berlin in Form von Gebühren wieder erstattet werden. Indessen hat das Kollegium diesen Beschluß gefaßt, ohne im Prinzip sich schon jetzt schließend zu machen, daß die Handmüll-Abfuhr von der Stadtverwaltung übernommen werde.

Zu der gekrigten Magistratsitzung lagen die Skizzen vor das zu errichtende Märkische Provinzialmuseum vor. Die Beschlußfassung über das Projekt ist aufgeschoben worden, um zunächst noch Erhebungen stattfinden zu lassen, ob die im Rathhause befindliche Magistrats-Bibliothek im Sparloftgebäude in der Zimmerstraße untergebracht werden könne. Andernfalls soll auf eine Aenderung des Bauplanes des Museums in der Richtung hin Bedacht genommen werden, daß in dem neu zu errichtenden Gebäude Räume für die Bibliothek geschaffen werden.

Straßenbenennungen. Neuerdings sind Anträge und Vorschläge zwecks Verleihung von Namen an Straßen, Brücken zc. beim Magistrat beziehungsweise der städtischen Deputation, Abtheilung II eingegangen. Es sind vorgeschlagen worden zur Benennung: 1. der neuen Brücke über den Landwehrkanal zwischen der Viktoriastraße und dem Schöneberger Ufer: „Viktoria-Brücke“; 2. der Straße 19, Abtheilung II des Bebauungsplanes zwischen dem Treppenteich der Fieberhölzer- und Siedelstraße und der Straße 20a: „Zöllnerstraße“; 3. der Straße 20a, Abtheilung II, zwischen der Straße 19 und der Straße 37: „Niemederstraße“; 4. der Straße 22, Abtheilung II, zwischen der Friesenstraße und Velle-Altenstraße: „Schwiedenerstraße“; 5. Straße 37, Abtheilung II, zwischen der Friesenstraße und der Straße 20a „Bläming-Allee“; 6. der von der Kreuzbergstraße südlich, ungefähr gleichweit mit der Lichterfeldstraße, auf den Kreuzberg bzw. nach dem Viktoria-Park führenden Straße: „Am Kreuzberg“. Die Straße wird in dem polizeilichen Straßenverzeichnis seit alters her „Am Kreuzberg“ genannt, im Publikum hört man auch die Bezeichnung „Kleine Parkstraße“. Anträge haben auch ein solches Straßenschild willkürlich angebracht. Das Polizeipräsidium schlägt vor, um der Unsicherheit in der Bezeichnung ein Ende zu machen, eine Kabinetsordre herbeizuführen zur Verleihung des Namens „Am Kreuzberg“; 7. der Straße 14a, Abtheilung II, zwischen der Wilm- und Urbanstraße: „Geibelstraße“, nach dem vollständigen Namen Emanuel Geibel; 8. der Straße 68a, Abtheilung X², zwischen der Prinzen-Allee und Stocholmerstraße: „Gothenburgerstraße“; 9. der noch unbenannten neuen Straße hinter der Bartholomäus-Kirche, zwischen der Neuen König- und der Georgenkirchstraße, Straße 55, Abtheilung XV: „An der Bartholomäus-Kirche“; 10. der Straße 41b, Abtheilung XIII², zwischen Landsberger Allee und Straßmannstraße: „Vertramstraße“, zu Ehren des Stadtschulraths Vertram; 11. der Straße 41c, Abtheilung XIII², zwischen der Kochhaus- und Straßmannstraße: „Langerhausstraße“, zu Ehren des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhaus; 12. der Straße 42a, Abtheilung XIII², zwischen der Petersburgerstraße und Straße 48: „Dorpaterstraße“; 13. der Straße 43a, Abtheilung XIII², ebenfalls zwischen der Petersburgerstraße und Straße 48: „Kavalierstraße“; 14. der Straße 14b, Abtheilung XIII², desgleichen zwischen der Petersburgerstraße und Straße 48: „Libauerstraße“; 15. der Straße 46a, Abtheilung XIII², zwischen dem Weidenweg und der Tilsiterstraße: „Gumbinnerstraße“; 16. der Straße 47b: „Samländerstraße“; 17. der Verlängerung der Schwarzkopffstraße bis zur Stettiner Bahn: „Schwarzkopffstraße“; 18. dem Fußgängerunterweg unter der Stettiner Bahn zwischen der Garten- und Flugstraße: „Stettiner Tunnel“. Diese Namen sind noch keine endgiltig. Es ist bei der Beratung angeregt worden, einige dieser Straßen nach Personen zu benennen, welche im Leben ehrenvoll dastanden haben und durch leghwillige Verfügung ihr gesamtes zum Theil recht bedeutendes Vermögen der Stadtgemeinde zu gemeinnützigen Zwecken vermacht haben. Bekommen wir da auch eine Simon-Blasstraße?

Lokales.

Die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß in der Versammlung, welche am Sonntag Abend bei Jubel, Lindenstraße 106, abgehalten wird, Genosse M. Grempe über neue Erfindungen zur Verhütung von Eisenbahnunfällen referirt. Die Vertrauensperson.

Freie Volkshöhle. Am Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 8 Uhr, findet im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater für die II. Abtheilung die zweite Aufführung der „Dere“, von K. Fitger, Trauerspiel in 5 Akten, unter Mitwirkung folgender Gäste statt: Thalea: Seraphine Delsch; Almutz: Emma Thourer; Kaver: Richard Deser vom Deutschen Theater.

Die Vorstellung der III. Abtheilung ist auf den 24. Oktober, die der IV. Abtheilung auf den 31. Oktober festgesetzt.

Die drei ersten Abtheilungen sind geschlossen und können Mitglieder nur noch für die IV. Abtheilung aufgenommen werden. Die außerordentlich günstige Aufnahme des letzten Stückes hat den Antrag derart gesteigert, daß der Vorstand beschloß, eine Vorstellung für die IV. Abtheilung zu arrangiren. Es ist daher eine Pflicht aller Mitglieder, für die schleunige Fällung der IV. Abtheilung Sorge zu tragen. Die Generalversammlung findet am 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, in Keller's Festsaal statt. Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Zu der Frage, wieviel Kinder in Berlin hungrig in die Schule kommen. Der Antrag Borgmann und Gen., der eine statistische Feststellung der Zahl der Kinder forderte, die ohne Frühstück in die Schule kommen, wurde in der letzten Stadtverordneten-Sitzung vom Stadtschulrath Vertram mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß da eben die Zahl je nach den Umständen an den verschiedenen Tagen ganz verschieden sei, sich nicht feststellen lasse, an welchem Zeitpunkt die geforderte Fällung am passendsten vorzunehmen sei. Wie groß die Verschiedenheit der Zahlen sei, das ergab sich aus den Uebersichten, die der hiesige „Verein zur Speisung armer Kinder und Nothleidender“, der bisher die unentgeltliche Vertheilung von Frühstück in den Gemeindefschulen besorgt hat, über den Umfang dieser Thätigkeit zusammengestellt und der Schuldeputation eingereicht habe. Herr Vertram sand damit den Besatz der „freisinnigen“ Mehrheit der Versammlung. Das Argument, das er anführte, ist aber so wenig stichhaltig, wie nur denkbar. Herr Vertram nimmt an, daß sich viele Kinder und zum Theil auch die Eltern ohne Noth die Frühstückvertheilung zu nütze machen, und Stadtschulrath dürfte sogar die befallig aufzunehmene Behauptung wagen, oft sei nur der Faulheit zu spät aufstehender Mütter die Schuld beizumessen, wenn Kinder ohne Frühstück in die Schule kämen. Wir sind überzeugt, — und die Kenner der Verhältnisse werden uns darin bestätigen, — daß es sich in den allermeisten Fällen nur um bittere Noth der Eltern handelt. Nimmt man das als die Regel an, dann erscheint es, daß die Noth bald größer,

bald weniger groß ist, allerdings ganz naturgemäß, daß auch die Nachfrage nach unentgeltlichem Frühstück nicht immer dieselbe ist. Dann ist aber auch von vornherein zu vermuthen, daß die Schwankungen in den Zahlen der hungerigen Kinder nicht derart sind, daß etwa heute 2000 Kinder gespeist werden, morgen 1000, übermorgen wieder 2000, am nächsten Tage nur 500 und so fort im buntesten Wechsel. Es wird wahrscheinlich so sein, daß zu Beginn des Winters verhältnismäßig wenig Kinder, dagegen in seinem späteren Verlauf, im Januar und Februar, d. h. in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit und des bittersten Mangels, um so mehr gespeist werden müssen. Auf Grund der Erfahrungen, die mit anderen, ähnlichen Wohlthätigkeitsunternehmungen gemacht worden sind, gestatten wir uns, rund heraus zu behaupten, daß die Sache sich hier in der That ebenfalls so verhält. Wir dürfen uns dabei auch gerade auf eine jener Uebersichten stützen, die der „Verein zur Speisung armer Kinder zc.“ angestellt hat, und die Herr Vertram gegen den Antrag Borgmann ins Treffen geführt hat. Vor uns liegt die spezielle Uebersicht über die Frühstückvertheilung an der 50. Gemeindefschule im Winter 1891/92. Sie umfaßt die Zeit vom 12. November bis 23. Februar, mit Ausnahme der Tage vom 14.—27. Januar, über welche jegliche Angabe fehlt. Gespeist wurden vom 12.—14. November je 4 Kinder (der 15. ist als Sonntag aus), vom 16.—20. November je 7, vom 1.—19. Dezember je 8, vereinzelt auch je 7 (die Weihnachtsferien fielen aus), am 4. und 5. Januar je 7, vom 6.—13. je 8 (über 14.—27. Januar fehlt eine Angabe), am 28. und 29. je 14, vom 30. Januar bis 15. Februar je 16 Kinder, am 16. merkwürdiger Weise kein Kind, am 17. und 18. wieder je 14, am 19.—23. je 16 Kinder. (Von anderen Schulen sind uns nur die Minimal- und Maximalzahlen bekannt; an einigen waren die Unterschiede geringer, an manchen aber noch stärker als oben bei der 50. Schule, z. B. 4.—30 an der 89. Schule, 8.—40 an der 180. Schule, 4 48 an der 110. Schule zc.) Die Zahlen bleiben also allerdings nicht konstant, aber sie bewegen sich doch im ganzen stetig in derselben Richtung — und zwar nach oben. Damit wird aber auch der Einwand hinfällig, daß nicht festzustellen sei, wann die Fällung stattzufinden habe. Es bedarf doch wohl nicht erst eines Beweises dafür, daß an die Ermittlung des Umfangs eines Nothstandes dann gegangen werden muß, wenn die Noth auf ihrer Höhe ist, also in diesem Falle in der zweiten Hälfte des Winters, etwa Ende Januar oder Anfang Februar. Dieser Einwand des Stadtschulraths gehört zu den bekannten, oft aller Logik hohnsprechenden Verlegenheitsphrasen, mit denen in der Stadtverordneten-Versammlung schon so mancher andere unbedeutsame Antrag unserer Genossen zu Falle gebracht worden ist.

Die Berliner Omnibus-Gesellschaft hat bei den zuständigen Behörden die Konzeption zu einer Nachtomnibus-Linie vom Stettiner Bahnhof nach dem Kottbuser Thor nachgesucht. Die Wagen durchfahren vom Stettiner Bahnhof die Invalidenstraße, Brunnen-, Rosenhofer-, Weinmeister-, Müng- und Alexanderstraße, Alexanderplatz, Alexander-, Weiden-, Neander- und Prinzenstraße, Moritzplatz, Oranienstraße, Oranienplatz, Treiden-, Kottbuserstraße und ebenso zurück. Die ganze Tour kostet 25 Pf. Insuper sind Theilstrecken zu 10, 15 und 20 Pf. vorgesehen.

Ein Protest der Anwohner des städtischen Parks am ehemaligen Frankfurter Thor gegen dessen Vergabe zur Erbauung eines Kirchengebäudes ist bei den städtischen Behörden eingegangen. Es wird angeführt, daß der Vorstand der Lazarus-Kirchengemeinde bei der städtischen Bau-Deputation vorstellig geworden sei wegen Vergabe des erwähnten Parks zu einem Kirchenbau und daß, dem Vernehmen nach, das Gesuch des Kirchenvorstandes befürwortend an den Magistrat weiter gegeben sei. Im Hinblick jedoch darauf, daß dieser Park der einzige in der Gegend ist und derselben namentlich durch seinen alten Baumbestand zu einer ganz besonderen Zierde gereicht, ferner mit Rücksicht darauf, daß das denselben besuchende Publikum zu Vergnügen, wie sie vom Parochialverein behauptet, bisher keine Veranlassung gegeben hat, und schließlich in anbetrach des Umstandes, daß im Kirchensprengel von Lazarus noch viele andere Plätze vorhanden sind, welche sich zur Erbauung eines Kirchengebäudes durch ihre günstigere Lage (Zentrum des Kirchensprengels) noch besser eignen als der Park, so protestiren die Petenten energisch dagegen, daß der Park zu irgend welchen Zwecken geschmälert werde und bitten sie, das Gesuch des Kirchenvorstandes der Lazarus-Gemeinde abzulehnen und den schönen Park in seiner ganzen Größe als Erholungsplatz seiner Anwohner und als Spielplatz für deren Kinder bestehen zu lassen.

Wiederum ist ein eklatanter Beweis dafür erbracht worden, daß der „hohe Adel“ im Gegensatz zu der von der „Kreuzzeitung“ vertretenen Anschauung weit eher philosophisch als antisemitisch zu nennen ist. In der „freisinnigen Zeitung“ lesen wir: „Der jüngste Sohn des Ehrenkommandeur des Johanniterordens Grafen Zieten-Schwerin auf Bustrau Dr. jur. Albert v. Schwerin, Attaché im Auswärtigen Amt, feierte seine Vermählung mit Fräulein Enole v. Mendelssohn, einer Tochter des Bankiers v. Mendelssohn. Ein Bruder des jungen Mannes ist der Gatte der ältesten Tochter des Chefs des Militärkabinetts Dahnke.“

Wegen unentschuldigter Schulversäumnisse wurden dem Verwaltungsbericht des Magistrats zufolge im letzten Etatsjahre 5718 Strafen verhängt, d. h. 1008 mehr als im Vorjahre. Infolge erhobener Widersprüche wurden 1003 Mandate aufgehoben und 698 Resolute verhängt. Von der Schuldeputation aufgehoben wurden 93 Resolute und 580 rechtskräftig verhängte Geldstrafen erlassen. 2648 Geldstrafen im Gesamtbetrage von 4924 M. sind bezahlt und in 579 Fällen die Strafen (= 2044 M.) verbüßt worden. Die Verweigerung der Strafen hatte ihren Grund nicht sowohl darin, daß der Schulbesuch im allgemeinen schlechter geworden wäre, als vielmehr darin, daß nicht so viele Schulversäumnisse wie im Vorjahre als entschuldigend angesehen wurden.

Die feierliche Rektoratsübergabe wurde gestern Mittag an der Berliner Universität in den herkömmlichen Formen vollzogen. Nach dem Einzug des Lehrkörpers in die Aula bestieg der bisherige Rektor Geh. Justizrat Dr. Brunner die Kanzel und erstattete den Jahresbericht, dem wir folgende Daten entnehmen: Die Universität verlor durch Tod die Ordinarien Du Bois-Reymond, Weierstrass, Goldschmidt, Wattenbach, die außerordentlichen Professoren Hoffory, Lewin, Vonnagel, die Privatdozenten Professoren Dr. Preyer und Generalarzt Burkard. An andere Lehranstalten wurden berufen: Der Professor Georg Winter, die Privatdozenten Schlesinger, Bernide, Adler, Kreisler, Spornogel, Oldenberg, Kern, Friedhelm. Dagegen traten neu in den Lehrkörper ein die Ordinarien v. Wilamowitz-Möllendorff und Engelmann, der ordentliche Honorarprofessor Geh. Regierungsrath Dr. Münch, die außerordentlichen Professoren Langl und Reinhold; ferner erfolgten 17 Habilitationen. Promovirt wurden 241. Immatrikulirt wurden 3789 Studenten, abgegangen 3812. Im Winter-Halbjahr erhielten 96 im Sommer 116 Frauen die Erlaubniß, Vorlesungen zu hören. Der Senat setzt sich aus folgenden Professoren zusammen: Aus dem neuen Rektor G. Schmoller, dem nummehrigen Prorektor Brunner, dem Universitätsrichter Dr. Daude, den Dekanen Meibeder, Bernice, Gumbner und Kukulow von Stradonitz sowie den Senatoren Toller, Gierke, Waldeyer, Diels und Raßl.

Von dem Einfluß des Natur-Heilverfahrens auf die geistige Wirksamkeit des Menschen mühten wir uns am Donnerstag Abend überzeugen. Ein Herr Karl Bruchhoff hatte in einer Zuschrift, in der er, „um Fretthümer zu vermeiden“, mittheilte, daß er nicht der Theaterdirektor Bruchhoff sei, sondern daß dieser vielmehr der jüngste Bruder seines Vaters wäre, die Lebenswürdigkeit, uns in das vornehme „Hotel de Rome“ einzuladen, also ein von ihm verfaßtes Schauspiel:

„Der Kurpfuscher“ vorgelesen werden sollte. Das Stück, so erklärte der Autor in der schriftlichen Einladung, „das Stück giebt Aufklärung über die Naturheilkunde und richtet sich gegen die Bestrebungen einzelner ärztlicher Vereinigungen, ein sogenanntes Kurpfuschergesetz einzuführen. Mitthin hat das Schauspiel für sämtliche Anhänger des Natur-Heilverfahrens, welche unter Ihren Lesern nach dem gewaltigen Wirken des Herrn Prälaten Kneipp und anderer Natur-Heilkundiger zweifellos auch nach Tausenden zählen, das bedeutendste Interesse. Sie würden sämtliche Anhänger des Natur-Heilverfahrens, speziell auch die hiesigen, wie Sie wohl denken können, stark interessiren Natur-Heilvereine dauernd zu Dank verpflichten, wenn Sie zunächst durch eine Bortnotiz auf diese Vorlesung hinweisen und auch ein Referat über dieselbe bringen würden. Die hervorragendsten Anhänger des Natur-Heilverfahrens aus der Geistes-, Adels- und Geldaristokratie werden anwesend sein.“ So Herr Bruchhoff.

Fühlten wir nun auch, daß wir in eine so illustre Gesellschaft schlecht hinein paßten, so machten wir uns doch jaghaft auf den Weg. Auf die Bortnotiz mochten wir uns aber doch nicht einlassen, erstmalig, weil wir glauben, daß eine so vornehm protegirte Kunst durch eine Melange nur diskreditirt werden könne, und zweitens weil es uns eine Art Entweihung schien, wenn wir der Geistes-, Adels- und Geldaristokratie ein durchaus demokratisches Publikum zuführten. Es ging denn auch ohne dies. Der Vorleser, ein Herr Karl Wald, hielt eine Rede zur Einführung in das Dichtwerk, in der er das Publikum vor allem dafür um Entschuldigung bat, daß das Drama nur vorgelesen und nicht gleich aufgeführt werde. In ihrer ganzen Größe könne die Dichtung daher nicht auf das Publikum wirken. Aber mit diesem Mangel hätten ja auch andere Geistesheroen zu kämpfen gehabt; es sei nur an die primitive Form zu erinnern, in der die Dramen seines Kollegen Shakespeare anfänglich dargestellt worden wären. „Der Kurpfuscher“ lehne sich insoweit auch an Goethe an, als ihm das Wort von den höllischen Raturvergen aus Faust als Motto vorgelegt sei; auch werde Goethe in dem Stück mehrfach durch Zitate gewürdigt werden.

Wir sind an sich keine Gegner der verschiedenen Natur-Heilmethoden und lassen das Evangelium vom nassen Strumpf für seine Bekenner gelten wie andere Evangelien auch. Und auch was den in der That mehrfach zitierten Goethe betrifft, so sehen wir durchaus auf dem Grundsatz der von ihm stipulirten Freiheitsforderung, daß für drei Pfennige jedermann sich seinen Magen verderben kann, sei es durch welches Heilmittel er wolle. Was aber Herr Karl Wald in dem zur Aufklärung über die Naturheilmethode vorgelesenen Stück ans Tageslicht förderte, sah denn doch zu haarig aus. Da war der chemische Direktor Konrad Ulrich, ein wahrer Zukermensch. Er gründete eine Naturheilanstalt, nachdem ihn der Gel übermannt hatte vor den Ärzten, die er vorher hatte im großen bereiten müssen. Die Gründung der Naturheilanstalt war eine That, und wirkte auf die Anhänger und Interessenten der alten Heilmethode wie das Donnerwetter. Die Kreis pisachen den lähnen Mann bis aufs Blut, seine eigene Frau ist gegen ihn aufgekehrt, und keine Scheußlichkeit ist zu schlecht für die Medizinräthe und ungerathenen Mediziner, um den Braven ins Verderben zu stürzen. Sie hätten auch gefügt, die Schändlichen, wenn nicht im letzten Augenblicke der edle Fürst Karl gekommen wäre und als begeisteter Anhänger der Natur-Heilmethode die ganze Sippschaft zum Tausel gejagt hätte. Der Hauptbühnen trepirt an seinem eigenen Gist und der nasse Strumpf wird ins Landeswappen eingefügt.

Aus Höflichkeit wollen wir uns auf die poetische Würdigung des „Kurpfuschers“ nicht einlassen. Die Aufgabe liegt auch zu hoch für uns. Für den Pathologen muß das Drama und sein Verfasser jedoch ein ganz bedeutendes Interesse haben. Was aber die Wirkung des Stückes auf das Publikum betrifft, so glauben wir, daß die ernsthaften Vertreter der Natur-Heilmethode nicht dafür verantwortlich zu machen sind.

Das geschäftliche Verhalten zweier hiesiger Rechtsanwältte hat, wie die „V.-Ztg.“ mittheilt, in den Kreisen der hiesigen Anwaltschaft lebhaften Bewegung hervorgerufen. Die betreffenden beiden Herren haben einer ganzen Anzahl von hiesigen Geschäftsleuten ein Rundschreiben zugehen lassen, durch das die Empfänger des Schreibens ersucht wurden, sie, die Absender des Schreibens, mit der Führung ihrer Prozesse zu betrauen. Um dem Erfuchen den Erfolg zu sichern, erbaten sich gleichzeitig die beiden Anwältte, sich für ihre Mähverwaltung mit der Hälfte der gesetzlichen Gebühren zu begnügen. Angesichts dieses Verfahrens haben die übrigen hiesigen Anwältte beschlossen, gegen die betreffenden beiden Kollegen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Entsefernung aus dem Anwaltsstande zu beantragen.

Polizeikampf gegen Anarchisten. Wegen „anarchistischer Umtriebe“ wurde, wie hiesige Blätter melden, der Metallarbeiter Gerhard Schleifer aus Berlin ausgewiesen. Es wurde ihm im Polizeipräsidium eröffnet, daß er mit Rücksicht auf seine Vorstrafen Berlin innerhalb 48 Stunden zu verlassen habe. Schleifer giebt an, daß er sich auf dem Polizeipräsidium völlig entkleiden mußte, um zwangsweise photographirt zu werden. Der Ausgewiesene war erst seit zwei Tagen in Berlin, wo er in einer Fabrik für Beleuchtungsanlagen Beschäftigung gefunden hatte. Er giebt an, daß er seit sieben Jahren nicht öffentlich hervorgetreten sei.

Die Angelegenheit der „Einsiedlerin“, welche am Sonntag entkräftet im Tegeler Forst aufgefunden wurde, erhält durch Nachrichten, welche aus Hidesheim kommen, eine seltsame Aufklärung. Es wird von dort den „Hamb. Nachr.“ geschrieben: Ein mysteriöser Vorfall, der schon im vorigen Jahre in hiesiger Gegend großes Aufsehen erregte, macht neuerdings wieder von sich reden. Eine Ehefrau Wolter aus dem benachbarten Dorfe Freden traf am 16. August voriges Jahr mit ihrer Freundin, einem Fräulein Anna Seifart, der einzigen Tochter des früheren Redakteurs der „Eubenerkur Anzeiger“, Schriftstellers Dr. Karl Seifart, im Thale am Darz ein. Am anderen Tage machten beide sodann einen Spaziergang ins Bodelthal, von dem aber nur Frau Wolter zurückkehrte. Die Leiche der Freundin fand man am folgenden Tage in der Wode und Frau Wolter behauptete, Fräulein Seifart, die stark erzentrischer Natur sei, habe sich durch einen Sprung in die Wode das Leben genommen. Jene, welche triftige Gründe für den Selbstmord konnten nicht ermit werden, auch nicht, nachdem die Leiche, da inzwischen allerlei Verdachtsmomente aufgetaucht waren, auf staatsanwaltliche Anordnung wieder ausgegraben worden war. Frau Wolter lehrte nach diesem Vorkommniß zu ihrem Mann nach Freden nicht zurück, sondern hielt sich eine Zeitlang in einem anderen benachbarten Dorfe auf, von wo sie sodann nach Bremen verzog. Von dort ist sie unter Zurücklassung ihrer Wöbeln spurlos verschwunden. Inzwischen hat man sie jetzt aufgefunden, und zwar in der Nähe der Reichshauptstadt. Wie Berliner Blätter berichten, fanden am letzten Sonntag Ausflügler im Tegeler Forst eine „Einsiedlerin“ in einem höchst verkommenen Zustande, die sich später, nachdem sie in ein Krankenhaus geschafft worden, als die gefuchte Frau Wolter herausstellte. Die Abenteuerin war 14 Tage lang planlos im Walde umhergeirrt und hatte sich lediglich von Früchten, Wurzeln und Kräutern ernährt. Sie war derartig körperlich entkräftet, daß sie sich kaum noch aufrecht zu erhalten vermochte. Ihre dünne Sommerkleidung bestand nur noch aus Lumpen. Frau Wolter war in erster Ehe mit dem verstorbenen Goldarbeiter Bartels hieselbst verheirathet und liegt mit ihrem gegenwärtigen Gatten, einem Zimmermeister, im Ehescheidungsprozeß.

Amthliche Nahrungsmittel-Untersuchungen. Im Monat September sind in Berlin 202 Proben von Nahrungs- und Genussmitteln chemisch untersucht und 57 davon beanstandet worden. Die Beanstandungen betrafen Milch, Butter, Schmalz, Mehl, frische Eier, Provencenäl, Zitronenöl, Chokolade, grünen Thee, Medizinal-Engarweine und desarrirten Brantwein. Bemerkenswerth war die hohe Anzahl der beanstandeten Butterproben. Unter 26 Proben

waren 2 reine Margarine, 12 Proben Milchbutter mit 25 bis 75 pCt. Margarinezusatz, und 2 Proben waren der Zusammensetzung von Margarine dringend verdächtig. Die Milchkontrolle erstreckte sich auf 1446 Geschäfte und führte in 89 Fällen zu Beanstandungen, die Sauterkontrolle auf 540 Geschäfte und führte in 56 Fällen zu Beanstandungen.

Durch Abkurz von der Treppe ist der 62 Jahre alte Buchhalter Ernst Berg aus der Urbanstr. 83 im Hause Neandstr. 6, wo er einen Wechsel einzulösen hatte, am Donnerstag Abend derart unglücklich zu Schaden gekommen, daß er auf der Unfallstation VIII am Grünen Weg, wohin man ihn brachte, seinen Geist aufgab.

Straßensperrung wegen einer mißglückten Feier. Das Polizeipräsidium macht bekannt: Am 16. Oktober vormittags 10 Uhr findet in der Ruhmeshalle des kgl. Zeughauses die Nagelung der Fahnen der neuen Regimenter statt. Um dieselbe Zeit erfolgt am 17. die Fahnenweihe. Aus Anlaß dieser feierlichen Handlung werden am 17. von 8 1/2 Uhr vormittags ab bis zur Beendigung der Feierlichkeit der Luftgarten, die Schloßbrücke, die Plätze am Zeughaus und Opernhaus sowie die Straße Unter den Linden vom Denkmal Friedrichs des Großen ab bis zur Charlottenstraße gesperrt.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden erfolgten fünf Alarmierungen, die sämtlich nur unbedeutende Brände betrafen. Donnerstag Abend 7 Uhr mußte die Wehr sofort gleichzeitig nach drei verschiedenen Punkten ausrücken. Urbanstr. 83 brannten Tapetenabfälle im Keller, Kurfürstenstr. 25 war ein kleiner Zimmerbrand zu löschen und Neue Hocht. 15 eine Partie Brennholz, das aus noch nicht aufgeklärter Ursache in Brand geraten war. Freitag Mittag 12 1/2 Uhr erfolgte blinder Sturm nach Luisenstraße 58, wo Feuer übergeleitet war. Endlich war um 8 Uhr nachmittags Luisenstr. 12 noch ein Gardinenbrand zu beseitigen.

Eine erhebliche Störung erlitt am Freitag Vormittag der Betrieb der elektrischen Straßenbahnen der Großen Pferdebahn-Gesellschaft. Um 11 1/2 Uhr blieben sämtliche Wagen stehen. Die Fahrgäste mußten aussteigen und andere Fahrglegenheit suchen. Erst nach dreiviertel Stunden war die Ursache der Störung im Zentralmaschinenhaus beseitigt.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Am Donnerstag Vormittag stolzte der Rittiger Karl Luther in der Alexanderstraße infolge eines Stoßes, den der Wagen beim Fahren über eine Pferdebahn-Schienenweiche erlitt, vom Boche herab und vor das rechte Vorderrad. Er wurde an der rechten Kopfseite leicht verletzt. — Mittags wurde der Knabe Eduard Weeber am Mariannen-Ufer von dem Schindler Karl Hauke mit dem Zweirade überfahren und trug eine Schenkelverletzung am rechten Fußgelenk davon. — In der Wilhelmstraße wurde nachmittags der auf einem Dreirade sitzende Laufbürsche Paul Schmidt durch eine Droschke überfahren und am rechten Oberschenkel schwer verletzt. — Gegen Abend wurde vor dem Hause Reichsbergerstraße 181 der 66 Jahre alte Arbeiter Johann Peters durch die herabfallende Schrotleiter eines Rodwagens der Firma Brasch u. Rothstein getroffen und am Kopfe und am Rücken schwer verletzt.

Eine Schlafstelen diebstahl. Die 19jährige, in Nixdorf geborene Emma Schwann hatte sich auf bisher noch unermittelte Weise Papiere auf den Namen Emilie Schulz aus Dresden verschafft und seitdem zahlreiche Schlafstellen diebstähle ausgeführt. Infolge war sie als „Anwärterin“ in den Dienst eines Fräulein B. in der Vorstraße getreten und hatte auch diese Gelegenheit zu umfangreichen Schwundtaten benützt. Sie wurde schon seit längerer Zeit gesucht, doch stießen die Nachforschungen infolge der falschen Papiere auf Schwierigkeiten. In der Nacht zum Donnerstag wurde sie endlich auf dem Tempelhofer Felde, wo sie sich in der Nähe der Kasernen umhertrieb, erfaßt und verhaftet. Sie trug noch die Kleider, die sie ihrer letzten Herrschaft gestohlen hatte, die übrigen Beute hatte sie bereits zu Gelde gemacht.

Das Beobachtungs-Programm für das Niesenserviro der Kreisverwaltung gestaltet sich wie folgt: Der Mond ist in diesem Monat vor 12 Uhr nachts nur noch bis zum Dienstag, den 19., zu sehen. Sonntag, den 17. Oktober: Sonne von 2-4 Uhr, Vega von 4-6 Uhr nachm., Sternhaufen 6-7 Uhr, Ringnebel in Leyer 7-8 1/2 Uhr, Doppelstern 8 1/2-9 1/2 Uhr abends, Rand 9 1/2-12 Uhr nachts. Montag, den 18. Oktober: Sonne von 2-4 Uhr, Vega 4-6 Uhr nachm., Sternhaufen 6-7 Uhr, Ringnebel in der Leyer 7-9 Uhr, Doppelstern 9-10 1/2 Uhr abends, Rand 10 1/2-12 Uhr nachts. Dienstag, den 19. Oktober: Sonne 2-4 Uhr, Vega 4-6 Uhr nachm., Sternhaufen 6-7 Uhr, Ringnebel in der Leyer 7-10 Uhr abends, Doppelstern 10-11 1/2 Uhr, Mond 11 1/2 bis 12 Uhr nachts.

Die Wasserin Lilly Vernein eröfnete in dem Saale des Berliner Theaters, Leipzigerstraße 102, L. eine Ausstellung. Dieselbe enthält Werke ihrer Kunst älteren und jetzigen Datums: Bildnisse, Idealbilder, Landschaften, Genre-Skizzen, Studien, Zeichnungen, Miniaturen auf Elfenbein gemalt und Kopien berühmter Meister aus der Berliner und Pariser Gallerie. Die Ausstellung ist wochentags von 9-5 Uhr, Sonntags von 12-2 Uhr bis Ende des Monats geöffnet.

Theater. Im Deutschen Theater übernimmt Elise Schumann, nachdem sie seit Anfang dieser Woche durch eine starke Erkältung und Zimmer gefesselt war, vom Sonntag an wieder ihre Rollen in „Agnes Jordan“ und „Mutter Erde“, welche Stücke sich eins immer steigenden Publikum seitens des Publikums zu erfreuen haben. — Das Schiller-Theater bringt Mitte der nächsten Woche die Eröffnung der Seltsamkeit von Wälden und Justinaus „Seyd-Vorh.“. Wilmersdats „Schulmeister“, „Ein Tropfen Wasser“ heute noch einmal zur Wiederholung. — Im Russen-Theater sind heute eine nochmalige Wiederholung des Hugo Müller'schen Lebensbildes „Von Stufe zu Stufe“ statt. Morgen, Sonntag, Nachmittag 3 Uhr, geht zum 1. Male Schiller's „Kabale und Liebe“ zu halben Preisen in Szene; abends 8 Uhr „Der große Wäldschütz“. — „Die Werber“, welche heute zum ersten Male im Abend-Theater in Szene geht, beginnt am 8. Uhr. Am Sonntag Nachmittag gelangt „Untere Reichspost“ zum 110. Male zur Aufführung und zwar zu halben Kostenpreisen.

Aus den Nachbarorten.

Am Mittwoch ist die Sammelliste zu den Schöneberger Stadtverordneten-Wahlen Nr. 86 verkoren gegangen. Es wird gebeten, dieselbe bei unbefugter Vorweisung anzuhalten und sie beim Genossen Wämler, Reichsstr. 59, Sttl. part., abzugeben.

Im Bezirk Schöneberg, der jetzt städtische Verfassung bekommen soll, ist ein auffälliges Mißverhältnis vorhanden zwischen dem Anwachsen der Einwohnerzahl und dem der Gemeinde-Etats. Während die Zahl der Einwohner seit Ende 1890 von etwa 80 000 auf gegenwärtig 75 000, die Zahl der Häuser von 688 im Jahre 1890 auf 1178 im J. 1895 und die Zahl der Hausdahlungen in derselben Zeit von 6434 auf 15 038 gestiegen ist, hat der Etat der Gemeinde gegen 690 000 M. im Jahre 1890 jetzt eine Höhe von 8478 544 M. erreicht. Die Einwohnerzahl Schönebergs ist also um das 2 1/2-fache, der Gemeinde-Etat hingegen um das fünffache angewachsen. Von den fast 8 1/2 Millionen erfordert allein das Schulwesen 412 898 M. gegen nur 98 045 M. im Jahre 91/92. Ebenso haben sich in demselben Zeitraum die Kosten der Gemeinde- und Polizei-Verwaltung von 89 285 M. auf 892 180 M. und die der Armenverwaltung von 37 000 auf 110 492 M. vermehrt. Außer jedem Verhältnis zur Vermehrung der Einwohnerzahl steht aber das Anschwellen der Kosten der „Steuerverwaltung“, die sich in den letzten sechs Jahren von 16 925 M. auf 841 800 M., also um das Zwanzigfache erhöht haben, allerdings mit Einschluß der von der Gemeinde übernommenen Kreissteuern, deren Schöneberg in diesem Stadtjahre nicht weniger als 290 000 M. zu zahlen hat.

Im Feuerwerk-Laboratorium zu Spandau wurde der Arbeiter G. dabei abgerafft, als er ein Stück Aluminium befeuchte zu schaffen suchte. Ihm werden mehrere Diebstähle zur Last gelegt.

Der Charlottenburger Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Eltern resp. Vormünder oder Pfleger solcher taubstummen Kinder, welche am Ende des laufenden Jahres das 6. Lebensjahr vollendet und das 9. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, werden ersucht, diese Kinder unter Angabe des Vornamens und Familiennamens sowie des Tages und Jahres der Geburt binnen vierzehn Tagen in unserem Bureau II., Sprestr. 36, 1 Tr., mündlich oder schriftlich anzumelden.

In Charlottenburg nehmen die Dachstuhlbrände überhand; gestern wurde schon wieder ein solcher Brand gemeldet. Es brannte der Dachstuhl des Hauses Dannebergstraße und Garbes du Corps-Strasse. Die Charlottenburger Feuerwehr war mit mehreren Waggons zur Brandstätte ausgerückt. Es ist dies der fünfte größere Dachstuhlbrand seit Mittwoch. Die Bewohner Charlottenburgs sind, wie kürzlich die von Moabit, beunruhigt, sie befürchten, daß die Brandhüter von Moabit, wo ihnen infolge scharfer Beobachtung das Handwerk gelegt worden ist, nun ihre unheilvolle Thätigkeit in Charlottenburg fortsetzen. Bei einem Dachstuhlbrande in der Seifenbrennerstraße ist eine verdächtige Person in Haft genommen, es hat ihr aber nicht bewiesen werden können, und da die Brandstiftungen eher zunehmen als aufhören, so scheint diese Person an den Brandstiftungen nicht beteiligt zu sein.

In Charlottenburg sind den Gesarbeitsern der städtischen Gas-Anstalten einzelne Zulagen gewährt worden. Arbeiter, welche ein Jahr dort beschäftigt sind, erhalten jetzt 82 Pf. Stundenlohn, nach zwei Jahren erhalten sie 88 Pf., nach drei Jahren 94 Pf. Früher erhielt diese Arbeiterkategorie in der Stunde 28 Pf., bis zu drei Jahren 80 Pf. und dann 82 Pf. Lohn für die Stunde.

Ein Sanatorium für jugendliche Frauen, ähnlich demjenigen, welches bei Groß-Weand für jugendliche Männer bereits besteht, will jetzt die Invalidditäts- und Altersversicherung-Anstalt der Provinz Brandenburg bei Kottbus errichten. Der dahinzielende Antrag an die dortigen städtischen Körperschaften hat bereits die Zustimmung derselben erhalten, und die Stadtverordneten-Versammlung hat einstimmig beschlossen, zum Bau des Sanatoriums unentgeltlich ein Terrain der Kottbuser Stadtforscher zugeben.

Vom modernen Vantowen. Zum Einsturz des Kirchturms in Wiesdorf wird neuer berichtet: Nach vollständiger Abklärung der Unfallstelle hat sich herausgestellt, daß eine Senkung der Grundmauern nicht festgestellt hat. Auch die Verankerung ist für den Bau fest und fest genug gewesen. Der Einsturz ist demnach lediglich auf die schlechte Beschaffenheit des Mauerwerks an sich zurückzuführen, das ohne die feste Verankerung wohl schon früher zusammengebrochen wäre. Es fragt sich nun, ob die Schuld am Mörtel oder am Steinmaterial liegt.

Ein Eisenbahnunfall hat sich bei Berlin ereignet. Ein von Verman kommender Güterzug stieß auf der Straße zwischen Nieder-Schönhausen und Pantow auf einen von Berlin abgefahrenen Frachzug, vermutlich infolge falscher Weichenstellung. Ein Bremser wurde vom Zuge herabgeschleudert und erlitt einen Armbruch. Mehrere Wagen sind beschädigt.

Auf dem Rennplatz zu Korfhorst wurden gestern 10 000 M. beschlageneht, aus erfolgte die Verhaftung eines der Beteiligten, des Engländers Neat. Die Angelegenheit erregte unter den Sportleuten lebhaftes Aufsehen.

Kunst und Wissenschaft.

Lange Brautchaft schlägt selten zum Segen aus. Für diesen Erfahrungssatz giebt es im Volkstum mancherlei Beleg. Offenbar liegen alte Beobachtungen vor. Braut und Bräutigam entwickeln sich frei neben- nicht miteinander. Nach einer Reihe von Jahren sieht einer der beiden Theile verwundert und erklärt auf den andern. Es giebt einen bitteren Mißklang. So geht es dem Pfarrer Johannes Küster in dem neuesten Schauspiel von Carl Otte und „Das Stärkere“, das am Donnerstag im Schiller-Theater zum ersten Male gespielt wurde.

Neben der gemüthlichen geht auch eine rein geistige Umwandlung in dem jungen Pfarrer vor. Dem Drängen seiner Braut, nicht dem inneren Trieb zu Liebe, hat er das Pfarramt in einer kleinen Landstadt des Oberwalds übernommen. Die Braut ist ein sogenanntes praktisch verständliches Weib, von jener Nüchternheit, die „dem freien Flügel der Seele“ nicht folgen kann. Wenn Sophie Wälg zwischen Weinmachen und Wäsche-Besorgen für ein Weibchen einmal ein deutsches Volksliedchen anstimmt, dessen herrliche Jungheit in dem Munde dieses Weibes einzutreten scheint, so hat sie jedenfalls ihren gewöhnlichen Bedürfnissen genug gethan. Aber der Pfarrer ist seiner Braut verpflichtet; durch Dankeschuld — sie hat des Pfarrers Familie unterstützt und sein Studium ermöglicht, — wie durch sein Wort. Er hätte so gern den Naturwissenschaften, der Forschung sich gewidmet. Aber Sophie, der ewigen Waisenschaft müde, drängte und drängte immer wieder.

In der engen Kleinstadt sind dem Pfarrer die Augen aufgegangen. Vereinsamt fühlt er sich und um so inniger schließt er sich an die gleichfalls einsame Klause Frieda an, die einzige, die ihn und seinen geistigen Kampf begreift; an seine Braut tritt er heran: „Bied mich frei! Und beiden blüht kein Glück! Aber eine Hochzeiterin, wie Sophie, besteht auf ihrem „Schein.“ Sie läßt den Pfarrer bei seinem Wort, bei seinem Anstandesgefühl. Und er, der Sohn kleinbürgerlicher Verhältnisse, giebt nach. Lieber stürzt er schon in ein ganzes Leben von Unglück, als daß er den „Anstand verliert“. Die alte Welt in ihm, die alte Erziehung, frühere Gewohnheitsbegriffe sind in ihm mächtiger, als die Pflicht, und am Ende doch auch die Aufrichtigkeit gegen sich selbst. Sie sind „das Stärkere.“ In allem anderen aber soll ihn Sophie nicht unterliegen. Als ersten Beweis hierfür verläßt der Pfarrer in vollem Ornat sein Haus, um am Begräbniß einer Selbstmörderin in theilzunehmen. Die Braut wartet ihn vor den Thoren. Vergebens, er geht.

Das Klingt ja ganz energisch vom Autor, nur kann man es ihm leider nicht recht glauben. Wer so viel von seinem Selbst hergegeben hat, wie der Pfarrer, der verliert allmählich, aber ganz gewiß, Stück um Stück von sich selber, bis er in den Anstandsbezügen und in der engherzigsten Moral der Leute aufgeht, die er anfangs verachtet hat. Wie der Schluss des Dramas kaum einer Nothwendigkeit entspricht, sondern eher wie der Versuch, die Spekulation erweist, so erwärmt auch der ganze Verlauf des Schauspiels nicht recht. Ein klug konstruirtes Gerüst ist es, aber nicht von warmem, lebendigem Fleisch bekleidet. Ein Niederschlag von mancherlei literarischer Erfahrung, nur nicht von selbständig künstlerischem Leben erfüllt. Wenn Sophie S. W. ihren Pfarrer auf sein Wort verpflichtet, so umgibt sie sich nicht etwa, wie die Leidenchaft, wie engherzige Selbstsucht kämpfen, sondern sie arbeitet wie ein tabulistischer Advokat, der irgend eine Sache führt.

Der Autor wurde übrigens doch mehrfach gerufen, am lebhaftesten nach dem zweiten Akt. Den reichhaltigen Pfarrer gab Herr v. Winterstein. Eine schauspielerische Aufgabe, die im Grunde undankbar ist, löste er mit vielem Takt. Im übrigen war die Darstellung durch Fr. Pauly (Sophie), Fr. Lebermann (Frieda) korrekt, aber nicht sonderlich eindrucksvoll.

— **Zur Wachtung des Theaters** unter den Linden hat sich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet, die Direktor Richard Schulz vom Central-Theater mit einem Kapital von einer halben Million ins Leben gerufen hat.

— **Im Hamburger Stadt-Theater** ist die groß-komische Oper „Die Tromme Helena“ mit Pauken und Trompeten durchgeführt. Die Musik soll von Adalbert v. Goldschmidt stammen, dessen „Opa“ Hermann Wahr im nächsten Frühjahr in Hamburg inszeniren will.

h. Neue Glasgemälde, deren Herstellung von der bisher üblichen durchaus abweicht, erregen in den beteiligten Kreisen beachtliches Aufsehen. Das Verfahren, das bei der Herstellung beobachtet wird, ist folgendes: Drei Ueberfangscheiben, d. h. Glasplatten, die mit einer farbigen Glaschicht überzogen sind, werden zu dem gewünschten Bilde gezeichnet. Diese Platten müssen die Grundfarben des Bildes: gelb, roth und blau haben, aus denen durch Regen auf jeder Platte ganz verschiedene Töne erzielt werden, die dann, wenn die Platten übereinander gelegt werden, das Gemälde ergeben. Die Verfertiger müssen natürlich eine bedeutende

Fertigkeit in der Berechnung der Farbzusammensetzung haben, denn soll z. B. auf der einen Stelle des Bildes die rothe Farbe mehr zur Geltung kommen, so muß von den anderen Platten die Farbe stärker weggelassen werden, damit das Roth an Kraft gewinnt. Das Verfahren ist also dem früheren ganz entgegengesetzt, bei dem eine Schattierung immer erst mit schwarzer Farbe erzielt werden konnte, denn die drei Farben geben bei richtiger Mischung die kräftigsten und feinsten Schattierungen, bis zu einem violetten Schwarz. Wodurch sich aber das neue Verfahren besonders vorthellhaft von dem alten unterscheidet, ist, daß die schwierige Zusammenfassung der einzelnen farbigen Glaschichten nebeneinander durch Wei vollständig wegfällt; die farblosen, undurchsichtigen Bleilinien können also die Farben nicht mehr zerreißen. Die Wirkung der neuen Gemälde ist geradezu überraschend. Die Leuchtkraft, die ihnen anhaftet, läßt namentlich Vorträts mit großer Plastik wirken, während auf den Landschaften jene feinen Luftstimmungen mit Leichtigkeit wiedergegeben werden können, die von Malern fast nur mit Aquarellfarben erzielt werden. Das Verfahren wird nach einer Gründung des Malers Dillmann in der Kunstakademie von A. Thordike, Berlin, angewandt, die eine unentgeltliche Ausstellung in der Friedrichstr. 192/193, eine Treppe, veranstaltet hat. Unter den ausgefallenen Arbeiten dürften auch die ornamentalen Sachen Interesse erregen, die die oft geradezu scheußlichen Bogenformen, wie sie jetzt fast durchweg als Treppenscheitel verwendet werden, in jeder Hinsicht übertrieben. —

k. Ueber die nach Eisenbahn-Unfällen auftretenden Erkrankungen. Bei der in neuester Zeit vorgekommenen großen Zahl von Eisenbahn-Unfällen bietet ein Ausfall von dem Bahnarzt Dr. Stepp in Würzburg, einen interessanten Beitrag für die Beurteilung der bei Eisenbahn-Unfällen auftretenden Erkrankungen. Dr. Stepp veröffentlicht in der „Münch. Med. Wochenschr.“ die Krankengeschichten von 15 Personen, welche bei Eisenbahn-Unglücksfällen verletzt wurden und stellt den störenden Einfluß fest, den die erlittenen Verletzungen, oftmals erst nach längerer Zeit, auf die Verunglückten ausgeübt haben. Die anscheinend leichteren Unfälle, die nur in einer geringen äußeren Verletzung bestanden, führen doch, durch die bei dem Unfall erlittene starke Erschütterung, im späteren Verlaufe zu schweren Erkrankungen und Berufshinderungen, ja in vielen Fällen zum Tode. Für das reisende Publikum, das bei einem Eisenbahn-Unglück eine nur leichte Verletzung, oder auch nur einen starken Stoß erleidet, sind die Mittheilungen Dr. Stepp's für die Beurteilung etwa später ohne erkennbare Ursache auftretender Störungen, und die Geltendmachung von Rentenansprüchen an die Eisenbahn-Verwaltung oder Unfallversicherungs-Gesellschaften von größter Bedeutung. Ein 46 Jahre alter Wagenwärter stürzte bei einer Entgleisung einen mäßig hohen Bahndamm hinab; er hatte scheinbar keinen Schaden genommen und wollte nach ca. 14 Tagen seinen Dienst wieder antreten. Der Mann fühlte sich vollständig wohl, bis nach etwa 5-6 Wochen Schmerzen im Kopf und im Rücken auftraten, und schließlich der Gang hinkend wurde, weil er das rechte Bein nachschleifen mußte. Nach einem Jahre trat ein starkes Ausfallen der Haare auf, so daß schließlich der ganze Bart verloren ging; auch die Gesichtszüge erschlafften und wurden mager und fahlig, und die Nachtruhe war durch die neuralgischen Beschwerden sehr gestört. Ein anderer Fall betrifft einen 38 Jahre alten Lokomotivführer, der bei einem Zusammenstoß, auf Kopf, Rücken und Oberschenkel geschleudert, 15 Minuten bewusstlos liegen blieb. Nach einigen Tagen fühlte er sich schon wieder wohl, aber nach drei Wochen stellten sich Kopfschmerzen ein, der Gang und die Sprache wurden langsam, und das Gedächtniß schwand. Nach 7 Monaten verlor der Mann seine Kopf- und Barthaare, sodas er vollständig kahl wurde, und auch die Gesichtszüge schrumpften ein; innerhalb eines Jahres war aus einem jugendlichen Aktiven das Gesicht eines Greises geworden. Drei Jahre nach dem Unfälle starb der Mann. Die weiter angeführten Fälle sind fast alle ähnlich verlaufen; es traten nach längerer Zeit erst die Folgen auf; in den meisten Fällen war vollständiger Haarausfall und Verfall der Gesichtszüge neben allgemeinen Störungen zu beobachten. Ein anderer Fall bietet einen Beweis für die rein psychische Wirkung des Schreckens und die daraus entstehenden Folgen. Ein Lokomotivführer erlitt einen Zusammenstoß, verlor aber unmittelbar hinterher noch 11 Tage lang seinen Dienst. Dann meldete er sich als krank, trat jedoch nach vier Wochen seinen anstrengenden Dienst wieder an. Nach vier Monaten meldete er sich als dienstunfähig, seine Beschwerden waren jedoch rein hysterische Symptome; er gab an, er könne nicht einmal ein Stückchen Holz heben, werde müde beim Essen, und die Füße seien ihm schwer, so daß er nicht gehen könne. Der Mann befand sich in weinerlicher Stimmung, obgleich sein Körperzustand vortrefflich war. Er mußte pensionirt werden, weil nicht mit ihm anzufangen war, und eine Besserung seines Zustandes nicht eintrat. Der Verlauf gerade dieses Falles zeigt die tiefgehende psychische Wirkung sehr deutlich, wobei das späte Auftreten der krankhaften Vorstellungen besonders bemerkenswerth ist.

— In der mit der Lepra-Konferenz verbundenen wissenschaftlichen Ausstellung hat Professor Wichow aus dem ethnographischen Museum altperuanische Lepra-Konfigurationen ausgestellt, an denen die Spuren von Entzündungen zu sehen sind, die auf das genaueste mit den Lepra-Konfigurationen von heute übereinstimmen. Es weist dieser Umstand darauf hin, daß selbst in Zeiten der Abzehrung die Aufmerksamkeit längst untergegangener Kulturvölker zu plastischen Darstellungen angezogen hat. Bekanntlich hat Wichow auch in einem meisterhaften Bilde Holbeins, das sich in der Münchener Galerie befindet, die Weitergabe eines Lepra-Exemplars erkannt.

Literarisches.

Zur Lage der Arbeiter im Schneider- und Schuhmacher-Gewerbe in Frankfurt a. M. Schriften des freien deutschen Hochritts VIII. (Frankfurt a. M., Gebrüder Knauer) 118 Seiten, Preis 1,50. Die Schrift enthält vier kleine Monographien; deren erste, vom Herausgeber der Schrift Dr. Stein herrührend, eine allgemeine Darstellung der Betriebsysteme, der Betriebsorganisationen, der Verhältnisse des Gesellenstandes, insbesondere von Werkstatt und Wohnung im Schneidergewerbe giebt. Die zweite, von E. Opfens, schildert die Stützemeister in Maßgeschäften; die dritte, von G. H. Opfens, die Werkstattarbeiter in Maßgeschäften und die vierte, von Frau Henriette Firth, die Frauenarbeit in der Herrenkonfektion. Daran schließt sich ein kurzer Bericht über die in den Jahren 1891 und 1892 veranstaltete Enquete über die Lage der Schuhmacher-Gesellen, der ebenso wie ein kurzer Vorbericht von Dr. Stein verfaßt ist. Diesen Aufsätzen voraus geht ein namens der Sektion von Stadtrath Dr. Fiesch erstattetes Wortwort, das die Vorgehensweise und Ziele der Schrift darstellt. Die Verfasser der Arbeiten konnten nur Bruchstücke liefern. Bei der Sammlung von Material hatten sie mit all den Schwierigkeiten zu rechnen, die sich bei Privatuntersuchungen überall einstellen. Hauptsächlich die Lage der schlechtesten Arbeiter konnte nicht genügend ermittelt werden, weil es hier wie überall an den nöthigen Verbindungen fehlte. In den Organisationen sind fast ausschließlich die besser gelohnten Arbeiter, und diesen ist es nur schwer möglich, die schlechter entlohnten Verunglückten heranzuziehen. Giebt das in der kleinen Schrift verarbeitete Material nun auch kein vollständiges Bild der Lage des Schneidergewerbes von Frankfurt a. M. und Umgegend, so ist es doch ein werthvoller Beitrag zu den bisherigen Untersuchungen. Aus dem Bericht der Frau Henriette Firth geht hervor, daß die Lage der Frankfurter Konfektionsarbeiter auf ein äußerst tiefes Niveau herabgesunken ist. Alle Arbeiterinnen, welche die Werkstatt führen und arbeiten sah, sahen blaß, schlaff und müde aus. Das reichhaltige Lohnmaterial, welches die Verfertiger über die von ihr unterrichteten Fälle bringt, giebt ein genügendes Aufschluß über die Ursachen dieser Erscheinungen. In einer Schlussbetrachtung hält sie ein geistreiches Eingreifen in die Zustände der Heimarbeit für ebenso sehr nothwendig im Interesse der beteiligten Arbeiterkreise als in dem der ganzen Gesellschaft. —

Gerichts-Beilage.

Das Urtheil des Landgerichts Berlin I vom 27. November 1895 gegen den Genossen Städtgen, das auf ein Jahr Gefängnis wegen Verleumdung aller Verwaltungsbeamten, Justizbeamten, Richter, Offiziere, Berliner Polizeibeamten u. s. w. lautete, ist vom Reichsgericht gestern aufgehoben. Ueber die Verhandlung, die am 8. Oktober d. J. stattgefunden hatte, tragen wir folgendes nach: Der Reichsanwalt gab zu, daß formell mehrere Verstöße vorliegen. In der Verhandlung vom 27. November 1895, in der das Urtheil gefällt wurde, ein ausdrücklich abgelehnter Antrag nicht gestellt. Deshalb beantragte er Fortsetzung der Verhandlung. Nach fast zweistündiger Verhandlung schied sich das Reichsgericht dieser Anschauung angeschlossen; es beschloß, in die weitere Verhandlung der in der Revisionschrift aufgestellten Rügen einzutreten. Die vom Reichsanwalt Dr. Herzfeld unterzeichnete Revision trägt eine Reihe prozessualer und materieller Verstöße. Wir heben von denselben nur einige hervor. Zunächst wird unzulässige Vertheidigungsbeschränkung gerügt. Städtgen hatte für seine Behauptungen Beweis angetreten. Der Beweis war abgelehnt, da es auf den Wahrheitsbeweis nicht ankomme und die Behauptung, daß Spittel aus Staatsmitteln bezahlt wurden, gerichtsnotorisch sei. Es bleibe die Form als beleidigend bestehen. Diese Begründung verstößt gegen den vom Reichsgericht stets anerkannten Grundsatz, daß der Beweis der Wahrheit einer angeblich beleidigenden Behauptung nicht abgeschnitten werden dürfe. Strafanträge waren vom Staatsministerium wegen aller preussischen Beamten, vom Justizminister für alle Richter, Staatsanwälte und sonstige Justizbeamten, vom Minister des Innern für sämtliche preussischen Verwaltungsbeamten, vom Kriegsminister für alle Offiziere und Unteroffiziere, vom Polizeipräsidenten für das Berliner Polizeipräsidium, vom Landgerichts-Präsidenten für Brausewetter gestellt. Das Landgericht hatte dem Staatsministerium die Befugnis zur Strafantragstellung namens aller Beamten abgesprochen, alle übrigen Strafanträge aber für gültig erklärt. Städtgen vertrat die Ansicht, daß keiner der Strafanträge hinreichend sei. Theilweise hätten Minister den Antrag für Beamte gestellt, die vor ihrer Ministerernennung als Beamte fungierten, theils fehle jeder Strafantrag. Auch sei es unvertretbar und irrig anzunehmen, der Justizminister u. s. w. sei Vorgesetzter aller preussischen Richter, denn diese sollen unabhängig sein. Was habe auch der Justizminister mit Gewerberichtern, Verwaltungsrichtern u. s. w. als „Vorgesetzter“ zu thun? Daß der Minister des Innern Vorgesetzter aller Verwaltungsbeamten sei, verstößt gegen die bestehende Staatsordnung. Auch er (Angeklagter) sei „Verwaltungsbeamter“; er müsse aber gegen die oktroyirte Vorgesetzthalt eben so protestiren, wie dagegen, daß er deshalb, weil er sich in Beziehung auf seinen Beruf in logischer Folge der Urtheilsgründe beleidigt habe, bestraft werde. Es sei gewiß eine Reihe von Beamten durch eine Kollektivbezeichnung zu beleidigen. Grundverschieden hiervon sei die Kritik des Typus eines Beamten, des durchschnittlichen Beamten. Dieser könne gar nicht beleidigt werden. Ihn zu kritisiren, sei das Recht und die Pflicht des Staatsbürgers, auch wenn eine Kabinettsordre von 1804 dies nicht ausgesprochen hätte. Das altpreussische Strafbuch habe in seinem § 102 eine Beamtenbeleidigung, eine Beleidigung eines Amtes gekannt. Mit fortschreitender Kultur sei die dem Begriff der Ehre ins Gesicht schlagende juristische Künstelei verlassen. Er müsse dringend bitten, nicht durch Neuschaffung des Begriffs einer Kollektivbeleidigung den kulturellen Standpunkt des Strafbuches zurückzuschauen. Das würde der Struktur des Strafbuches und den Motiven im § 181 Str.-G.-B. widersprechen. Das Reichsgericht habe das auch da, wo es sich um Beleidigung von „Juden“ oder „Sozialdemokraten“ handeln sollte, anerkannt. Freilich glaube der Vorderrichter aus Erkenntnissen über die Beleidigung von „Richtern“ oder „Offizieren“ das Gegentheil drücker zu dürfen. Er sagte noch hinzu, daß jede Beleidigung der angeblichen Beleidigung auf den Beruf der Beamten fehle. Das Wort „weissagen“, das der erste Richter gebraucht, erhebe seine Entschuldigungsgründe. Entschieden müsse er dagegen Verwahrung einlegen, daß das Urtheil erster Instanz sich für belangt erachtet habe zu behaupten, daß sein (des Angeklagten) „Treiben ein geradezu gemißachtliches genannt werden müsse“. Wie könnten objektiv urtheilende Richter zu einer solchen, ohne eine Spur von Begründung aufgestellten, lediglich verletzenden Auslassung kommen? Freilich, es entspricht dieses Urtelspaßwort wörtlich dem Erfahren eines Verwaltungsbeamten, ihn, da er „gemeingefährlich“ sei, doch mit Gefängnis bestrafen zu wollen. Gewiß habe er in den Akten dargelegt, daß er kein Vertrauen zur Justiz habe. Die Gründe, die ihn zu diesem Urtheil bestimmten, betrachte er als zureichend. Sie darzulegen und auf die Abstellung der Ursachen, weshalb Vertrauen auf die Justiz nicht bestehe, zu dringen, sei sein gutes Recht. Er greife Institutionen, nicht Personen an. Aber das Vertrauen habe er, daß das Gesetz nicht gestalte, das Urtheil dem politischen Gegner gegenüber zu beleidigenden Angriffen zu benutzen. Der Ober-Reichsanwalt hielt eine Reihe der Beschwerden für vielleicht nicht ganz unberechtigt. In der Verhandlung sei durchgehends auch das nur Strafantrag wegen Beleidigung der Polizeibehörde vorliegt, Anklage und Urtheil aber die Polizeibeamten als beleidigt erachtet, sei unerbittlich. Denn die Polizeibehörde bestehe ja aus den Beamten. Er beantrage: Verwerfung der Revision. Städtgen replizierte auf den letzten Punkt kurz dahin: Eine Behörde und die Beamten einer Behörde seien zwei verschiedene Rechtssubjekte. Der Vorderrichter verkenne mit dem Reichsanwalt nicht nur diesen Grundbegriff unseres Strafbuches und unseres Staatsorganismus; er betrachte gar — wenigstens verstehe er ihn so — die Spittel als Beamte. Er habe nochmals hervor, daß Vorgesetzte nur dann antragsberechtigt sein können, wenn sie selbst wirkliche Vorgesetzte sind und wenn ein Beamter ermittelt, seiner Persönlichkeit nach kenntlich und in Beziehung auf sein Amt beleidigt sei. Wenn er von Gefängnis, losgesetzt, Urtheilslosigkeit und Dummheit bestimmter Typen gesprochen habe, so fehle es an jeder Möglichkeit einer Beleidigung. Er beantrage Aufhebung des Urtheils. Die Urtheilsproklamation wurde aus getrennt verlegt und auf Aufhebung des Urtheils der Verurtheilungskammer und Zurückweisung zur nochmaligen Verhandlung vor dem Landgericht erkannt. Die Aufhebung erfolgte wegen der das Ablehnungsgesuch betreffenden Rügen. Wir zweifeln nicht, daß das Ergebnis dieser Instanz ein anderes sein wird.

Der Justizwärter Otto Nettig, dessen Verhaftung derzeit Aufsehen erregt, hatte sich gestern vor dem Schwurgericht wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Der 22jährige Angeklagte ist der Sohn eines höheren Justizbeamten. Er war unermüdet geküßelt und schien seine auf Verleumdung zurückzuführende That bitter zu bereuen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der schweren Urkundenfälschung in einem Falle unter Zuhilfenahme mildernder Umstände schuldig, worauf der Gerichtshof denselben zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurtheilte und ihm außerdem die Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes während der Dauer eines Jahres absprach.

Eine unüberlegte Aeußerung hat der aus Strausberg kommende Erbarbeiter August Plage mit einer Woche Gefängnis zu büßen. Am 1. Mai war unter einer auf der Chaussee bei Strausberg beschäftigten Arbeiterkategorie, zu der der Angeklagte gehörte, der Befehl zu stands gekommen, der Mafseier wegen bereits am Mittag Feierabend zu machen. Als der Maschinmeister erklärte, daß er mit der Feier nicht einverstanden sei, rief Plage: „Wer zur Arbeit geht, kriegt Prügel.“ Der Schichtmeister denunzirte, und die Folge war, daß die dritte Strafkammer am Landgericht II den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis verurtheilte.

Im Prozeß Sternberg, der nunmehr an die 14 Tage dauert, soll die Beweisaufnahme am Dienstag zu Ende geführt werden.

Die Justiz des Klassenstaates im Kampfe gegen unabhängige Arbeiter. Wegen Aufreizung zum Klassenhass und Verächtlichmachung von Anordnungen der Obrigkeit ist vom Land-

gericht Hamburg am 2. August der festerer Arbeiter Hans Heinrich Christoph Landahl zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Die ihm zur Last gelegten „Kraftthaten“ sind während des großen Hafenarbeiter-Streiks begangen worden. Das Gericht hat als erwiesen angenommen, daß er durch Verbreitung eines Flugblattes den Haß der arbeitenden Klasse gegen die Klasse der Arbeitgeber zu erregen suchte und eine Anordnung des Senats von Hamburg betr. des Verbotes der Hauszusammenkünfte für die Streikenden verächtlich gemacht habe. — Die von den Angeklagten gegen das Urtheil eingelegte Revision wurde heute vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Versammlungen.

Die Formern hielten am Donnerstag eine öffentliche Versammlung im Kösliner Hof ab. Louis Müller beleuchtete in seinem Referat die Situation, wie sie sich nach dem Streik gestaltet hat. Er erwähnte zunächst die bekannte Thatsache, daß den drei Formern, die ihre Kollegen vor dem Einigungsamt zu vertreten hatten, anfangs der Arbeitsschein durch den Vorsteher des Nachweiskamers vorenthalten wurde. Das Besprechen, welches die Unternehmer vor dem Einigungsamt gegeben haben: keinen der Streikenden zu mahregeln, werde ja nun insofern gehalten, als jeder den Arbeitsschein bekomme, im übrigen machen die Fabrikanten doch, was sie wollen. So hätte sich die Firma Salinger und die Maschinenfabrik Eckardtsberg anfangs geweiht. Die Streikenden wieder einzustellen, nachher wären aber doch zwei Drittel derselben angenommen worden. Die Firma Gyllof habe, was den Abmachungen widerspreche, Fremde eingestellt. Die Streikenden, welche Berlin verlassen haben, halten sich größtentheils auch jetzt noch fern. Nur 30-35 von ihnen seien schon zurückgekehrt. Von den Streikenden seien augenblicklich noch etwa 100 Mann ohne Arbeit, die aber in 8-14 Tagen auch untergebracht werden können. Arbeit sei so viel vorhanden, daß wohl alle Streikenden eingestellt werden könnten, die Unternehmer hielten aber einen Theil der Ausständigen absträuflich hin, um ihnen schäblich zu machen, daß sie im unrecht wären. Die Arbeiter haben die Einigungsbedingungen streng inne gehalten, von den Unternehmern erwartete man, daß sie das gleiche thun. In der Diskussion führten Plath und Bernick das nähere aus, daß ihnen sowohl, wie dem Kollegen Müller (Müller hatte am Sonnabend zwar nicht persönlich, aber durch seine zwei Kollegen anfragen lassen) durch den Geschäftsführer des Arbeitnachweise-Bureaus am Sonnabend der Arbeitsschein ausdrücklich deswegen verweigert worden sei, weil sie vor früher her noch etwas auf dem Reibholz hätten. Erst nach längerem Parlamentiren, wobei sie sich auf die Abmachungen vor dem Einigungsamt beriefen, seien sie dann zum Dienstag wieder nach dem Bureau bestellt worden, wo sie dann infolge eines inzwischen erfolgten Bescheides der Fabrikanten den Arbeitsschein erhielten. Die Verhandlung, welche ihnen der Geschäftsführer des Arbeitnachweise-Bureaus zu theil werden ließ, sei eine sehr verheerende gewesen. Nachträglich habe sich ein anderer Kollege, der noch von früher her in der schwarzen Liste stand, um den Arbeitsschein beworben, habe aber einen solchen vorläufig noch nicht erhalten. Ferner wurde seitens einiger Redner gerügt, daß die zur Zeit noch nicht arbeitenden Kollegen die Geschereien geradezu überlaufen, um Arbeit zu suchen. Auch sei eine solche Unruhe und Gleichgültigkeit unter den Arbeitern eingerissen, daß man, wenn es so weitergehe, eine allgemeine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erwarten könne. Eine Reorganisation der Organisation sei jetzt die Hauptsache. Die Verammlung beschloß, den bisherigen Beitrag zum Streikfonds von 10 pCt. des Arbeitsverdienstes auf 5 pCt. herabzusetzen und auch die Nichtorganisirten weiter zu unterstützen.

In der Generalversammlung des Vereins zur Wahrung d. e. Interessen der Maurer legte der Kassirer Vorrechnung vom III. Quartal. Danach sind inklusive des Bestandes vom II. Quartal 1518,72 M. vereinnahmt, 214,58 M. verausgabt worden. Der Bestand am Schluß des III. Quartals betrug demnach 1299,14 M. Der Veräußerungsgegenstand weist einen Ueberschuß von 29,22 M. auf. Dem Kassirer wurde Rechnung erteilt. Für die Bibliothek sind im Quartal 51,60 M. angewendet worden. — Dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß der Vorstand im letzten Halbjahr fünf Sitzungen abhielt. In derselben Zeit fanden drei General-, fünf Mitglieder- und sieben Wander-Versammlungen statt. In zwei Fällen ist Rechnung, in fünf Fällen Unterzeichnung an hilfsbedürftige Mitglieder bewilligt worden. — In den Vorstand wurden gewählt: Vater 1. Vors., Hüttenberg 2. Vors., Dittich und Keller als Kassirer, Pfister und Dittmann als Schriftführer, Kölling als Reviseur, als Ausschussmitglieder: Dersurth, Schöber und Witte. Als Hilfskassirer wurden folgende Kollegen gewählt: SO. Stamm, Kaiser Waldemarstr. 51 bei Noth; SW. Thime, Kaiser Wittenwalderstraße bei Briefe; W. Wall, Kaiser Blumenhaffstraße bei Karl Behrend; Noabitt; Nub, Kaiser Thurmstr. 88 bei Holldörfer; Wedding; Gehlin, Kaiser Weddingstr. 9 bei Makowski; Osten; Aug. Dittich, Kaiser Naderdorferstr. 8 bei Böhl. — Dem Vertrauensmann werden 300 M. zur Agitation überwiesen.

Der Centralverein der Bureau-Angestellten hielt am 7. d. M. seine Mitgliederversammlung ab. In derselben hielt Herr Dr. Seymann einen Vortrag über die Erziehung des Menschen, welcher von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. Bei der erfolgten Eröffnung zum Beschlusse wurde Eichelhardt einstimmig zum ersten Vorkandidaten, in die Bibliothekskommission Schnapp, Wasser und Jacobi gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dr. In der am 8. Oktober stattgefundenen Generalversammlung des Volks-Bildungsvereins für Brich und Umgegend erstattete der Kassirer den Kassenericht. Da der Stand der Kasse als ein günstiger bezeichnet werden muß, so wurden einstimmig 30 M. dem Vertrauensmann zu Agitationszwecken überwiesen. Ferner wurden noch Mittel bewilligt, um die Bibliothek bedeutend zu erweitern. Weiter mußte konstatiert werden, daß die Mitgliederzahl trotz der bewegten politischen Zeit und der so nahe bevorstehenden Reichstagswahl ein äußerst niedriges ist und es seien darum alle dem Verein noch fernstehenden Massen dringend ermahnt, sich ihm anzuschließen. Die regelmäßigen Sitzungen finden jeden Freitag Abend 9 Uhr vor dem 1. und 16. eines jeden Monats im Lokale von Karl Dorn, Bürgerstr. 4, statt.

Charlottenburg. Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 6. und 7. Kommunalwählerbezirk wurde hier am 12. Oktober im Lokal von Vredloh, Augustenstr. 79, abgehalten. Stadtverordneter Genosse Meyer hielt ein beifällig aufgenommenes Referat über die wichtige Bedeutung der Wahlberechtigung der Arbeiter an den Kommunalwahlen, in welchem Redner an verschiedenen Beispielen bewies, wie es geradezu notwendig ist, daß die Arbeiter Männer aus ihrem Stände zur Vertretung ihrer Interessen in das Stadtparlament zu wählen haben. Deshalb habe jetzt ein jeder überzeugter Arbeiter die Verpflichtung, thätig an der Agitation zu der am 16. November stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen einzutreten. In der Diskussion nahmen die Genossen Reink, Meiner und Bluming das Wort. Plath theilte mit, daß unsere Gegner (die Freiwillichen) zur planmäßigen Betreibung ihrer Wahlagitation extra für den 6. und 7. Bezirk einen freiwillichen Wahlverein gegründet haben. — Die vier Kandidaten für den 6. Bezirk sind Gastwirth W. Sommer, Walthrich F. Paasche, Gastwirth August Schmal und Geschäftsdienstler M. Peil. Der Kandidat für den 7. Bezirk ist Walter W. Meißner. Wahlberechtigt ist jeder Bürger, der ein Jahr im Ort wohnt, das 21. Lebensjahr vollendet und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der Reichsjustiz, Berlin, für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, 1895) Verlag ist und fordern die Nr. 21 des 7. Jahrgangs zugegangen.

Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Die Forderung von der Heube. Von Eilo Braun. — Frauenarbeit auf der Westfälischen Wollweberei. Von Ida Altmann. — Aus der Bewegung. — Heutige: Nur einmal! Von Zoroaster. — Arbeiter. — Nationalität von Eilo Braun und Maria Ratin: Weltliche Arbeiter. — Soziale Gesetzgebung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Publikationen zur Frauenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeiterarbeit. — Gemeindegewalt.

Die „Weltzeit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Verordnungsliste für 1897 unter Nr. 252) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 30 Pf.; unter Frenching 35 Pf.

Die „Neue Zeit“ (Zust. Org. F. M. Dieb' Verlag) ist fordern das 2. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Eine Revanche. — Der fünfte Kongreß der Sozialdemokratischen Partei in Bologna. Von Claudio Treves. — Die Ausgaben der Gewerkschaftskassentitel. Von Paul Lindreit. — Verhandlungen eines Arbeiters in Subakria. Von G. Kallisch. — Die gegenwärtige Lage der deutschen Industrie. Von Arno Reichard. — Das Schicksal eines Hirschevolks. Ein Beitrag zur Herrschaft des Kapitals. Von Adele Schreiber. — Notizen: Zur Bekämpfung der Lungen-schwindsucht. Von Dr. Stern, Ansbachberg i. G. — Schmerzempfindung bei niedrigen Temperaturen. Die Ergebnisse der deutschen Kreditbanken 1896. Ueber die landwirthschaftlichen Kooperationsvereine in England im Jahre 1896. — Parbarbeiterlöine in England. Zur Hospitalkosten des Wales. — Heutige: Der gelbe Domino. Roman von Vincent Vecossi. (Fortsetzung.)

Vermischtes vom Tage.

— Auf den Schlackenhalben zu Zawadzki, O-Schl., ist eine 18jährige Hüttenarbeiterin jämmerlich verbrannt. Sie siedete Salpetersäure, kam dabei mit dem Saum ihrer Kleider an ein eben aus der Ofte ausgefahrenes Schlackenstück und stand sofort in Flammen. —

— Antwerpen, 15. Oktober. Der von Hamburg nach Antwerpen bestimmte Dampfer „Povys Castle“ hatte unterwegs mit einem furchtbaren Sturm zu kämpfen. Der Kapitän sowie ein Matrose wurden über Bord gespült und ertranken. — Von dem Dampfer „Waterqueen“ schied immer noch der Kapitän und drei Matrosen. Fünf Mann sind bis jetzt gerettet. —

— Ruhm der Arzneikunst. In einer Karlsruher Korrespondenz der „Schwarzwälder Zeitung“ wird gesagt: „Es giebt bei uns nur ganz wenige Menschen mehr, die ohne ärztliche Hilfe eines natürlichen Todes sterben.“ —

— In einer Frucht-Großhandlung in Köln explodirte angeflammtes Gas. Das ganze Unterhaus wurde demolirt, die Wände eingedrückt. Die Frau des Besitzers sowie ein den Laderraum betretendes Mädchen erlitten schwere Brandwunden. —

— Ein theurer Heiliger. Für die Heiligensprechungs-Freilichkeiten des jüngsten katholischen Heiligen sind nach der „Köln. Volksztg.“ 117 479,28 M. ausgegeben worden. —

— Schluß gesagt. Ein Barmer Blatt begann dieser Tage einen Leitartikel über die bayerischen Landtags-Verhandlungen mit folgendem Satz: „Wer hätte das gedacht, daß jemals ein deutsches Parlament nicht weniger als vier Tage lang aushalten könnte, um die schalsten, aus der Gasse auf gelesenen Pflastersteine wider die Arme, ihren obersten Kriegsherrn und damit gegen die Säule des Reichs und seine Sicherheit schleudern zu lassen?“ — Daß die Pflastersteine in München in der Gasse liegen, finden wir nicht schön; daß man sie vier Tage lang „wider die Arme schleudern läßt“, ist sehr bedauerlich; daß die Kisten der Arme aber dazu gerade die „schalsten Pflastersteine“ ausgehoben haben, ist direkt unverantwortlich — meint dazu der „Hamburg. Corr.“ —

— Bei einem Baugerüst-Einsturze in Nürnberg wurden ein Arbeiter tödtlich, zwei schwer verletzt. —

— Auch ein Gutachten. Vor einiger Zeit wurden die österreichischen Handelskammern vom Ministerium angegangen, ihr Gutachten über das Sacharin abzugeben. Die Kammern wandten sich wieder an einzelne Konsulten um deren Ansicht. Ein Befragter sprach sich in seinem Gutachten entschieden gegen das Sacharin aus und führte unter anderem an, daß sein Hund mit Vergnügen Zucker verpfeife, das Sacharin aber regelmäßig anspucke und trotz aller Strafmittel nicht geniesse wolle. —

— Petersburg, 15. Oktober. Die russische geographische Gesellschaft wird unter Leitung Dmitriew's eine Expedition nach Abyssinien zur Erforschung dieses Landes in anthropologischer Hinsicht entsenden. Die Expedition soll noch im Laufe dieses Herbstes aufbrechen. —

— In der Provinz Granada (Spanien) wurde ein Erdbeben verspürt. Beträchtlicher Schaden wurde nicht verursacht. —

— Grobeden auf den Philippinen. In den letzten Tagen des September haben auf Mindanao und Jolo (Sulu) furchtbare Erdbeben stattgefunden, worunter die Gegend von Zamboanga und Zamboanga am meisten gelitten hat. Mitzige Erdpalten haben sich gebildet. In den ersten Augenblicken herrschte ein unbeschreiblicher Schrecken, da Personen und Thiere durch die der Erde entweichenden Schwefeldünste erschickten. Die Erscheinung zeigte sich auch auf dem Meer. Unerhört große Wellen überflutheten die Küsten und rissen alles mit sich fort. Die Bewohner flohen entsetzt ins Gebirge. —

— Durch eine Windböe wurden auf Formosa arge Verwüstungen angerichtet. Mehrere hundert Menschen haben ihr Leben eingebüßt. —

— Eine Butterhölzerin auf dem Fahrrad giebt es seit einigen Tagen in H'n'm. —

— Im englischen Seebade Southport entpuppte sich eine Lehrer in, die durch sieben Jahre in einer Mädchenkloster-Unterricht gab, als Mann. Als man ihr auf die Schliche kam, ging sie mit einer Hülfslehrerin durch. Es sollen die tollsten Sachen vorgekommen sein. —

— In Maidstone (England) sind bis jetzt 1619 Personen am Typhus erkrankt. Man hat eine neue Wasserleitung eingerichtet, aber auch das hat nichts genützt. —

— Die persische Votchschi in Konstantinopel warnt vor dem ebenmaligen Votchschi Persens in London, Nekam Khan. Der „hobe Herr“ sei ein Mordbäum und verkaufe auf grund gefälschter Dokumente persische Regierungskongessionen. —

— Vom amerikanischen Apfel. Seit August sind in Liverpool 396 Tonnen amerikanischer Äpfel eingegangen. Im Vorjahre waren es in der gleichen Zeit 11 246 Tonnen. —

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (sowol Wohnort oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Die kirchliche Zurechnung findet Montag, Dienstag und Sonnabend von 7 bis 8^{1/2} Uhr statt.

S. S. 78. Schönberg ist jetzt noch Dorf und wird erst am 1. April nächsten Jahres eine Stadt.

Witterungsübersicht vom 15. Oktober 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (1897)
Swinemünde	760	SW	8	wollig	8
Danburg	758	SW	8	wollig	8
Berlin	761	SW	2	heiter	7
Wiesbaden	761	SW	2	wolkenlos	7
München	763	O	2	wolkenlos	4
Wien	764	SW	—	bedeckt	6
Papenburg	761	SW	—	bedeckt	8
Petersburg	746	SW	2	Regen	5
Chart.	740	SW	6	wollig	13
Neudorf	762	SW	7	bedeckt	6
Paris	756	SW	8	heiter	12

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 16. Oktober 1897.
Wiesbaden heiter und am Tage warm bei mäßigen südlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 16. Oktober.
Opernhaus. Die letzten Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Don Carlos. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Die verfluchte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Tante Jette. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Ein Sommernachts Traum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Hans Hudebein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Achermittwoch. Vorher: Lieb im Spiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Fährjungfrau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Ein Tropfen Gift. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Von Stufe zu Stufe. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Hotel Dohu-Bohu. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Die Geißelglocke. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panopticum. Indisches Dorf.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein Tropfen Gift.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 2. Vorstellung im Schiller-Jubiläum. Kabale und Liebe. Abends 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.
Montag, abends 8 Uhr: Das Stärkere.

Luisen-Theater
31. Reichenbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang in 5 Akten von Dr. Hugo Müller. Musik von R. Hof.
Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu halben Preisen unter Regie von Julius Türk.
Sam 1. Male:
Kabale und Liebe.
Von Fr. v. Schiller. Abends 8 Uhr:
Der große Wohlthäter.
Büchlein & Co. in der Sonntag-Nachmittags-Volks-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weiß.
Sam 1. Male:
Die Geißelglocke.
Drama in 4 Akten von G. Matthäus. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr. Salbe Breile. Sam 110. Male: Unsere Reichspost. Abends 7 1/2 Uhr: Die Geißelglocke. Im Tunnel: Freikonzert.

Thalia-Theater.
Sonnabend, den 16. Oktober 1897.
Sam 1. Male:
Hôtel Tohu-Bohu.
(L'Auberge du Tohu-Bohu.)
Bandrevue in 3 Akten von Maurice Ordonneau. Deutsch von Viktor Léon. Musik von Viktor Roger.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Erna Koschel.
Mr. Brown.
Miss
Marie Halton,
amerikanische Operetten-Diva.
Mr. Rodo Leo Rapoli.
Dagmar Hansen.
Neun Heinzelmännchen.
Flip, Flap, Flop!!
Große Pantomime, angeführt von der Joseph Phoites-Troupe.
Kinetograph
etc. etc. etc.
Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Seit Anfang 8 Uhr.
I. Rang u.loge 1 Pf., Sperrsitze 50 Pf.
Entrée und II. Rang 30 Pf.

Richard Winkler
und
Wilhelm Fröbel
in der Berliner Gesangs-
Böffe;
'Ne wilde Enche.
Neue Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1 R. 50 Pf.

Urania

Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62:
Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschläge!

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit!
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.



Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Schönewürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Central-Theater
Mlle Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 16. Oktober 1897:
Emil Thomas a. G.
Sam 43. Male:
Berliner Fahrten.
Beste Ausstattungsstelle mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhadt. Musik von Jul. Einödhofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

Gebrüder Herrnfeld's
I. Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Kaufmann's Variété
hat z. Z. den grössten und stärksten Besuch seit seinem Bestehen.
Unbeschreibl. Lachstürme über
Ein Abend im Wintergarten und
Im Atelier.
Ueberr. alles Dagewesene
Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kasseneröffnung 1/2 Uhr.

American-Theater.
Dresdenerstr. 55.
Sonnabend, den 16. Oktober 1897:
Kolossal Erfolg! Es ist ein Weisheit!
Berlin
wie's näht und trennt.
Vollständig in 2 Akten v. v. Ely. Musik von R. Schmidt.
Der Traum von Bahrenth.
Barob. Traumbild.
Hugo Schütz als Seemann. Wally Smolin, Genziane-Soubrette.
Emmy und Ernst Rebentisch als Zukunfts-Gespaar.
Paul Bendix, Humorist.
Anfang der Vorstellungen:
Sonntags 7 1/2, Wochentags 8 Uhr.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Die Reizenburg.
Bilder aus dem Berliner Volksleben von G. Ely.
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. — Entrée: Sonntags 40 Pf., Wochentags 20 Pf.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Grösst. Vergnügungslokal Berlins
Direktion:
Winkler und Fröbel.
Fisale Droschkenfahrt.
Um 8 1/2 Uhr:
Richard Winkler
und
Wilhelm Fröbel
in der Berliner Gesangs-
Böffe;
'Ne wilde Enche.
Neue Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1 R. 50 Pf.

Richard Winkler
und
Wilhelm Fröbel
in der Berliner Gesangs-
Böffe;
'Ne wilde Enche.
Neue Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1 R. 50 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Auf folgenden Zahlstellen werden Sonnabends abends von 8 1/2—10 Uhr und im Arbeitsnachweis, Kassenstr. 39, täglich von 8—12 und von 3—7 Uhr Beiträge entgegengenommen und neue Mitglieder aufgenommen:
Für den Norden: Kuppingerstr. 42 bei Rohlf; Tredestr. 24 bei Schmidt; Liniestr. 29 bei Bohmann; Schwedterstr. 33 bei Pöge; Müllerstr. 7a bei Kleinert; Bergstr. 60 bei Hilgenfeld; Thurmstr. 84 bei Holzbocher; Bienenstr. 28 bei Kluge; Simeisdorferstr. 98 bei Badgänger; Stettinerstr. 64 bei Veltmann; Bismarckstr. 34 bei Keiser.
Für den Osten: Friedrichsbergerstr. 19 bei Pantain; Blumenstr. 38 bei Scherer; Frankfurter Allee 90 bei Jabel; Kopenstr. 41 bei Pöge; Langestr. 46 bei Jäger; Landsberger Allee 27a bei Lange; Weberstr. 40a bei Vange; Königsbergerstr. 7 bei Baumgarten.
Für Süd-Ost: Cuvurstr. 25 bei Erde; Ritterstr. 123 bei Stromm; Rammstr. 86 bei Streitz; Grünauerstr. 3 bei Holz; Sorauestr. 17 bei Talsdorf; Giesenhainstr. 7 bei Jibel; Diefenbacherstr. 31 bei Gause; Mantelstr. 69 bei Brödenfeld (dieselbst befindet sich auch die Bibliothek der Zehden).
Für den Westen: Mittenwalderstr. 16 bei Jammhof; Bälowsstr. 59 bei Werner; Lindenstr. 106 bei Jabel; Belleisallee 74 bei Kiping.
Für Friedrichsberg: Friedrichsbergstr. 11 bei Heintze.
Für Friedrichsberg-Wilhelmsburg: Brünen-Allee 6 bei Schulz.
Für Rummelsburg: Goethe- und Kanistraßen-Gasse bei Bredow.

Der Arbeitsnachweis befindet sich Kassenstr. 39 (Fernsprecher: Amt 7, Nr. 3258) und ist für Verbandsangelegenheiten geöffnet an den Wochentagen von vormittags 8 Uhr bis mittags 12 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr.
Die Arbeitsvermittlung erfolgt vormittags von 8—10 Uhr und nachmittags von 3—4 Uhr.
300/12 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).
Achtung, Kollegen!

Zu dem heute stattfindenden Vergütigen in der Brauerei Friedrichshain werden Billets an der Kasse nicht verkauft. Wir machen den Mitgliedern, welchen es erst im letzten Augenblick möglich ist, sich zu entschließen, bekannt, daß in allen Zahlstellen Billets zu haben sind. In nächster Nähe der Brauerei befinden sich die Zahlstellen von **Steuer**, Weinstraße 22 und **Germer**, Landsbergerstr. 105. Für diejenigen, welche noch am Abend Billets haben wollen, wird es gut sein, sich durch das Mitgliedebuch anzuschreiben.
161/8
Die Ortsverwaltung.

Auf auf zum zweiten Brunnewald
Hferstraße Nr. 7
zwischen Gesundbrunnen und Wedding.
ca. 50 000 Personen fassend.

Neu! à la Dresdener Vogelwiese. Neu!
Eröffnung am 16. Oktober 1897.
Sonntag, den 17. Oktober:
Großes Wigerl-Volksfest.
Neu! Die drei größten Karussells der Welt. Neu!
Neu! Das größte Museum der Welt Neu!
von Karl Petsch.
Die vier größten Schaufenster der Jetztzeit.
Auf Wunsch des Publikums: Aufsteigen des Luftballons „Neptun“.
Entree frei.
Da dem Publikum durch diese angelegten Kunstwerke Gelegenheit geboten wird, bei freiem Entree dieselben zu besichtigen, so bittet um zahlreichem Zuspruch.
3335/2
Max Körner, Gastwirth.

Die Solisten der
Stettiner Sänger
(Weibel, Vieto, Britton, Ziehl, Krone, Köhl, Schuder und Schröder.)
haben halt:
Jeden Montag und Freitag:
Victoria-Brauerei.
Jeden Dienstag:
Böhmisches Brauhaus



Theater der Reichshallen
Leipzigerstrasse 77.
Heute, Sonnabend:
Gastspiel der I. Original-
Budapester
Orpheum-Gesellschaft
und
20 erste Spezialitäten.
Vollständig neues Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf.
Im Parterre-Saal:
Heute großer Abder Abend mit humoristischem Konzert. Saugentlettern u. Gratis-Präsenverteilung u. s. w.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich (ausser Privatfestlichkeiten):
Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Badekuren.
Aufspiel in 1 Aufzuge von Puritz.
Ein Wort zu rechter Zeit.
Schwank in 1 Akt von Stand.
Das gefürchte Mittagessen.
Voffe
mit Gesang und Tanz von G. Friedrich.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzen.

Alcazar
Variété-Theater I. Rang.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Amnestraße 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Barmherziger Familien- Aufnahmest.
Neu! Novität! Neu!
Der Herzverführer.
Große Ausstattungs-Operette in 1 Akt von Leop. Ely. Musik von Holländer.
Vorher:
Tante Mollig. Boffe in 1 Akt. Auftreten sämtl. Kunst-Spezialitäten.
Wochentags 8 Uhr.
Anfang: Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Reisdiriger Platz 30 Pf.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Novitäten-Programm.
u. a.: Deta Waldau, u. a.:
Bildschöne Rollen: Soubrette.
Eugen Rosée, der beste Mimiker.
Neu!
Wer ist der Vater?
Burdelle mit Gesang u. Tanz.
Vom Circus. Schwank.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Sonnabend, den 16. Oktober,
Abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Abend.
Hippolog, Moustré-Tablcau, vorgef. v. Dir. Busch. 12 mg. Kuchendinge, neu dress. u. vorgef. v. Dir. Busch.
Pferd u. Hund. Original: Dressur v. Sign. Corradini. Eine Tanz-Gruppe, gr. Quadrille, ger. in histor. Kostümen. Die weltberühmten Heilfingstänzerinnen Geschw. Powell. Unter d. erentr. Musik. Clowns Gebr. Price. Das Ballonpferd Blondel, vorgef. v. Sign. Corradini.
Morgen: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder zahlen auf allen Plätzen halbe Preise.

Frauenkrankheiten:
Dr. med. Schaper,
homöop. Arzt,
Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1, 4-7.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie

(Zahlstelle Berlin.)
Montag, den 18. Oktober 1897, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstraße 75:
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Erziehungswahlen zur Cris-Verwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten (Abstimmung etc.) 4. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es dringend notwendig, daß sämtliche Verbandsmitglieder pünktlich am Platze sind.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Bevollmächtigte.
Um schleunigste Abrechnung der noch ausstehenden Billets vom Sponsen-Vergütigen wird dringend gebeten.
Fragebogen zur Abstimmung sind in der obigen Versammlung zu haben; die ausgefüllten Formulare sind in unserem Bureau abzuliefern.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 18., abends punkt 8 Uhr, bei Keller, Kopenstr. 29:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Kassiers u. s. w. 2. Wahl. 3. Mitträge. 4. Wie stellen sich die Mitglieder zur Einführung der „Einigkeit“-Ausgabe der Billets zur Sternmarke in Rezepten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch oder Karte muß an der Kontrolle vorgezeigt werden. — Der Kassier ist von 7 Uhr ab anwesend.
Heute Abend: Auktion für Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Auch liegen Pläne für die kämpfenden englischen Brüder aus.
148/14 Der Vorstand.

Verband der Vergolder (Zentrale Berlin).

Montag, den 18. Oktober 1897, pünktlich abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Monats-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Anträge der Mitglieder zur Generalversammlung. 3. Abrechnung vom dritten Quartal. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, in der Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.
226/12 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- und gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins.

Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, Langestraße 65:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen.
30/18 Der Vorstand.

Berein d. Maschinisten, Seizer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 17. d. M., nachm. 5 Uhr, Oranienstr. 51:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg: „Die Schwindigkeit und ihre Heilung, mit besonderer Berücksichtigung der Lungenheilstätten.“ 2. Verschiedenes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
159/8 Der Vorstand.

Orts-Frankenkasse für das Gewerbe der Tischler u. Pianofortearbeiter zu Berlin.

Montag, den 25. d. M., abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlungen.
Tages-Ordnung:
Wahl der Vertreter zu den Generalversammlungen.
Diejenigen Mitglieder, die im Bezirk des Kassiers Scholz beschäftigt sind, wählen bei Zabel, Lindenstr. 106, 41 Delegierte.
Diejenigen im Bezirk des Kassiers Kröhn in Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23, 38 Delegierte.
Diejenigen im Bezirk des Kassiers Post im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75, 54 Delegierte.
Diejenigen im Bezirk des Kassiers Schulze bei Stechert, Andreastr. 21, 51 Delegierte.
Freiwillige Mitglieder, die auf der Kasse ihre Beiträge bezahlen, wählen in dem Bezirk, in welchem sie wohnen, Mitgliederbuch legitimiert.
Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlungen pünktlich eröffnet werden und um 9 Uhr der Wahlakt geschlossen wird.
Montag, den 1. November, abends 8 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45:
Arbeitgeber-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wahl von 83 Vertretern zu den Generalversammlungen.
124/18 Der Vorstand.

Achtung! Britz. Achtung!

Sonntag, den 17. Oktober 1897, nachmittags 2 Uhr:
Gr. öffentliche Volksversammlung
bei Bethge, Chausseest. 39 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Hamburger Variété. Referent: Reichsling-Abgeordneter Fritz Zabel. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes und der Revisionen, Neuwahl derselben. 4. Bericht der Vollkommenskommission und Neuwahl. — Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. — Es ist Pflicht jedes Genossen, in der Versammlung anwesend zu sein.
205/17 Der Vertrauensmann.

Cöpenick. Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein.

Montag, den 18. Oktober 1897, abends 7 1/2 Uhr,
Versammlung
bei Ab. Schulz, Schönebergstr. 77.
Tages-Ordnung: 1. Vierteljahres-Abrechnung des Kassiers. 2. Wie stellt sich der Verein zur Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes? 3. Vereinsangelegenheiten.
7/7 Der Vorstand.

Damenhüte

und Kinderhüte, garnirt u. ungarnt, empfiehlt in größter Auswahl zu billigen Preisen.
Th. Sabor, Oranienstr. 204, zwischen Heinrichs-Platz u. Mantelstrasse.
Möbel-Tischlerei und Lager
compl. Wohnungs-Einrichtungen empfiehlt in jeder Holz- und Stuhlart, vom einfachsten bis zu dem elegantesten, zu den billigsten Fabrikpreisen.
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Zu erreichen mit allen Pferdebahnhöfen nach dem Rottbuser Thor. [2357]*
Druck und Verlag von Max Pading in Berlin.

Verfassungen.

Die sozialdemokratischen Frauen hielten am Donnerstag eine öffentliche... Die sozialdemokratischen Frauen hielten am Donnerstag eine öffentliche... Die sozialdemokratischen Frauen hielten am Donnerstag eine öffentliche...

Sodann erstatteten die Delegierten zum Hamburger Parteitag ihren Bericht... Sodann erstatteten die Delegierten zum Hamburger Parteitag ihren Bericht... Sodann erstatteten die Delegierten zum Hamburger Parteitag ihren Bericht...

Die Genossin Baader referierte sodann über die Punkte... Die Genossin Baader referierte sodann über die Punkte... Die Genossin Baader referierte sodann über die Punkte...

Es wird darauf die folgende Resolution angenommen:... Es wird darauf die folgende Resolution angenommen:... Es wird darauf die folgende Resolution angenommen:...

Die heute in den Arminien tagende Volksversammlung... Die heute in den Arminien tagende Volksversammlung... Die heute in den Arminien tagende Volksversammlung...

Eine von Frau Sili Braun eingebrachte Resolution... Eine von Frau Sili Braun eingebrachte Resolution... Eine von Frau Sili Braun eingebrachte Resolution...

wird, erscheint es jedem Anwesenden als heilige Pflicht, seine... wird, erscheint es jedem Anwesenden als heilige Pflicht, seine... wird, erscheint es jedem Anwesenden als heilige Pflicht, seine...

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten... Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten... Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten...

Die durch Ausschließen von Plakaten für die Kirchenwahlen... Die durch Ausschließen von Plakaten für die Kirchenwahlen... Die durch Ausschließen von Plakaten für die Kirchenwahlen...

Die durch Ausschließen von Plakaten für die Kirchenwahlen... Die durch Ausschließen von Plakaten für die Kirchenwahlen... Die durch Ausschließen von Plakaten für die Kirchenwahlen...

Die Sitzung der Branche hielt am 21. September ihre... Die Sitzung der Branche hielt am 21. September ihre... Die Sitzung der Branche hielt am 21. September ihre...

Der deutsche Holzarbeiter-Verband für die Bezirke Südost... Der deutsche Holzarbeiter-Verband für die Bezirke Südost... Der deutsche Holzarbeiter-Verband für die Bezirke Südost...

Die Versammlung für den Bezirk Norden war so schwach... Die Versammlung für den Bezirk Norden war so schwach... Die Versammlung für den Bezirk Norden war so schwach...

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis... Sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis... Sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis...

Freireligiöse Gemeinde, Sonntag, den 17. Oktober... Freireligiöse Gemeinde, Sonntag, den 17. Oktober... Freireligiöse Gemeinde, Sonntag, den 17. Oktober...

Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober... Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober... Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober...

Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober... Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober... Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober...

Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober... Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober... Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober...

Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober... Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober... Die Kreis-Verwaltung, Sonntag, den 17. Oktober...

Eugen Silberstein, 38, Chausseeestr. 38, Ecke Schwarzkopfstr. 38. Bedeutendes Lager in- und ausländischer Stoffe für Anfertigung nach Maass in eigener Werkstatt.

Wo? machen wir unsere Herren-Partie hin? nach Pichlerwerder „Zum alten Freund“... R. Kohlwein's Keglerschlösschen, vierter Lokal, Treptow.

Wirthshaus Schmargendorf, Darniederstr. 6, direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereinszimmer, Kegelbahn (4 Alter 60 Pl.).

Arbeiter-Radfahrer-Verein, Sonntag, den 17. Oktober: Tour nach Mittenwalde, Abfahrt 1 Uhr Hermannsplatz.

Schulz' Festsäle, Neue Königsr. 7, am Königsdörf. In den neu renovierten Sälen: Jeden Sonnabend und Sonntag: Großer Ball.

Beig- u. Bairisch-Bier-Lokal, von Herrn Max Faubert, Bierbr., Jägerstr. 69, in Vertretung übernommen habe. Für gute Speisen ist bestens gesorgt.

Bier- u. Frühstückslokal, Emil Ladner, Tauentzienstr. 10. Vereinszimmer einige Tage in der Woche zu vergeben.

Regelbahn, 1240b, Zwinnmünderstr. 58. Achtung! Allen Menschen, Freunden u. Kollegen (Holzarbeiter) empfiehlt sich nun eröffnetes Restaurant, Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal zur geselligen Benutzung.

Dr. Simmel Moritzplatz, 10-12, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4. Zahnärztliche Zahnklinik, R. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr. 1. Zahnklinik, R. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr. 1.

Jede Uhr reparieren und reinigen... P. Grund, Stahl 1872. Jede Uhr reparieren und reinigen... P. Grund, Stahl 1872.

Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872.

Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872.

Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872.

Englischen Unterrichts, G. Liebkecht, Rantier 160. Hut- u. Mützen-Verkauf zu Engrospreisen, Grüner Weg 112, part. 2.

Möbel, unter Garantie guter Arbeit. Teilzahlung gestattet. H. Brandt, Alte Jakobstr. 65.

Fahrrad, Charlottenburg, Spreerstr. 24, sind getragene Stiefel billig zu haben. Saphir, gr. 4, billig, 3 verkaufte Hülfingstr. 8, s. part. 1.

Arbeitsmarkt, Fabrikant-Monteur! Junger, tüchtiger Monteur, in der Aufstellung von elektr. u. Transm. Aufzügen vollst. vertraut, wird nach Ansehens p. sofort gesucht.

Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872.

Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872. Herren-Hüte, P. Grund, Stahl 1872.

Preisliste von Carl Stier



Fabrik für 32382
Herren- und Knaben-Garderobe.
Oranienstr. 168.
Potsdam:
Brandenburgerstrasse 23.

Zur Winter-Saison

empfehle meine durchweg
jauber gearbeiteten u. elegant
stehenden Fabrikate

zu nachstehenden billigen Preisen:

A. Anzüge.

Jacket-Anzug von dunkel oder farblich melirtem Zwirn-Buckskin 1. oder 2-reihig	16.-
Jacket-Anzug von kräftigerem Zwirn-Buckskin	18.-
Jacket-Anzug von blau oder schwarzem Cheviot 1. oder 2-reihig	18.-
Jacket-Anzug von Zwirn-Buckskin, schöne, neue Muster, haltbar und solide	22.50
Jacket-Anzug von schwarz, braun oder blau Cheviot, eleganter Anzug	25.-
Jacket-Anzug von melirtem Diagonal-Cheviot, sehr haltbarer Anzug	25.-
Jacket-Anzug von 1/2 Belour, hochmoderne Muster, haltbarer Stoff	25.-
Jacket-Anzug von schwarz oder blau Sammgarn-Cheviot, mittelhaltbar, eleganter Anzug	27.-
Jacket-Anzug von Diagonal-Sammgarn 1. oder 2-reihig	27.-
Jacket- oder Rock-Anzug von Kochener Sammgarn, eleganter Anzug	30.-
Jacket- oder Rock-Anzug von melirtem Sammgarn, feiner Braunsoden-Anzug	33.-
Jacket- oder Rock-Anzug von Diagonal-Sammgarn, Cheviot, sehr eleganter Anzug	33.-
Jacket-Anzug von feinem Diagonal-Cheviot in ganz neuen Farben, hochmodern	33.-
Jacket-Anzug von prima Cheviot, schwarz, braun oder blau, sehr haltbar und hochreigant	48.- 45.- 42.-
Jacket- oder Rock-Anzug von Sammgarn, höchste Qualität	50.- 45.- 42.-
Jacket-Anzug von feinem dunkelblau und eckel englischen Readeliten	50.- 45.-
Gehrock-Anzug von Diagonal-Sammgarn, sehr eleg	36.-
Gehrock-Anzug von sehr feinem Kochener Sammgarn	36.-
Gehrock-Anzug von 1/2 Kochener Tuchsammgarn, hochleganter Gesellschaft-Anzug	45.-
	50.-

B. Hosen.

Hosen von gewirtem Stoff	1.75
Hose von Ploestoff oder gewirtem Baumwollstoff	2.25
Hose von kräftigem, gewirtem Stoff, schöne gestreifte Muster	2.75
Hose von Zwirn-Buckskin	3.10
Hose von schwerem Buckskin, gestreifte dunkle Muster	4.50
Hose von Zwirn-Buckskin, schöne gestreifte Muster, sehr haltbar	5.50
Hose von kräftigem Belour, hell oder dunkel	6.50
Hose von Belour, in schwerer Waare	8.00
Hose von Sammgarn, Saun.	5.50
Hose von gedrehtem Sammgarn, sehr schöne Muster	8.50
Hose von Cheviot, in schönen melirten Farben	5.50
Hose von feinstem Zwirn-Buckskin, sehr u. haltbar	7.50 u.
Hose von Kochener Sammgarn, schöne, dunkle Muster	8.50
Hose von Kottbuser Zwirn-Buckskin oder Cheviot, elegante, sehr feine Muster, solide im Tragen, 15.00, 13.50, 12.00, 11.00, 10.50 bis	9.00
Hose von Kochener Sammgarn, hochlegante Neuheiten 16.50, 15.00, 14.00, 13.50, 12.00 bis	11.00
Hose von schwarzem Satin, Tuch-Sammgarn, Sammgarn od. Buckskin 16.50, 15.00, 12.00, 10.50 bis	8.50

C. Knaben- und Burschen-Anzüge.

Knaben-Anzüge für das Alter von 3-8 Jahren, in schönen, neuen Mustern, helle oder dunkle Farben	4.00
Knaben-Anzüge für das Alter von 7-12 J.	7.50
Jünglings-Anzüge	12.00
Einsegnungs-Anzüge in Satin, Sammgarn, Cheviot etc.	30-12

Knaben- u. Jünglingsmäntel zu sehr billigen Preisen.

Die festen Preise sind an jedem Gegenstand deutlich angegeben. Handel ausgeschlossen.

In meiner Abteilung für Wahanfertigung befindet sich ein außerordentlich reichhaltiges Stofflager mit allen Neuheiten angefüllt.

Muster- und Mahanleitung sende ich nach anherhalb und garantiere für tadellose Ausführung und eleganten Sitz.

„Fortuna“

Größtes Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft des Nordens
93 Kastanien-Allee 93, Ecke der Oderbergerstraße, empfiehlt in großer Auswahl

Winter-Paletots, guter Qualität von 12 M. an		Hosen von reinwollenen Stoff . . . von 3.50 M. an
Hohenzollern-Mäntel . . . 20		Winter-Joppen . . . 6.-
Jaquet-Anzüge . . . 13		Knaben-Anzüge u. Paletots in großer Auswahl
Rock-Anzüge . . . 18		Arbeiter-Bekleidung in großer Auswahl zu ausnahmsweise billigen Preisen.
Gehrock-Anzüge . . . 27		

Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß in eigener Werkstatt.

Parteigenossen!
Schirme, Stücke, Kravatten nur mit **Hüte** Kontrollmarke
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 9, Ecke Stallgerstraße 2.

F. Nahrstedt
40/41 Brangelstr. 40/41.
Kleiderstoffe, reichhaltige Auswahl in den neuesten Mustern.
Ganz besonders mache ich auf den Artikel **Mühlhauser Warp** aufmerksam.
Gardinen, Tisch- u. Steppdecken, Teppiche, Portièren.
Fertige Betten sowie Bettfedern in allen Preislagen.
Ganze Wäsche-Anstaltungen in sauberster Ausführung.
Wollene Westen und Tricotagen.
Arbeitsanzüge für Mechaniker, Bildhauer, Maler, sowie für jeden Beruf pass.; auch nach Maß ohne Preisaufschlag.
Regenschirme und Herren-Cravatten.

M. u. W. Müller's Nordlicht
hat sich durch seine vorzüglichste wohlfeelmedende Qualität in vielen Handlungen einen händigen Platz erworben. Statt theurer Cognat und and. Liqueure nimmt man nach der Mäßigkeit gern ein Glaschen von **M. u. W. Müller's Nordlicht** als Verdauungsmittel.
M. u. W. Müller's Nordlicht, ein hochfeiner alter Nordhäuser, 1899 mit goldener Medaille und Ehrennennung prämiiert, ist nur echt und unverfälscht in unseren mit Firmenschild im Glas versehenen Originalflaschen, die mit unseren Firmenschildern versehen sind und mit unseren geschützten blauen Etiketten versehen sind, überaus für 1 M. inkl. Flasche käuflich, wo unser gedrucktes Plakat aushängt.
In Konkurrenzgeschäften giebt man ähnliche Qualitäten Nordhäuser nicht unter 1.50 M. ab. Ein Verisch liefert Neweise.
Nordhäuser Kornbranntwein-Brennerei, Berlin, Waldemarstr. 29.

Brunhilde! Roland Cheviot!
Unverwüthliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma **Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11**
Weberel und Versand-Geschäft.
Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und Herrenstoffen sowie Portièren steht auf Wunsch franko zur Verfügung.
Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungs-schreiben bezeugen die Vorzüglichkeit unserer Stoffe.

Unsinn
Ist es, viel Geld für Hülfe auszugeben, man erhält auch in billigen Preisen gute und elegante Sachen, zum Beispiel:
Knaben-Gürtel, 1.- M. an
Herren-Gürtel, 1.50
Gürtel-Hüte, 4.-
Daaritz-Hüte, 4.50
Chapou-elaques, Plüsch-Hüte, Turnschuhe enorm billig im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert, Dübenerstr. 44, pt. r. Waldemarstr. 44, pt. r.**

M. Schulmeister
Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143, Kottbuser Thor, Schöneberg.
empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:
Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Mtr. weiten Vollerine in schwarz, grau, blau u. modelfarben . . . von M. 25 an
Winter-Paletots aus Götting, Ploestoff, u. Kammert-Stoffen, schwarz, blau, braun u. modelfarb., 1 u. 2-reihig, mit Vorne gefüttert, wasserdichte Stoffe in allen modernen Farben . . . 16-40
Winter-Joppen in gedieg. wollenen Zwirn-Stoffen, 1- und 2-reihig . . . 5-15
Jaquet-Anzüge modernster Farb., in Satin u. engl. Cheviot-Stoffen, eleg. Ansführung . . . 16-24
Jaquet-Anzüge in guten, wollenen, schwarz, Sammg. u. Satinstoffen, modern. Façons . . . 22-36
Rock-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-Formen . . . 25-38
Rock-Anzüge von feinem Satin, Tuch u. Sammgarn-Stoffen, 2-reihig . . . 30-42
Gehrock-Anzüge von feinem Satin, Tuch u. Sammgarn-Stoffen, 2-reihig . . . 30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Loden-Mäntel v. 9 M. an.
Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Sammgarn und Cheviot, von M. 5-10
Knaben-Paletots u. Anzüge, seidene Façons in gr. Auswahl in Cheviot, Belour und dauerhaften Stoffen, 1 u. 2-reihig . . . von 5 M. an
Schul-Anzüge Arbeiter-sachen für sämtliche Gewerke zu den billigsten Preisen.
Bekleidungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig angefertigt.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
Compl. Wohnungs-Einrichtungen.
Tischlermeister, 23582
Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.
Achtung! O. J. Engelke, Neue Fatschstraße 26, 1. etagen alten Nordhäuser Alter M. 1.-, 1/2 M. 0.50, extra alte Waare 1.40, 0.70, Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Neu eröffnet! Höchst komfortabel!
Badeanstalt „Süd-Ost“
Wienerstr. 65, nahe der Oranienstrasse.
Bäder und sämtliche medizinische Bäder, sowie Dampf- und Heißwasserbäder, Luft- u. Sauerstoffbäder, Wasser- u. Dampfbäder, Bäder-Lieferung für sämtliche Krankenhäuser, Hotels und Pensionen.

Erklärung!
Die Restbestände des seit 12 Jahren bestehenden hochrenommierten Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäfts von **Benno Ferster** sollen in kürzester Zeit anverkauft werden.
Winter-Paletots, früher 14, 18, 24, 30, jetzt 9, 12, 15, 18 M.
Joppen, früher 8, 10, 12, 15, jetzt 5, 7, 8, 9 M.
Hohenzollern-Mäntel, früher 25, 29, 33, 40, jetzt 17, 22, 25, 28 M.
Knaben-Mäntel, früher 4, 5, 6, 8, jetzt 2, 3, 4, 5 M.
Jaquet-Anzüge, früher 15, 19, 24, 30, jetzt 10, 12, 16, 19 M.
Rock-Anzüge, früher 22, 26, 30, 38, jetzt 15, 18, 21, 24 M.
Burschen-Anzüge, früher 9, 12, 15, 18, jetzt 5, 7, 9, 10 M.
Knaben-Anzüge, früher 4, 5, 6, 8, jetzt 2, 3, 4, 5 M.
Stoff-Hosen, früher 3, 4, 5, 9, jetzt 2, 3, 4, 6 M. 31778
62 Reineckendorferstr. 62 am Nettelbeckplatz, an der Stadtbahn.

Große Berliner Hosen-Fabrik
Gormaustraße 2, 1 Treppe,
Ecke Rosenfelder- und Weimarerstraße,
zeigt hiermit ihren tausenden von Kunden an, daß sie jetzt zu Beginn der Herbstsaison
neue großartige Qualitäten
bei bester Ausführung zu fabelhaft billigen Preisen in Stoff-, Leder- und Zwihrhosen bringt. 32578

Konkurs-Ausverkauf!
Die herrliche eleganten Herren-Garderobe der **Brannspan'schen Konkursmasse** bestehend aus Herren-Mänteln, Paletots, Gabelots, Jaquet- und Rock-Anzügen, einzelnen Hosen und Westen, werden in dem bisherigen Geschäftslokal:
198 Oranienstr. 198 Heinrichsplatz
mit anderen Waaren täglich von 9-1 Uhr vormittags und 3 bis 8 1/2 Uhr nachmittags zu billigen Preisen anverkauft.
Sonntags-Verkaufszeit 8-10, 12-2 Uhr.
Der Verwalter.

Hut-Engros-Lager.
Einzelverkauf Hüte, Mützen, Pelzwaren, Schirme, Stöcke zu billigen Preisen; gewähre meinen Kunden einen Rabatt von 5 Prozent pro Markt.
Robert Telpelke, Gutmodermeister, Admiralsstr. 16.

Möbel
verleihen gewesene und neue, stannend billig, Teilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. 29178
Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.

Deutscher Vortier
Treffert u. Marktfräher 1. Rang, Brauerei Burgkötter, Potsdam, near 1736, bei J. Gularne, Brühlstraße.
Bier, Wodka, Melon, etc. d. feinsten beizumal, nahrh. kräftigste Bier. - Ist durchsichtig, best. des Geschmacks u. Gewichtsmaßnahme. Aber 14 Pfund, drei 50 je zu M. erst. Zu Ged. 1/2, 1/4, 1/8 u. 1/16 ab. vorkent. Bill. Mein Versandort ist Berlin u. Wro. Vorkaufstelle **Ringler, Berlin, Brannstrasse 152.** Nichtzollpflichtig - Qual. erstklassig.

Räthsel der ganzen Welt!
Neu eingetroffen:
Weicher Herrenhut hochlegant! 32342
fabelhaft nur 2,30 M.
Gottmann,
Gr. Frankfurterstraße 130.

Hüte! Achtung! Hüte! (Rein Waden.) Weiche Herrenhüte von 1.50 an, Kinderhüte und Mützen zu den billigsten Preisen.
Fritz Weith, Bildhof, Dübenerstr. 78 part., am Hermannplatz.
12256
Winkelmöbel (hochbillig veräußert) Rosenfelderstr. 4 III.

Für 10 Mark
feinere Stoffe zu einem H. Herren-Winterpaletot, für 5 M. feinerer Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8-10 M. feiner, für 12 M. guten Sammgarnhose oder Cheviot. Reste zu Knabenanzügen sehr groß 2-3 M.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Oranienstr. 14, 1., fein Laden.
Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hittschke**, gegründet 1872, Stallgerstr. 13, Ecke Admiralsstraße, am Kottbuser Thor.